

Arena Analyse 2023

# Chancen in Sicht

Walter Osztovcics

Andreas Kovar

Immigration  
Bildung  
Klimawende  
Work-Life-Balance  
Transparenz  
Kooperation  
Social Innovation  
Langfristiges Denken  
Demokratie

## Edition Kovar & Partners

### Edition Kovar & Partners

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. **Kovar & Partners** investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Reihe an Berichten.

In der Serie **Edition Kovar & Partners** erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Walter Osztovics, Andreas Kovar:  
Chancen in Sicht – Arena Analyse 2023

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Partners  
Wien 2023

© Kovar & Partners GmbH  
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria  
Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien  
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien  
Herstellung: Hofeneder & Partner, Breitenfurt

Walter Osztovics, Andreas Kovar

## **Arena Analyse 2023**

# **Chancen in Sicht**

### **Inhalt**

---

<b>Untersuchungsdesign und Fragestellung</b>	<b>3</b>
<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>1. Chancen und wie man sie nützt</b>	<b>11</b>
<b>2. Ideen für eine bessere Gesellschaft</b>	<b>18</b>
<b>3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten</b>	<b>25</b>
<b>4. Neue Technologien und ihr Potenzial</b>	<b>40</b>
<b>5. Krieg oder Frieden?</b>	<b>48</b>
<b>6. Neue Formen der Politik</b>	<b>59</b>
<b>Literatur</b>	<b>70</b>
<b>Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung</b>	<b>72</b>
<b>Autoren</b>	<b>76</b>



## Untersuchungsdesign und Fragestellung

---

Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Partners am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf. Issues – eine überzeugende deutsche Übersetzung für den Begriff gibt es nicht – sind Themen von allgemeiner Relevanz, die erstens aktuell und zweitens umstritten sind, ungeklärte Fragen von öffentlichem Interesse, die Einfluss auf den Handlungsspielraum von Personen und Organisationen haben. Die Theorie besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexpert:innen bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Expert:innen frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern. Die befragten Personen sollen dabei möglichst aus einer Vielzahl von diversen Gebieten stammen, um einen wirklich breiten Horizont an Beobachtungen und Erfahrungen einzubringen. Der Begriff „Expert:in“ darf hier nicht im engen Sinn als „Spezialist:in in einem begrenzten Fachgebiet“ verstanden werden. Vielmehr macht sich die Arena Analyse die Tatsache zunutze, dass im Grunde jeder Mensch in seinem unmittelbaren Tätigkeitsbereich „Expert:in“ ist, weil man zwangsläufig Veränderungen früher erkennt als andere, wenn sie Dinge betreffen, mit denen man sich täglich befasst. Durch die ausreichende Streuung des Feldes der Befragten kann dieser Vorteil der Früherkennung in entsprechend vielen Bereichen gehoben werden.

Das Untersuchungsdesign besteht aus den folgenden Schritten:

1. Befragung von Expert:innen mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Expert:innen werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt, dahinterliegende Faktoren identifiziert und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.

3. Daraufhin erfolgt die Schlusserwertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie hier in Händen halten.

Die Arena Analyse 2023 wurde in Kooperation mit der Tageszeitung „Der Standard“ sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Österreich-Ausgabe) durchgeführt. Beide Zeitungen veröffentlichten ausführliche Essays, die sich in journalistischer Form den Ergebnissen der Arena Analyse widmeten.

Für die Arena Analyse 2023 lauteten die Fragen im Wortlaut:

1. Welche Veränderungen lassen sich bereits jetzt beobachten, bei denen Sie erwarten, dass diese unser Zusammenleben in den nächsten Jahren positiv verändern werden?
2. Wie werden die Krisen, bzw. die permanente Berichterstattung über Krisen, den Umgang der Menschen miteinander verändern? Bitte nennen Sie auch hier positive ebenso wie negative Veränderungen.
3. Was müsste an den politischen Entscheidungsstrukturen geändert werden, damit die Chancen wirksam genutzt werden können?

Bei allen sowohl kursiv als auch unter Anführungszeichen gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den Beiträgen. Diese wurden zum größten Teil schriftlich im Wege einer Online-Konsultation auf der Plattform eComitee eingebracht. Zum Teil wurden auch Tiefeninterviews geführt. Die Beiträge auf eComitee konnten schon während der Erhebungsphase von allen zur Teilnahme Eingeladenen gelesen und kommentiert werden – eine Möglichkeit, von der auch tatsächlich viele Gebrauch machten. Wie immer wurde den Teilnehmer:innen an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden. Um dieses an die Chatham House Rules angelehnte Prinzip der Vertraulichkeit (die Namen der Teilnehmer:innen werden bekanntgegeben, nicht aber, von wem welche Aussage stammt) durchgehend einzuhalten, waren auch bei der Online-Debatte die Namen der Teilnehmenden für die anderen nicht sichtbar, lediglich deren Beiträge. Im folgenden Bericht wird ausschließlich anonym aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen zitiert.

Hier ein Überblick über die bisher erschienenen Arena Analysen (abrufbar unter [www.kovarpartners.com](http://www.kovarpartners.com)):

- ▶ Von 2006 bis 2009 wurden die Ergebnisse der Arena Analysen in der Wochenzeitung DIE ZEIT veröffentlicht
- ▶ Arena Analyse 2010 – Was uns morgen blüht
- ▶ Arena Analyse 2011 – Besser regieren
- ▶ Arena Analyse 2012 – Resilienz oder Katastrophe?

- ▶ Arena Analyse 2013 – Politik im Zeitalter der Verantwortung
- ▶ Arena Analyse 2014 – Aufstand der Werte
- ▶ Arena Analyse 2015 – Generationen-Fairness
- ▶ Arena Analyse 2016 – Neue Arbeitswelt
- ▶ Arena Analyse 2017 – Demokratie neu starten
- ▶ Arena Analyse 2018 – Wir und die anderen
- ▶ Arena Analyse 2019 – Konstruktive Politik
- ▶ Arena Analyse 2020 – Wir wissen, was wir tun
- ▶ Arena Analyse 2021 – Marktwirtschaft neu starten
- ▶ Arena Analyse 2022 – Ein harter Weg

## Einleitung

---

Im Jahr 1999 kam ein wunderschön melancholischer und zugleich humoriger Film des deutschen Regisseurs Volker Koepp in die Kinos, der zwei jüdische Überlebende der diversen Katastrophen des 20. Jahrhunderts porträtiert. „Herr Zwilling und Frau Zuckermann“ – so der Titel, zugleich die Namen der Protagonisten – bewohnen eine idyllische Siedlung mit kleinen Häusern und Gärtchen in Czernowitz in der heutigen Ukraine. Ehe das Land 1991 unabhängig wurde, gehörte Czernowitz zur Sowjetunion, davor lag die Stadt bis 1918 am östlichen Rand von Österreich-Ungarn. Ihre ursprüngliche multikulturelle Vielfalt, vor allem das jüdische Leben, wurde durch zwei Weltkriege, die Nazi-Verfolgungen und den unmittelbar folgenden Stalin-Terror nahezu ausgelöscht.

Herr Zwilling ist im Film rüstige 70, blickt aber deutlich skeptischer in die Zukunft als seine 91-jährige, stets optimistische Bekannte Frau Zuckermann. Täglich trifft er sie zum Plaudern, dann reden sie in einem wunderbar musikalischen altösterreichisch-jiddischen Deutsch über die Vergangenheit, die Gegenwart und das Leben an sich. Dabei formulieren sie nicht selten Gedanken von aphoristischer Allgemeingültigkeit. Zum Beispiel sinniert Herr Zwilling: „Frau Zuckermann sagt immer, es wird alles besser. Sicher wird es besser. Die Frage ist nur, wann und für wen?“

Fortschritt oder Rückschritt, Aufschwung oder Niedergang, besser oder schlechter – hängen sie also nur vom Standpunkt und der Perspektive ab? Tatsächlich weisen große Veränderungen wohl immer in beide Richtungen. Im Rückblick kommt es darauf an, wo man die Zäsur für eine historische Epoche ansetzt, um zu entscheiden, ob sie mehr Fortschritte oder mehr Unglück gebracht hat.

Hätte zum Beispiel ein Historiker im März 1792 eine Geschichte der Französischen Revolution geschrieben, wäre das ein Jubelbericht geworden: Der König ist weitgehend entmachtet, der Adel hat seine Privilegien verloren, es gibt eine Verfassung mit klarer Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung, anstelle der früheren Stände macht eine einheitliche Nationalversammlung die Gesetze, Kirche und Staat sind getrennt, das Volk regiert.

Dagegen hätte derselbe Chronist Anfang 1794, auf dem Höhepunkt der Schreckensherrschaft Robespierres, zweifellos ein düsteres Bild gezeichnet und den Schluss gezogen, dass die Selbstregierung des Volkes eine Illusion blieb, die ins Chaos führte. Dieses Urteil hätte er aber auch wieder revidiert, als Napoleon 1799 Erster Konsul wurde: Ordnung, Stabilität und Freiheit sind doch kein Widerspruch, hätte er geschrieben. Der neue Code Civil garantiert die Autonomie des Individuums und die Gleichheit vor dem Gesetz, gleichzeitig gibt es eine neue Verwaltung mit übersichtlichen Strukturen und eindeutigen Verantwortlichkeiten. Noch einmal fünf Jahre später hätte unser Zeitzeuge neuerlich seine Meinung geändert und erzürnt seine freundlichen Aufzeichnungen zerrissen, wie es Beethoven mit der Widmung für seine Eroica-Symphonie tat: Napoleon, der vermeintliche Hüter von Freiheit und

Gleichheit, erklärte sich zum Kaiser, gründete eine neue Dynastie und ging offensichtlich daran, den Krieg auf Dauer zu seiner Hauptbeschäftigung zu machen.

Im Falle der beiden liebenswerten Personen aus Czernowitz dürfen wir uns trösten, dass ihre Lebensabende in eine Zeitspanne fielen, wo rundum Aufbruchstimmung, Zuversicht und ein Gefühl der Erleichterung herrschten. Mathias Zwilling verstarb kurz nach Fertigstellung des Films, Rosa Roth-Zuckermann wenig später im Jahr 2002. Sie mussten nicht mehr erleben, wie nach 2010 eine russlandtreue Clique die Annäherung der Ukraine an EU-Europa hintertrieb, wie die Versuche, das Land zu spalten, zur politischen Verfolgung der pro-westlichen Präsidentin Julija Tymoschenko führte, zu den Euromaidan-Protesten von 2014 und zur Vertreibung des korrupten, als Marionette Russlands agierenden Präsidenten Wiktor Janukowitsch.

Die weiteren Folgen sind nur allzu bekannt: Die Krim wurde von Russland annektiert, in den Provinzen Donezk und Luhansk übernahmen bewaffnete Separatisten die Macht, und am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen ein, mit dem erklärten Ziel, die gesamte Ukraine zu erobern. Eines der Bonmots von Frau Zuckermann, über das sie selber lacht, erhält dadurch einen bitteren Nachgeschmack: „Ich hab den Hitler überlebt, ich hab den Stalin überlebt, was soll da noch kommen?“ Es kam Putin.

Und dennoch: Wenn junge Historiker am Ende dieses Jahrhunderts die Zeitgeschichte reflektieren, werden sie ohne Zweifel sagen: Die Ukraine war nach dem Ende der Sowjetunion lange ein zerrissenes Land. Demokratisches Aufbegehren und die Machtspiele von Oligarchen lösten einander ab, es herrschten Korruption und Misstrauen, progressive und rückschrittliche Kräfte stritten darum, ob sich die Gesellschaft nach dem europäischen Modell entwickeln oder lieber an Russland und seine gelenkte Pseudo-Demokratie anlehnen sollte. Doch als der vermeintliche Bruder aus dem Osten das Land überfiel und in Ermangelung militärischer Erfolge wahllos Städte und zivile Einrichtungen zu bombardieren begann, waren diese inneren Gegensätze fast schlagartig überwunden. Der 24. Februar 2022 markiert die Geburt eines neuen ukrainischen Selbstbewusstseins und eines neuen Zusammengehörigkeitsgefühls. Von Lemberg (und natürlich auch Czernowitz) bis Charkiw und von Kyiv bis Odessa wurde der Wunsch nach Unabhängigkeit gestärkt und ein Gefühl der Einigkeit geschaffen, das es davor in dieser Intensität nicht gab.

Und was hat der Krieg – die „Zeitenwende“, wie der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz diesen Bruch der Nachkriegs-Friedensordnung nannte – in Europa bewirkt? Auch hier entstanden Einigkeit und Gemeinsamkeit im Handeln, die natürlich nicht überschätzt werden dürfen, aber doch weit über das hinausgehen, was der Kontinent in den Jahren davor erlebt hat. Das Miteinander beschränkt sich keineswegs auf die EU, auch wenn zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Berichts noch unklar ist, was aus der Idee einer „Europäischen Politischen Gemeinschaft“ werden wird. Doch allein die Tatsache, dass sich 44 europäische Staaten – unter ihnen natürlich die 27 EU-

Mitglieder – darauf verständigten, eine Art „europäische UNO“ gründen zu wollen, zeigt deutlich das Wiederaufleben eines gesamteuropäischen Bewusstseins. Es erwächst aus der Einsicht, dass nur gemeinsames Vorgehen Europas Platz in der Welt sichern kann – das gilt sowohl für die militärische Sicherheit als auch für die Wirtschaft. Klug klingende frühere Konzepte wie das „gemeinsame europäische Haus“ von Michail Gorbatschow oder der „Wandel durch Handel“ oder die Idee eines „Europa mit Russland“ sind wie Seifenblasen geplatzt. Folglich hat Europa die Realität eines neuen West-Ost-Konflikts akzeptiert und sich gezwungenermaßen in Erinnerung gerufen, worauf die globale Rolle Europas letztlich beruht, nämlich einerseits auf der liberalen Demokratie (die Ausnahme Ungarn soll bewusst verschwiegen werden), der Idee von Freiheit, Vielfalt und Selbstbestimmung – und andererseits auf dem Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität und des sozialen Ausgleichs. Dass Europa einen neuen Außenfeind hat, kann niemanden freuen, aber dass die Antwort darauf in einer Stärkung des europäischen Gedankens besteht, darf als Bestätigung für die Vermutung von Herrn Zwilling gelten: „Wann und für wen“ es besser wird, das kann tatsächlich anders kommen als vorhergesehen.

Unerwartet positive Folgen dieser Art aus den Krisen der letzten Jahre ließen sich noch mehr aufzählen. So wurde schon bald nach Ausbruch der Covid-Pandemie konstatiert, dass die Lockdowns einen Digitalisierungsschub ausgelöst hatten. Ebenso wurde die Forschung nach neuen Impfungen weltweit intensiviert. Das Ergebnis war ein gewaltiger Sprung nach vorn, sowohl beim Wissen um die Wirkungsweise von Viren und Antikörpern als auch bei den technischen Möglichkeiten zur Herstellung von Vakzinen. Auch die Bedeutung von Impfungen insgesamt (die Molekularbiologin und Krebs-Forscherin Buddhini Samarasinghe nennt sie „eine der größten Erfolgsgeschichten der öffentlichen Gesundheitsversorgung“), wurde einer Mehrheit erst deshalb richtig bewusst, weil die Gruppe der Impfskeptiker und aggressiven Impfgegner eine politisch relevante Größe erreichte. Die Wissenschaft war gezwungen, wieder und wieder zu erklären, wie Impfungen wirken und warum sie schützen. Die Impfgegner sind zwar nach wie vor nicht verstummt – aber 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind inzwischen gegen Covid geimpft, scheinen also den rationalen Argumenten mehr Bedeutung beigemessen zu haben als den Verschwörungstheorien.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine verlieh dem Klimaschutz in Europa einen enormen Impuls, weil fossile Energieträger aus Russland plötzlich nicht mehr verfügbar waren, worauf Erdgas und Strom massiv teurer wurden und zudem die Gefahr bestand, dass die Versorgung überhaupt zusammenbricht. Die Folge war ein Boom bei privaten und gewerblichen Photovoltaik-Anlagen, der sämtliche Prognosen über die Transformation des Energiesystems über den Haufen warf. Kurzfristig fällt die Auswirkung der kriegsbedingten Energiekrise auf das Klima gemischt aus, weil bekanntlich

zunächst der Handel mit verflüssigtem Erdgas zugenommen hat und Kohlekraftwerke vorübergehend wieder in Betrieb genommen wurden. Doch mittel- und längerfristig hat sich die ohnehin nötige Umstellung auf erneuerbare Energien beschleunigt.

Dass die Entwicklung der Welt oft besser läuft, als das aufgrund der Umstände eigentlich zu erwarten wäre – darüber schrieb der schwedische Arzt Hans Rosling 2017 ein ganzes Buch. Rosling war viele Jahre im Beraterstab der WHO und der UNICEF tätig und hatte dabei ständig mit Daten über den Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung von Menschen in allen Teilen der Welt zu tun. Dazu kam Zahlenmaterial über Wohlstandsverteilung und über das Verhältnis zwischen Arm und Reich, beides hat ja großen Einfluss auf die Chancen, ein gesundes Leben zu führen. Irgendwann fiel Rosling auf, dass in fast allen Ländern und bei fast allen wichtigen Fragen die tatsächliche Lage wesentlich besser war, als die öffentliche Meinung anzunehmen schien.

Für das Buch „Factfulness“ – es erschien tragischerweise erst kurz nach Roslings plötzlichem Tod 2017 – nahmen 12.000 Personen aus 14 Ländern an dem von ihm erfundenen „Gapminder Test“ teil, bei dem sie durch Ankreuzen ihre Einschätzung zu 13 Fragen über den Zustand der Welt angeben mussten. Die Antworten wurden dann mit den Fakten verglichen, was Roslings ursprüngliche Annahme bestätigte: Eine überwältigende Mehrheit der Testpersonen hatte angenommen, dass die Situation jeweils viel düsterer aussieht. Ein paar Beispiele:

- ▶ Wenigen war bewusst, dass der Anteil der Weltbevölkerung, der in extremer Armut lebt, in den 20 Jahren 1997-2017 halbiert werden konnte.
- ▶ Der Anteil an Kindern, die im ersten Lebensjahr alle nötigen Impfungen gegen Infektionskrankheiten erhalten, liegt weltweit bei 80 Prozent.
- ▶ In Ländern mit niedrigem Durchschnittseinkommen besuchen inzwischen 60 Prozent der Mädchen die Schule. Im weltweiten Schnitt absolvieren Männer 10 Schuljahre, Frauen 9.
- ▶ Der Anteil der Weltbevölkerung, die Zugang zu regelmäßiger Stromversorgung haben, liegt über 80 Prozent.

Rosling will mit solchen Zahlen keineswegs die Dinge schönreden oder zu einer Haltung des „eh nicht so schlimm“ einladen. Selbstverständlich sind 20 Prozent ungeimpfte Kleinkinder immer noch zu viele, und der Kampf gegen extreme Armut muss ebenso ein Anliegen bleiben wie die gerechte Verteilung des Wohlstands insgesamt. Aber um hier erfolgreich zu sein, braucht es eben einen unverzerrten, faktenbasierten Blick auf die Zustände und ihre Veränderung im Laufe der Zeit. Wer die Welt in Extreme unterteilt, wird zwangsläufig zu Entweder-Oder-Lösungen kommen, also entweder die Ungleichheit einfach hinnehmen, oder gleich den Kapitalismus abschaffen wollen. Tatsächlich besteht der Globus aber eben nicht nur aus Arm und Reich, aus Industrieländern und Entwicklungsländern, aus Nord und Süd. In den vielen dazwischenliegenden Schattierungen liegen auch die Chancen für Veränderungen.

Vieles am gegenwärtigen Zustand der Welt ist recht düster. Zweifellos hat eine Teilnehmerin des Arena-Analyse-Panels Recht, wenn sie bitter feststellt: „Für viele junge Menschen gibt es, seitdem sie begonnen haben, sich für Politik zu interessieren, nichts anderes als Krisen“. Wer gern Listen erstellt, kommt auf mindestens sechs Stück: die Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2008/2009, die Flüchtlingskrise 2015, die Corona-Krise 2020, die Energiekrise, die Teuerungskrise, dazu die langfristige Klimakrise...

Jede einzelne dieser Verwerfungen fordert Opfer, erzeugt Leid, bringt zumindest Rückschläge und enttäuschte Hoffnungen. Doch zeigt jede einzelne dieser Krisen auch, dass es stets möglich ist, sie zu meistern. Klimawandel, Epidemien, Kriege und Armut stellen die Menschheit vor gigantische Herausforderungen. Es wäre unrealistisch, zu glauben, dass wir sie irgendwann endgültig gemeistert haben. Aber Roslings Daten zeigen, dass unser Kampf dagegen nicht vergeblich ist, sondern Wirkung zeigt. Wir können die meisten Probleme in den Griff bekommen, daher lohnt es sich auch, etwas zu unternehmen.

Im Jahr 2023 kommen besonders viele Dinge in Bewegung, und zwar nicht trotz, sondern gerade *wegen* der düsteren Ausgangslage. Das Bewusstsein, mit permanent krisenhaften Umständen konfrontiert zu sein, hat Entwicklungen in Gang gesetzt, die Veränderungen zum Besseren bewirken können. Diese Verbesserungen geschehen nicht zwangsläufig und schon gar nicht von selbst, aber es gibt die Chance, Dinge zu verändern. Darauf spielt der Titel der Arena Analyse 2023 an: *Chancen in Sicht* will aufzeigen, wo überall die Krise zu einem Wendepunkt hin zum Besseren werden könnte.

## 1. Chancen – und wie man sie nutzt

---

**Ilo:** Oh! Nimm die Stunde wahr, eh sie entschlüpft.  
[...]

**Wallenstein:** Die Zeit ist noch nicht da.

**Terzky:** So sagst du immer.  
Wann aber wird es Zeit sein?

**Wallenstein:** Wenn ichs sage.

**Ilo:** Oh! du wirst auf die Sternenstunde warten,  
Bis dir die irdische entflieht! Glaub mir,  
In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.

*Friedrich Schiller, Wallenstein,  
Teil 2: Die Piccolomini, 2. Akt, 6. Auftritt*

Manchmal scheinen die herrschenden Verhältnisse einfach eine Krise zu brauchen, damit Veränderungen möglich werden. Ein Satz wie dieser klingt unbehaglich und banal zu gleich. Es ist eine Binsenweisheit, dass Krisen Wendepunkte markieren und Auslöser für positive Veränderungen werden können. Jeder hat wohl schon bis zum Überdruß oft das Bonmot gehört: „Eine Krise ist immer auch eine Chance“, oder den Winston-Churchill-Satz „never let a good crisis go to waste“. Zugleich scheint es reichlich herzlos, von „positiven Chancen“ zu reden, wenn Zustände eintreten, bei denen sich viele Menschen das tägliche Leben nicht mehr leisten können oder Kleinstädte von uniformierten Mörderbanden dem Erdboden gleichgemacht werden.

Dennoch trifft es zu, dass in Umbruchzeiten Dinge leichter neu geordnet werden können, die sich davor den nötigen Veränderungen widersetzt haben. Wenn alles auf den Kopf gestellt wird, dann ist ganz offensichtlich „die Zeit da“, dann schlägt jene Stunde, die es wahrzunehmen gilt, „ehe sie entschlüpft“.

Das liegt zum einen daran, dass sich aus Krisen neue Möglichkeiten deshalb ergeben, weil traditionelle Ansätze und Paradigmen in Frage gestellt werden. Zum anderen ändern die betroffenen Personen ihr gewohntes Verhalten und gehen offener an die Probleme heran. Eine Arena-Analyse-Expertin schreibt: *„Solange alles gut läuft, gibt es keinen Grund für Veränderung. Deshalb schaffen Krisen einen guten Nährboden für Veränderungsvorhaben“*.

Krisen können das kollektive Adrenalin zum Fließen bringen. *„Mit der Krise steigt die Bereitschaft zu Innovationen“*, heißt es in einem anderen Beitrag: *„In normalen Zeiten gibt es immer Widerstände gegen Veränderungen, selbst*

## 1. Chancen – und wie man sie nutzt

*wenn diese als sinnvoll erkannt werden. Veränderungen sind immer mit Ängsten besetzt. Wenn aber das Bestehende in die Krise gerät und sich allgemein das Bewusstsein durchsetzt, dass es so nicht weitergehen kann, dann haben es neue Ideen leichter.“*

Vielleicht ist es ganz hilfreich, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Wort „Krise“ ursprünglich in einem medizinischen Kontext verwendet wurde. Bei Hippokrates bezeichnet der Begriff den Wendepunkt, wo sich entscheidet, ob es der Körper schafft, die vier Lebenssäfte<sup>1</sup> wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die toxischen Substanzen, die die Beschwerden verursachen, zu beseitigen.

Eine Krise führt in dieser Vorstellung immer zu einer Ausscheidung. So wie der Körper die bösen Säfte ausscheidet, eliminiert die Gesellschaft in der Krise unerwünschte Zustände, reinigt sich von üblen Gewohnheiten, gesellschaftlichen Lasten oder sonstigen Fehlentwicklungen. Die Krise ist „ein fieberähnliches Hilfsmittel der Natur“, schreibt der Historiker Jacob Burckhardt<sup>2</sup>: „Krisen räumen den Boden auf. Sie befreien uns zunächst von einer Unzahl äußerer Formen, die schon lange kein Leben mehr hatten, aber aufgrund ihres historischen Rechts unmöglich hätten verschwinden können“. Burckhardt erkannte aber auch eine weitere charakteristische Eigenschaft von Krisenzeiten, nämlich dass sie zu einer mitunter rasanten Beschleunigung von Veränderungen führen, die sich schon länger angekündigt haben: „Entwicklungen, die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen“. An außergewöhnlichen Umständen, an Umbrüchen und Zeitenwenden ließe sich das Wesen einer Epoche am besten beschreiben.

Aus der Sicht des Historikers, vor allem wenn er aus der sicheren Entfernung von mehreren Jahrhunderten auf diese Umbrüche blickt (Burckhardt schrieb Bücher unter anderem über die alten Griechen, das Mittelalter und die Renaissance), scheinen Zeitenwenden immer etwas Unausweichliches zu haben. Das ist in der jeweils konkreten Situation jedoch keineswegs der Fall. Wenn die Dinge in Bewegung geraten, kommt es ganz wesentlich darauf an, welche der möglichen Wege eingeschlagen werden. Genau darauf weist ein anderer Arena-Analyse-Beitrag hin: *„Man darf nicht automatisch erwarten, dass jede Krise auch eine Chance darstellt oder dass die Zahl der Chancen steigt, wenn die Zahl der Krisen wächst. Es braucht vielmehr viel Kreativität, Durchhaltevermögen und Veränderungsbereitschaft, damit es gelingen kann, in den Krisen und ihren Auswirkungen Chancen zu finden.“*

---

<sup>1</sup> *Blut (Haima), Schleim (Phlegma), gelbe Galle (Cholera) und schwarze Galle (Melancholia). Gemäß der antiken Lehre ist der Mensch gesund, wenn alle vier Säfte im Gleichgewicht sind.*

<sup>2</sup> (1818-1897)

Wie also können „Kreativität, Durchhaltevermögen und Veränderungsbereitschaft“ bei ausreichend vielen Mitmenschen wachgerufen werden, um die Chancen zu nutzen, die aus den aktuellen Krisen erwachsen?

### **Kooperation**

Eine Lehre, die sich aus dem raschen und gründlichen Erfolg gegen die Pandemie ziehen lässt, lautet: Zusammenarbeit ist ein Erfolgsfaktor. Dass so schnell ein Impfstoff entwickelt werden konnte, lag auch daran, dass die Staaten gemeinsam mit der WHO Gesundheits- und Forschungsdaten bereitwillig weitergaben. In der EU wurde schon früh der Leitsatz geprägt: „Wir werden nicht sicher sein, bevor nicht alle sicher sind“, in der Folge startete das Projekt „Team Europa“, das Drittländern (sowohl auf dem Westbalkan als auch in Afrika) bei der Covid-Vorbeugung half. Später wurde die weltweite Versorgung mit Impfstoffen finanziell und logistisch unterstützt.

*„Wenn die ganze Menschheit zusammenarbeitet, kann enormes geleistet werden“,* formuliert deshalb ein Arena-Analyse-Teilnehmer nicht ohne Pathos. Ein anderer Beitrag sieht *„Kooperation als Zukunftstrend: Die großen Herausforderungen können wir nur durch Kooperation lösen. Wenn wir die Klimakrise bewältigen wollen, müssen alle mitziehen“.*

Diese Erkenntnis ist keineswegs trivial, schließlich beruht das Erfolgsmodell der westlichen Marktwirtschaft ja im Gegenteil auf Wettbewerb. Besser sein zu wollen als die anderen – das galt und gilt doch als die wichtigste Energiequelle für Innovationen und Wachstum. Wettbewerb ist die Ursache, warum Marktwirtschaft ständigen Fortschritt einerseits und zugleich niedrige Verbraucherpreise andererseits hervorbringt. Aber die Idee des innovativen, von Eigennutz getriebenen Einzelkämpfers, der sich gegenüber anderen, nicht minder tüchtigen Einzelkämpfern behaupten muss, stößt immer mehr an ihre Grenzen, je komplexer die Aufgaben werden. Die digitale Welt hat als erste vorgeführt, dass zum Beispiel Open-Source-Programme anderer Software überlegen sein können, weil sie von einer großen Zahl von Usern ständig verbessert werden. Diese *Crowd* verfolgt zwar ebenfalls ihren eigenen Nutzen, nämlich einen besseren Algorithmus, um Profit im engeren Sinn geht es dabei aber nicht. Wikipedia ist ein anderes Beispiel. Es wird ausschließlich von Freiwilligen erstellt und von den Nutzern immer wieder korrigiert und verbessert. Das anonyme Gemeinschaftswerk erreicht zwar nicht die qualitative Höhe etwa einer Encyclopedia Britannica, dafür ist das Internet-Nachschlagwerk umfassender und aktueller.

Natürlich heißt das nicht, dass wir den wirtschaftlichen Wettbewerb oder den Markt oder den Kapitalismus abschaffen müssen, wenn wir die Chance nutzen wollen, jetzt ein stärker kooperatives Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu errichten. Wettbewerb und (regelkonformes) Gewinnstreben bleiben weiterhin der Motor von Wachstum und Wohlstand. Auch bei den Covid-Impfstoffen war schließlich die Konkurrenz zwischen mehreren

## 1. Chancen – und wie man sie nutzt

Pharma-Unternehmen und die Aussicht auf hohe Gewinne ein wichtiger Treiber. Wirtschaft ohne Wettbewerb führt zu trägen Monopolen, oder zu zentral geplante Mangel.

Doch wie die bereits genannten Beispiele zeigen, müssen Wettbewerb und Kooperation kein Widerspruch sein. Im Hinblick auf die großen Herausforderungen der nahen Zukunft, allen voran den Klimawandel und die Bekämpfung der weltweiten Armut, wird es allen Beteiligten nützen, wenn zum Beispiel Patente für systemrelevante Technologien rasch freigegeben werden oder internationale Forschungsprogramme mit multilateraler Unterstützung gestartet werden. Als Modell dafür könnte die „Grüne Revolution“ der 1960er-Jahre dienen, findet ein Arena-Analyse-Teilnehmer: *„Damals konnte der Hunger in großen Teilen der Welt erheblich reduziert werden, weil die Industrieländer Nutzpflanzen mit höheren Erträgen zur Verfügung stellten. Ganz ähnlich könnten auch wichtige erneuerbare Technologien auf nicht-proprietärer Basis verbreitet werden.“*

Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz schreibt: „Die meisten großen Probleme – insbesondere im 21. Jahrhundert – nimmt man am besten nicht allein, sondern gemeinschaftlich in Angriff. Erfolgreiches kollektives Handeln muss zudem demokratisch und auf inklusive Weise erreicht werden. Die isoliert lebenden Farmer der Vergangenheit mögen einen robusten Individualismus verfolgt haben. Doch heute sehen wir uns mit Naturkatastrophen, Pandemien und dem Klimawandel konfrontiert – alles Bedrohungen, die den Einzelnen und selbst einzelne Länder überfordern.“

### **Partizipation**

Damit spricht Stiglitz gleich auch eine weitere Lehre aus den Krisen der Vergangenheit an: Die Beteiligung der Betroffenen, der Bürgerinnen und Bürger, muss sichergestellt werden. Wenn es zutrifft, dass in Krisenzeiten die Bereitschaft für Veränderungen wächst, dann wäre es verkehrt, diese Bereitschaft wieder zu verspielen, indem Lösungen von oben verordnet werden. Mit partizipativen Methoden Entscheidungen in Fragen zu erarbeiten, die hohes Fachwissen erfordern – das scheint auf den ersten Blick ein gewagter Balanceakt zu sein. Die Folgen des Klimawandels, die Nützlichkeit des Tragens von FFP2-Masken, die richtige Strategie im Umgang mit Russland – sind das nicht Themen, bei denen wir eher den Expert:innen folgen als auf gut Glück abstimmen sollte?

Doch die Erfahrungen zeigen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Aufklärung von oben erzeugt immer Widerstände, selbst dort, wo die Fakten scheinbar eine klare Sprache sprechen. Der unermüdliche Aufmarsch von Expert:innen und das penibelste Fact-Checking konnten nicht verhindern, dass sich in der Pandemie eine gar nicht so kleine Gruppe von hartnäckigen Verweigerern gebildet hat, die gegen alle Evidenz und gegen alle Logik die

gesundheitspolitischen Maßnahmen (von der Impfung über die Lockdowns bis hin zum simplen Maskentragen) als unerträglichen Zwang empfand und bis heute nachträglich darüber empört ist.

Hier ist ein kleiner Einschub nötig, um eine übersimplifizierte Darstellung zu vermeiden. Die Analyse der Antriebskräfte hinter den Aktionen der Impfgegner ist einigermaßen komplex. Tiefenpsychologische Momente spielen dabei eine Rolle: Der Protest gegen die Maßnahmen lässt sich als unbewusster Protest gegen die Seuche an sich verstehen, die Wut auf Krankheit wird als Aggression auf den Arzt projiziert. Dazu kommen pseudo-religiöse Motive in der Tradition einer Naturmystik à la Rousseau: Die Seuche ist eine Rache der geschundenen Natur und somit ein Aufruf, uns von Chemie und Wissenschaft und Apparatedizin abzuwenden. Drittens lassen sich die Vorgänge mit der Begrifflichkeit der Populismusforschung beschreiben, wonach sich eine Gruppe (wie klein sie auch immer sein mag) als „das wahre Volk“ versteht, das sich von den Eliten betrogen und unterdrückt fühlt. Daraus erwächst ein unversöhnlicher Gegensatz, der auf Misstrauen gründet und sich immer wieder selbst bestätigt: Denn man sieht ja, dass die Eliten über alle Ressourcen verfügen. Die Wissenschaft untermauert mit ihren Studien die Meinung der Herrschenden. Die von den Mächtigen kontrollierten Medien verbreiten diese Meinung. Die Polizei, das klassische Herrschaftsinstrument der Eliten, schreitet gegen Protestdemos ein. Und wo zum Schein Vertreter des wahren Volkes zu Diskussionen eingeladen werden, da tut man das nur, um sie mit den Mitteln des Meinungsterrors niederzumachen.

Im Falle der Covid-Maßnahmen wäre es also verfehlt, anklagend den Zeigefinger gegen die wiederholten Auftritte von Virolog:innen und anderen Mediziner:innen sowie den Einsatz von Expert:innen-Gremien zu Politikberatung zu erheben. Immerhin hat die Kommunikation von wissenschaftlichen und empirischen Fakten ja bei mindestens 75% der Bevölkerung gegriffen.

Doch auch abseits dieses Sonderfalls lässt sich vielfach beobachten, dass die diversen Bürger:innen-Räte wesentlich erfolgreicher beim Aufbau von Konsens sind als selbst die beste Kommunikation von klugen Expert:innen-Entscheidungen. Das gilt besonders bei sogenannten „unpopulären Maßnahmen“, also solchen, die als rational vernünftig gelten müssen, aber emotional als unerfreulich empfunden werden – zum Beispiel die Anhebung des Pensionsantrittsalters, die Einführung von Tempolimits, das Streichen von manchen Förderungen, oder eben das Tragen von Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Ganz offensichtlich lassen sich solche Maßnahmen besser verdauen, wenn man davor ernsthaft in die Entscheidung eingebunden war. Auch die Lust von oppositionellen Gruppen, ein Thema für Angriffe auf die Regierung zu nutzen, nimmt deutlich ab, wenn Änderungen von der Basis getragen werden. Dass für Bürger:innen-Beteiligung ein hohes Maß an Wissen und Verständnis der Zusammenhänge nötig ist, stellt in der Praxis kein Problem

## 1. Chancen – und wie man sie nutzt

dar. Unzählige Citizens Assemblies, Assemblées Citoyennes, Asambleas Ciudadanas und dergleichen haben gezeigt, wie das nötige Know-how in die Versammlung eingebracht werden kann. Auch die Bereitschaft, sich im Detail mit kniffligen Problemen auseinanderzusetzen, ist sehr hoch, wenn dafür das richtige Umfeld geschaffen wird.

Mehrere Beiträge zur Arena Analyse plädieren daher dafür, *„die Demokratie neu zu denken. Wir müssen neue Entscheidungsfindungsprozesse etablieren, bei denen Partizipation eine wesentliche Rolle spielt.“* Dazu müssen aber auch die Formen der Partizipation, ausgehend vom Vorbild der Bürger:innen-Räte, weiterentwickelt werden: *„Partizipation sollte ja im Idealfall dazu führen, dass Dinge ermöglicht werden. Derzeit dienen Initiativen von Bürger:innen meistens dazu, Vorhaben zu verhindern. Der Rechtsstaat wird dabei zu oft bis zu den Höchstgerichten ausgereizt.“*

Das Kapitel 6 befasst sich ausführlich mit neuen Formen der Entscheidungsfindung in der Politik.

Vorläufig darf als erster Fortschritt festgehalten werden, dass sich die Kritik gegen die Methoden und deren Durchführung richtet, nicht gegen die Idee der Partizipation an sich. Internationale Beispiele zeigen, dass Konsens über die Aufbringung und Verwendung von Budgetmitteln am besten erzielt werden kann, indem man jene fragt, die erstens von den Ausgaben betroffen sind und zweitens am Ende des Tages die dafür nötigen Steuern zahlen müssen. Denn eine unausweichliche Folge der Krisenjahre besteht in höheren Staatsausgaben, die refinanziert werden müssen. Ein Teil der Mittel zum Abbau der Schulden könnte durch Wachstum erwirtschaftet werden – höhere Produktion und höherer Konsum führen zu höheren Steuereinnahmen, ohne dass Steuersätze erhöht werden müssen. Das wird aber nicht reichen, denn es geht nicht nur um jene Milliarden, die bereits ausgegeben wurden – als Corona-Hilfsgelder, als Teuerungsbonus, als Energiekostenzuschuss, und so weiter. Auch der Normalbetrieb in krisenfreien Zeiten (sollten diese je wieder eintreten) wird enorme Investitionen in drei Bereichen erfordern: Gesundheitsversorgung und Pflege, Infrastruktur und Klimaschutz. Dieser Befund gilt nicht nur für Österreich, sondern für alle europäischen Länder.

### **Langfristigkeit**

Das Gesundheitssystem, die Infrastruktur und die Transformation zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem sind langfristige Herausforderungen. Langfristiges Denken und Planen wird nach Überwindung der aktuellen Krisen wieder gefragt sein. Auch das ist keine triviale Feststellung, denn Krisen erfordern ja typischerweise zunächst schnell wirkendes Gegensteuern, allmähliches Anpassen wäre fehl am Platz. Zudem haben Krisen in der Regel disruptive Auslöser, was bedeutet, dass die davor verfolgten

langfristigen Strategien ihre Gültigkeit verlieren. „Fahren auf Sicht“ ist angesagt. Doch das Denken im Krisenmodus muss irgendwann wieder abgeschaltet oder vielmehr auf Normalmodus umgeschaltet werden. Ein Arena-Analyse-Beitrag führt dazu aus: *„Im Krisendenken dominiert das reaktive Element. Wir sind in der Defensive, wollen schützen und verteidigen. Deshalb müssen danach wieder jene Bereiche des Gehirns aktiviert werden, die für Kreativität und Logik zuständig sind. Sonst warten wir nur mehr abwehrend auf die nächste Krise, werden depressiv und ängstlich und vergessen, uns eine langfristig positive Zukunft zu schaffen.“*

Langfristiges Denken macht wichtige Ziele in höherem Maße unabhängig von kurzfristigen Gegen-Trends. Der Unterschied lässt sich an der bereits angesprochenen Klimadebatte vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine erklären: Auf den ersten Blick hat der Einmarsch Russlands die Klimaschutzpläne Europas entgleisen lassen. Während davor unentwegt vom Ausstieg aus fossiler Energie die Rede war, beeilten sich nach dem 24. Februar 2022 plötzlich alle, neues Erdgas zu fördern. Kohlekraftwerke werden neu in Betrieb genommen, Dieselaggregate als Schutz gegen Blackouts installiert. Der langfristige Blick zeigt jedoch, dass mit all diesen scheinbar gegen den Klimaschutz gerichteten Maßnahmen lediglich der Übergang zur postfossilen Energieversorgung abgesichert werden muss. Kohle und Methan aus Fracking-Anlagen springen kurzfristig ein, um jene Rolle zu übernehmen, die eigentlich dem russischen Erdgas zugeordnet gewesen war. Bis der Energiebedarf Europas zur Gänze aus Wind, Sonne, Wasserkraft und Erdwärme gedeckt werden kann, sind rund zwei Jahrzehnte an Investitionen in neue Anlagen nötig – und ein paar neue Erfindungen, zum Beispiel in der Speichertechnik oder bei der Erzeugung von Wasserstoff, wären ebenfalls hilfreich. Wer kurzfristig denkt, muss derzeit der Meinung sein, die Klimapolitik hätte eine 180-Grad-Wende genommen oder verstricke sich in Widersprüche. Wer das langfristige Ziel und den Weg dorthin sieht, kann dagegen die kurzfristigen Zick-zack-Bewegungen richtig einordnen.

## 2. Ideen für eine bessere Gesellschaft

---

Krisen mobilisieren kreatives Potenzial und erhöhen die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Auf diese Weise eröffnen sich Chancen auch in einem Bereich, der normalerweise nicht mit radikalen Umbrüchen in Verbindung gebracht wird, nämlich beim gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die innere Kohäsion gerät in Gefahr, wenn soziale Kontakte wie in der Pandemie durchtrennt und unmöglich gemacht werden. Und wenn gleich danach eine Teuerungswelle Teile der Gesellschaft in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt, merken auch die Bürger:innen im Alltag, dass da etwas zu zerfallen droht, das nicht mehr leicht zu reparieren sein wird, wenn nicht sofort etwas dagegen getan wird.

Also greifen sie ein, und zwar an Ort und Stelle, einfach dort, wo sie helfen können. So kommt es, dass Österreich eine starke Zunahme von sozialen Initiativen erlebt – und von sozialen Innovationen. Dieser Begriff aus der Soziologie bezeichnet neue Ideen oder neue Praktiken, mit denen Probleme im gesellschaftlichen Zusammenleben gelöst werden. Soziale Innovationen stoßen in der Regel in ein Vakuum. Sie entstehen dort, wo die eigentlich zuständigen Institutionen versagen, oder wo es erst gar niemanden gibt, der sich darum kümmern würde. Krisen führen keineswegs immer automatisch zu sozialen Innovationen, sie erzeugen aber die Notwendigkeit, neue Lösungen zu finden, eben weil Krisen zunächst Gegensätze verschärfen oder Gräben vertiefen.

Mitunter spitzen sich in einer Krise strukturelle Probleme, die schon lange bestehen, so sehr zu, dass sie dringenden Handlungsbedarf auslösen. Als Beispiel dafür kann das Phänomen der Einsamkeit dienen, das gewissermaßen die Kehrseite der urbanen Individualisierung darstellt. An sich gehören Distanz und die Abwesenheit sozialer Kontrolle zum Wesen moderner Gesellschaften. Sie werden in der Regel auch als wünschenswert empfunden, solange das natürliche Bedürfnis nach Sozialkontakten durch das Berufsleben und einen gewissen Freundeskreis gedeckt wird. Wo solche Anknüpfungspunkte aber fehlen, fallen Menschen schnell ins Nichts. Anders als im Dorf sind die Bewohner:innen der städtischen Nachbarschaft, die man beim Einkaufen oder an der Straßenbahnhaltestelle trifft, keine echten Kontakte, sie bleiben anonyme Zeitgenossen, die bloße Gleichzeitigkeit der Anwesenheit vermittelt keine Gemeinsamkeit.

Dieses langfristige strukturelle Problem eskalierte in der Zeit der Pandemie, wo zur Einsamkeit auch noch die Notwendigkeit des Daheimbleibens kam. Zudem spürten auch Menschen, die sonst gelegentlich von Verwandten besucht werden, die Isolation. Staatliche Hilfe konnte das hier auftauchende Problem nicht lösen, denn die betroffenen Menschen brauchten ja keine Unterstützung im eigentlichen Sinn, sondern lediglich Kontakte zu anderen Menschen. Diese zu organisieren, ist das Verdienst von mehreren Initiativen, die nichts anderes tun, als einsamen Menschen die Möglichkeit zu Gesprächen zu bieten. Das „Plaudernetzwerk“, das unter

anderem von der Caritas unterstützt wird, organisiert im Schnitt 14.000 Telefonate im Jahr. Freiwillige, die sich ein paar Stunden in der Woche zur Verfügung stellen, telefonieren mit Bedürftigen, die einfach nur ein wenig reden und sich austauschen wollen und jemanden suchen, der ihnen zuhört. Ähnlich erfolgreich und ähnlich intensiv nachgefragt ist das von der evangelischen Diakonie geförderte „Plaudertischerl“.

In einigen ländlichen Regionen Österreichs haben sich sogenannte Zeitbanken etabliert. Dabei handelt es sich um Vereine, deren Mitglieder untereinander Zeitguthaben tauschen. Wenn jemand freiwillige Hilfeleistungen erbringt, wird ihm oder ihr die aufgewendete Zeit auf einem Zeitkonto gutgeschrieben, er oder sie erwirbt damit Anspruch auf Unterstützung im selben Zeitumfang.

In einer einfachen Computer-Datenbank wird festgehalten, welche Arbeiten jedes Mitglied leisten kann und zu welchen Tages- oder Wochenzeiten diese Dienste angefordert werden können.

In der Praxis entsteht daraus ein Hilfsnetz auf Gegenseitigkeit. Die einen mähen den Rasen und helfen Kindern beim Lernen, die anderen bringen Mitglieder mit eingeschränkter Mobilität zur Ärztin oder zum Einkaufen, wieder andere erledigen Reparaturen oder laden zum Kaffeekränzchen. Durch die Organisation als Bank mit persönlichen Konten und penibel verzeichnetem Saldo entsteht ein Gefühl der Fairness, niemand fühlt sich ausgenutzt. Da zudem alle vorab festlegen, welche Tätigkeiten sie übernehmen wollen, wird auch nie jemand überfordert. Schließlich fallen auch etwaige Scham-Schranken bei der Inanspruchnahme von Hilfe weg, niemand muss sich als Bittsteller fühlen, es handelt sich ja um ein Tauschgeschäft.

Soziale Innovationen sind also neue soziale Praktiken, die aber sehr oft alte Formen der sozialen Interaktion neu erfinden. Wo Markt und Staat und nicht selten auch die etablierten Hilfsorganisationen keine adäquaten Lösungen anbieten, füllen soziale Innovationen die Lücke. In der soziologischen Literatur werden sie sowohl positiv als auch kritisch gesehen. Kritik richtet sich gegen die „Reparaturfunktion“, die sie ausüben: Sie mildern die Folgen einer gesellschaftlichen Schieflage, führen aber nicht zu einer Transformation, die das zugrundeliegende Problem beseitigen würde – in diesem Fall also Vereinsamung und soziale Kälte.

### **Stärkung der Zivilgesellschaft**

Abgesehen davon, dass dieser Vorwurf nicht immer zutrifft, muss aber den sozialen Innovationen vor allem zugutegehalten werden, dass sie eine Form der Selbstermächtigung sozialer Gruppen sind. Die Betroffenen nehmen die Dinge selbst in die Hand, sie stellen einen politischen Gestaltungsanspruch und setzen diesen auch durch. Dieses „Empowerment“ bedeutet an sich schon einen strukturellen Wandel, der in Richtung einer gerechteren,

## 2. Ideen für eine bessere Gesellschaft

demokratischen Gesellschaft weist. Die Zivilgesellschaft wird erweitert und gestärkt.

Eine Bewegung, die in besonderem Maße den Keim zu strukturellen Veränderungen in sich trägt, ist die Solidarische Landwirtschaft, die oft auch mit Begriffen wie Community Supported Agriculture oder gemeinschaftsgetragene Landwirtschaft bezeichnet wird. Selbstverständlich gibt's jeden dieser Begriffe auch als Akrostichon – SoLaWi, CSA, GeLaWi. Dabei bilden bäuerliche Betriebe mit einer Gruppe von Konsument:innen eine Art Nutzer-gemeinschaft. Die Verbraucher:innen verpflichten sich schon im Vorhinein zur Abnahme der Ernte des kommenden Jahres und finanzieren die Produktion mit einer Anzahlung. Im Gegenzug erhalten sie exklusiven Zugriff auf Gemüse, Eier, Milch, Fleisch und was immer der betreffende Hof eben herstellt. Der Vorteil für die Bauern und Bäuerinnen besteht in der Teilung des Risikos – sie haben die Sicherheit, dass sie ihre Ernte loswerden und dass sie einen fairen Preis erzielen. Den Konsument:innen geht es in der Regel um die Gewissheit, regionale Produkte zu erhalten, die umweltfreundlich und mit Bedacht auf das Tierwohl erzeugt wurden. Sie können „ihren“ Hof jederzeit besuchen und den Paradeisern beim Wachsen zusehen, sie bauen eine persönliche Beziehung und emotionale Nähe auf.

Das System insgesamt profitiert, weil bei dieser Produktionsweise jeglicher Zwischenhandel und jede großdimensionierte Lagerhaltung wegfällt. Genaugenommen findet überhaupt kein Handel statt, vielmehr produziert eine große Gemeinschaft für ihren Eigenbedarf. Auch die Transportwege werden minimiert, selbst wenn sich im Einzelfall darüber streiten lässt, ob nicht ein LKW, der vom Hof zum Supermarkt fährt, weniger CO<sub>2</sub> erzeugt als 70 oder 80 Familien, die alle mit dem Auto zum Gemüseabholen kommen. Die Stoffkreisläufe sind aber in jedem Fall regional, Verpackungen und sonstige Abfälle werden weitgehend vermieden.

Soziale Innovationen werden immer von den Betroffenen selbst getragen, sie müssen aber nicht zwingend von unten nach oben initiiert werden. Große Organisationen (Caritas und Diakonie wurden bereits genannt) wie auch Kommunen können einen institutionellen Rahmen schaffen und die Bereitschaft zur Hilfe in die richtigen Bahnen lenken. Die Agentur Social City der Stadt Wien kann hier als Beispiel angeführt werden. Social City vermittelt Freiwillige, die irgendwo mitmachen wollen, gibt Starthilfe bei neuen Projekten und veranstaltet auch Workshops, wo man die Gründung einer privaten Initiative sozusagen erlernen kann. Durch die Hilfe von Social City entstand zum Beispiel die Initiative „Stadtwald“, wo Menschen eines Bezirks regelmäßig zusammenkommen, um Ideen zum Klimaschutz gemeinsam umzusetzen. „Stadtmenschen“ heißt ein Netzwerk zur Hilfe bei einfachen Alltagsproblemen. Wer dort mitmacht, kann etwa ältere Menschen bei Arztterminen und ähnlichen alltäglichen Herausforderungen begleiten, kann Hilfsbedürftigen bei Behördenwegen beistehen oder sie beim Ausfüllen komplizierter Formulare unterstützen. Solche Initiativen leisten mehr als nur menschliche Wärme, ist ein Teilnehmer der Arena Analyse überzeugt: „Sie

*verändern die Gesellschaft, weil neue Strukturen entstehen. Da geht es ja nicht um einmalige Kontakte, sondern um ein verlässliches Netzwerk, auf das man immer wieder zugreifen kann.“*

Im Bereich der Energieversorgung wurde das Prinzip der Vernetzung an der Basis sogar ins Gesetz geschrieben: Die sogenannten Erneuerbaren Energiegemeinschaften etablieren einen veritablen Tauschhandel mit Öko-Strom. Wer Photovoltaik-Module auf dem Dach hat und damit mehr Strom produziert, als sie selbst verbraucht, kann sich mit anderen zusammentun und diesen Strom innerhalb der Energiegemeinschaft weitergeben. In der Regel wird man dafür Geld erhalten, es wäre aber auch denkbar, dass es zum wechselseitigen Austausch kommt, der einfach nur gegengerechnet werden muss. Vielleicht empfangen benachbarte Bauernhöfe oder Gewerbebetriebe zu unterschiedlichen Tageszeiten Sonnenlicht – dann liefert der nach Osten ausgerichtete Betrieb vormittags und der mit der Westfassade am Nachmittag. Oder aber einer der beiden betreibt Windräder, der andere eine Solaranlage. Bei stürmischer Schlechtwetterlage versorgen die Windräder alle Beteiligten, an windstillen Sonnentagen übernimmt PV die Produktion. In allen genannten Fällen profitiert sowohl das Klima als auch das öffentliche Energiesystem, im Idealfall müssen weder die Leitungen des Verteilernetzbetreibers noch die Produktion der großen Kraftwerke in Anspruch genommen werden.

*„Ich sehe es sehr positiv, dass Menschen sich zusammenschließen, um konkrete Probleme zu lösen“, resümiert eine Teilnehmerin der Arena Analyse, „wahrscheinlich wird es auf zahlreiche solche Initiativen ankommen: Wir brauchen regionale Lösungen für globale Probleme, um die gewaltigen Probleme unserer Zeit zu meistern.“*

### **Welche Verteilung ist gerecht?**

Krisen treffen vor allem die Armen, während die Reichen in schlechten Zeiten immer noch reicher werden. So lautet eine allgemein anerkannte Volksweisheit. Aber wie das schon so ist mit simplen Wahrheiten: Manchmal stimmen sie und manchmal auch wieder nicht. In der Covid-Krise sind nachvollziehbar viele Reiche noch reicher geworden, nämlich jene, die mit Pharma-Aktien spekulierten oder mit riskantem Hedging von den zeitweise fallenden Börsenkursen profitierten. Die Krise von 2022, die durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst wurde, führte zum umgekehrten Effekt (zumindest global betrachtet, im Einzelnen kann es immer anders verlaufen sein): Die Schwäche der Börsen traf und trifft die großen Vermögen am massivsten, ebenso wirkt sich eine hohe Inflation naturgemäß bei Finanzvermögen stärker aus. Immobilienvermögen haben dagegen unter beiden Effekten weniger gelitten. Da das untere Drittel der österreichischen Vermögensverteilung überwiegend aus Immobilienbesitz besteht (Einfamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Baugründe), wogegen diese

## 2. Ideen für eine bessere Gesellschaft

Gruppe kaum über Finanzvermögen verfügt, wirkt sich die Krise bei den großen Vermögen stärker aus als bei den kleineren. Die Vermögensverteilung wurde daher flacher.

Zumindest gilt das tendenziell. Daten zur Vermögensverteilung sind immer schwierig zu beurteilen, es gibt dazu unzählige Studien, unter anderem auch von der Österreichischen Nationalbank, die aber alle mit methodischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die wichtigsten unter diesen Problemen lauten „unsichere Datenerhebung“ und „unklare Definition“. Die Frage, was alles zum Vermögen zählt, wird höchst unterschiedlich beantwortet.

Zum Beispiel rechnet der „World Wealth Report“ des Beratungsunternehmens Capgemini – der in den Medien viel zitiert wird – Gebrauchsgüter, Sammlungen mit Liebhaberwert und selbstgenutzte Immobilien nicht dazu. Wenn also Statistiken ausweisen, wieviele Prozent der Weltbevölkerung welchen Anteil am Gesamtvermögen besitzen, sind die Einfamilienhäuser und ihre Eigentümer nicht miterfasst, was auch immer der Grund dafür sein mag.

Ein Problem für sich ist die Pensionsvorsorge. In Ländern ohne öffentliche Pensionsversicherung müssen Menschen diese privat ansparen. Wenn sie dafür Monat um Monat annähernd die gleiche Summe einzahlen wie jene, die sozialversicherten Österreicher:innen automatisch abgezogen wird, häuft sich im Laufe des Lebens ein beachtlicher Betrag an. Diese Summe, die auf der Bank oder bei einem privaten Versicherungsunternehmen liegt, stellt ein Barvermögen dar. Sozialversicherte Österreicher:innen verfügen aus der Sicht der Statistik über kein derartiges Vermögen – obwohl die monatliche Summe, auf die sie Anspruch haben, mindestens gleich hoch ist.

Aus diesen und einigen weiteren Gründen sagen Erhebungen zur Vermögensverteilung wenig über den Status aus. Meldungen wie „x% der Österreicher:innen besitzen y% des Vermögens“ sind zwar bei den Zeitungen beliebt, haben aber geringen Informationswert, es sei denn man liefert eine lange Liste von Fußnoten mit, die erklären, was da wie gemessen wurde. Sehr wohl aber lassen sich Veränderungen ablesen, wenn Erhebungen mit der gleichen Methodik über einen längeren Zeitraum gemacht werden. Auch Ländervergleiche sollten halbwegs verlässliche Aussagen liefern, vorausgesetzt man vergleicht Staaten mit annähernd ähnlicher Sozialstruktur. Dabei zeigt sich, dass die Vermögens-Ungleichheit in Österreich höher ist als in den meisten anderen europäischen Staaten, und dass sie in den letzten zwölf Jahren leicht zugenommen hat. Vor allem in den Covid-Jahren haben Finanzvermögen tendenziell profitiert. Die Aktienmärkte sind nach einem kurzen steilen Einbruch im März 2020 (also zum Ausbruch der Krise) einigermassen kontinuierlich gestiegen, unter anderem wegen der Hausse bei Pharma-Aktien in Erwartung eines Impfstoffes. Zudem erlebte 2021 einen Höhepunkt an Spekulationen mit Kryptowährungen, der aber nicht lange anhielt – viele der Dollarmillionäre von 2021 dürften 2022 wieder in einer bescheideneren Kategorie gelandet sein.

Deutlich klarer sind die Auswirkungen der Krise bei den Einkommen nachvollziehbar. Die hohe Teuerungsrate des Jahres 2022, vor allem der sprunghafte Anstieg der Energiepreise, wurde durch staatliche Hilfen abgefedert – Energiekostenausgleich, Klimabonus, Teuerungsbonus, etc. Diese Transferzahlungen, die sowohl ökonomisch als auch sozialpolitisch allgemein als sinnvoll eingeschätzt werden, wirken progressiv. Niedrige Einkommen werden stärker entlastet als höhere, wodurch sich ein Umverteilungseffekt ergibt. Eine ähnliche, wenngleich schwächer ausgeprägte Wirkung entfaltet die Abschaffung der kalten Progression. Sie bringt zwar keine Entlastung der ganz niedrigen Einkommen, weil diese ohnehin nur wenig Einkommensteuer zahlen, doch bei den mittleren Einkommen wirkt sie stärker als bei den hohen. Dazu kommt ein Langfristeffekt, der sich einstellt, wenn die heute niedrigen Einkommen steigen und die Höhe der heutigen mittleren Einkommen erreichen – dann wären sie nämlich ohne die Abschaffung der kalten Progression höher besteuert worden.

Eine Teilnehmerin der Arena Analyse erinnert zudem daran, *„dass die Inflationsraten nicht für alle Einkommen gleich hoch sind. Menschen mit hohen Einkommen haben einen höheren Energieverbrauch, daher wirken sich dort auch die gestiegenen Preise stärker aus.“*

Energiekrise und Teuerungskrise machen uns also ein bisschen gleicher<sup>3</sup>. Die Frage lautet, ob das gut für das Land ist oder nicht. Meist wird diese Frage mit Rückgriff auf ethische Kategorien beantwortet, oder man begnügt sich mit dem Hinweis, dass es einfach eine Frage des Standpunkts und der persönlichen Betroffenheit sei, ob man gleiche Vermögensverteilung und eine flache Einkommenskurve als positiv oder als negativ beurteilt. Darüber hinaus gibt es aber sehr wohl einen objektiven ökonomischen Aspekt: Volkswirtschaften mit niedrigem Gini-Koeffizienten, in denen also die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen (sowie Vermögen) geringer ist, weisen ein höheres Wachstum aus. Erklärt wird dieses Phänomen mit der Tatsache, dass Bezieher niedriger Einkommen frisches Geld in höherem Ausmaß wieder dem Konsum zuführen als Top-Verdiener, die – salopp ausgedrückt – „eh schon alles haben“. Analog gilt auch, dass Reiche weniger Lust zeigen, neue Unternehmen zu gründen, die sie mit hohem Risiko und persönlichem Einsatz erst noch zum Erfolg führen müssen. Wenn zusätzliches Wachstum also stärker unten als oben ankommt, beschleunigt das die Konjunktur.

Dieser Effekt wurde immer wieder nachgewiesen, am eindrucksvollsten wohl in einer Studie der OECD aus dem Jahr 2014<sup>4</sup>, wo für eine Reihe von Volkswirtschaften (unter anderem Italien, Großbritannien und die USA) errechnet wurde, dass dort das BIP in zehn Jahren um 6 bis 9 Prozentpunkte

---

<sup>3</sup> Ein Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit wird in diesem Kapitel völlig ausgeklammert, nämlich die ungleiche Einkommensverteilung zwischen Männern und Frauen. Darauf geht jedoch das Kapitel 3 näher ein.

<sup>4</sup> Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth

## 2. Ideen für eine bessere Gesellschaft

stärker wachsen hätte können, hätte man dafür gesorgt, dass die Einkommen nicht so stark auseinanderdriften.

Wörtlich heißt es in diesem Papier: „Der größte einzelne Einflussfaktor auf das Wirtschaftswachstum ist die wachsende Kluft zwischen den unteren 40% und den oberen 60% der Einkommensbezieher.“ Ungleichheit dämpft im Übrigen nicht nur die Konsumnachfrage, sie wirkt sich auch negativ auf die Bildungschancen aus. Schlechte Bildungschancen vermindern die Zahl an gut ausgebildeten jungen Arbeitskräften und bremsen damit ebenfalls die konjunkturelle Entwicklung ein.

Zusammenfassend darf festgehalten werden: Die Teuerungskrise stellt eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Sie hat gerade deshalb in zwei Bereichen Veränderungen in Gang gesetzt, die enorme Chancen eröffnen, die Gesellschaft humaner und erfolgreicher zu gestalten. Solche Chancen entstehen erstens durch soziale Innovationen, die alltägliche Probleme des Umgangs zwischen den Menschen verbessern. Und zweitens durch ein zusätzliches Maß an Umverteilung, aus dem neues Wirtschaftswachstum entstehen könnte, wenn der Trend weiter unterstützt wird.

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

---

Österreich leidet unter einem Mangel an Arbeitskräften. Unsere Nachbarländer tun das ebenfalls, und nicht nur die. Von wenigen strukturschwachen Regionen abgesehen gibt es nahezu überall in Europa mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.

Diese Tatsache macht inzwischen fast täglich Schlagzeilen. Trotzdem ist es selbst im Jahr 2023 immer noch schwer, solche Sätze zu lesen, ohne dabei den Atem anzuhalten. Denn noch vor fünf Jahren hätten sie utopisch, wenn nicht gar verrückt geklungen, schließlich prägte fast ein halbes Jahrhundert lang das genaue Gegenteil unser aller Bewusstsein. Ab dem Ende des Nachkriegs-Booms Mitte der 1970er-Jahre war die Arbeitslosigkeit das größte und dauerhafteste sozialpolitische Problem sämtlicher europäischen Staaten.

In Österreich lag die Arbeitslosenquote im Jahr 1973 auf dem bis heute tiefsten Stand nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, stieg danach (mit gelegentlichen Auf- und Ab-Bewegungen) kontinuierlich an. Seit 2021 sinkt sie rapide ab – doch bis dahin schien es, als gäbe es beim besten Willen kein Mittel gegen das Schicksal, dass ein nennenswerter Teil der Menschen im arbeitsfähigen Alter keinen Job findet. Verantwortlich für dieses Dauerproblem war nicht eine einzelne Ursache, sondern ein Bündel von Veränderungen, die jeweils aufeinander einwirkten:

- ▶ Ganz allgemein führte der technische Fortschritt dazu, dass ein gleiches Maß an Produktion mit immer geringerem Einsatz an Arbeitskraft erwirtschaftet werden konnte. Das Wachstum des Sozialprodukts konnte den geringeren Bedarf an Arbeitskräften nicht wettmachen.
- ▶ Neue Technologien machten immer wieder ganz konkret bestimmte Qualifikationen obsolet. Sie schufen dafür zwar neuen Bedarf, aber nicht im gleichen Ausmaß oder nicht im gleichen Tempo. Durch die Automatisierung gingen in kurzer Zeit viele Industrie-Arbeitsplätze verloren. Zwar wurden daraufhin Techniker und Programmierer für die Herstellung von Robotern gebraucht, doch wuchs dieser Bereich nicht so schnell wie der alte verloren ging – ganz zu schweigen davon, dass Automechaniker nicht so ohne weiteres zu Elektronik-Ingenieuren umgeschult werden können.
- ▶ Die steigende Erwerbsquote bei Frauen bewirkte, dass die Arbeitslosigkeit auch dort unverändert hoch blieb, wo die Zahl der Beschäftigten zunahm.
- ▶ Die Globalisierung führte ebenfalls zum Verlust von Industrie-Arbeitsplätzen in den europäischen Ländern. Auch hier entstanden im Gegenzug neue Jobs, unter anderem in der Logistik, doch geschah dies nicht im selben Tempo und mit völlig anderen Anforderungen, sodass auch in diesem Fall Gruppen auf dem Arbeitsmarkt zurückblieben, die mittelfristig nicht leicht vermittelbar waren.

Wegen der Hartnäckigkeit des Problems wurde dieses sehr bald als inhärente Eigenschaft des Kapitalismus angesehen. Da die menschliche

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

Arbeitskraft zu den teuersten Produktionsfaktoren gehört, muss jedes Unternehmen, das im Wettbewerb effizienter werden will, zwangsläufig ins Wegrationalisieren von Mitarbeiter:innen investieren. Entweder durch Automatisierung, doch in Wahrheit meist durch Auslagern in Billiglohnländer. Die globalisierte, postindustrielle Wissensgesellschaft würde also unvermeidlich einen gewissen Anteil an Langzeitarbeitslosen auch dann aufweisen, wenn der Gesamt-Wohlstand durch Wirtschaftswachstum zunimmt. In den 1980er-Jahren wurde dafür das Schlagwort von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ geprägt<sup>5</sup>: Ordentlich bezahlte Jobs gibt es nur für zwei Drittel der Menschen im arbeitsfähigen Alter, so lautete die These, der Rest muss durch den Sozialstaat alimentiert werden, wenn man nicht – wie in den USA – einen Niedrigstlohnsektor mit „Working Poor“ zulassen will.

Zwar wurde dieser Befund als in den Dimensionen völlig übertrieben angesehen – schließlich lagen die tatsächlichen Arbeitslosenraten in der Regel zwischen fünf und zehn Prozent. Doch im Kern schien er zuzutreffen, jedenfalls festigte sich nach und nach die Überzeugung, dass es einfach nie genug Arbeit für alle geben würde. „Die Tatsache, dass mit weniger menschlichem Einsatz mehr produziert wird, bedeutet, dass die Arbeit knapp werden kann“, schrieb etwa auch der Soziologe und führende liberale Denker Ralf Dahrendorf 1994 in seinem Buch „Der moderne soziale Konflikt“. Vollbeschäftigung sei in so einer Situation nicht mehr möglich, so Dahrendorf, weil „einige unter bestimmten Bedingungen aus dem Arbeitsmarkt herausdefiniert werden können“.

Ein politischer Ansatz zur Lösung, der viel diskutiert, aber in der Praxis nirgendwo konsequent umgesetzt wurde, bestand in einer drastischen Arbeitszeitverkürzung. Wenn alle nur mehr 35 Stunden in der Woche arbeiten, so die Idee, muss die vorhandene Arbeit auf eine größere Zahl von Personen aufgeteilt werden. Das Konzept hat bis in die 2020er-Jahre überlebt und wurde erst in jüngster Zeit durch die völlig veränderte Realität überholt. Tatsächlich umgesetzt wurden diverse Formen der Daueralimentation durch Notstandshilfen, Bürgergeld oder Ähnlichem, zudem gab es immer wieder Programme zur künstlichen Schaffung von Jobs, zum Beispiel Subventionen für die Aufnahme zusätzlicher Beschäftigter.

Schärfste Ausprägung fand der Gedanke, dass die Arbeit nicht für alle reicht, schließlich in der Hartz-IV-Gesetzgebung des Jahres 2005 in Deutschland. Offiziell sollten damit Anreize gesetzt werden, damit Arbeitslose schneller ins Berufsleben zurückkehren, tatsächlich bewirkte die Regelung aber, dass eine nennenswerte Gruppe der Gesellschaft dauerhaft vom Arbeitsmarkt ferngehalten wurde. Auch in Österreich stand in der Arbeitsmarktpolitik stets die Frage im Vordergrund, wie man Arbeitslose sozial absichert und ihr Abrutschen in prekäre Verhältnisse verhindert.

---

<sup>5</sup> Als Urheber des Begriffs gilt der SPD-Politiker Peter Glotz, der das Wort 1984 in seinem Buch „Die Arbeit der Zuspitzung“ verwendet.

Angesichts eines dauerhaft stabilen Sockels an Langzeitarbeitslosen war das ohne Zweifel auch nötig.

Allerdings ist damit auch ein System gewachsen, das für die Rückkehr in den Job hohe Hürden errichtet – was noch vor wenigen Jahren ein Segen war, weil es den Arbeitslosen Sicherheit bot, wird nun zum Problem. Die Kombination aus Arbeitslosengeld, dem zulässigen Zuverdienst plus diverser Vergünstigungen für Arbeitslose (wie die Befreiung von der ORF-Gebühr) macht oft mehr aus als die Nettogehälter in vielen Berufen. Zudem ist die Bereitschaft zu regionaler Mobilität in Österreich extrem gering, auch hier bietet das System keinerlei Anreize, Arbeitsstellen außerhalb des eigenen engen Umfelds anzunehmen. Hier besteht in Österreich dringender Reformbedarf und zugleich dringender Bedarf an neuen Ideen, denn es gilt, zwei widersprüchliche Ziele unter einen Hut zu bringen: Es soll für Arbeitslose wesentlich attraktiver werden, einen Job anzunehmen und dafür womöglich auch eine neue Qualifikation zu erlernen sowie allenfalls in eine andere Stadt zu übersiedeln. Gleichzeitig soll aber das soziale Netz nicht löchrig werden, denn selbstverständlich wird es trotz Arbeitskräftemangels auch weiterhin Härtefälle geben, die einfach keinen Job finden, die ihren Wohnsitz nicht verlegen können (weil sie zum Beispiel Eltern zu pflegen haben) oder als alleinerziehende Mütter nur Stellen mit für sie geeigneten Arbeitszeiten annehmen können. Diese Gruppen haben weiterhin Schutz nötig, ein gleichbleibend hohes Sicherheitsniveau muss daher mit dem bevorstehenden – unausbleiblichen – Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik in Einklang gebracht werden: Wir leben nicht mehr in einer Welt, in der es nicht genug Jobs für alle gibt, sondern in einer Welt, in der es nicht genug Arbeitskräfte gibt, um die Wachstumspotenziale der Wirtschaft realisieren zu können.

Bevor dieser Arbeitskräftemangel in aller Schärfe sichtbar wurde, flammte übrigens noch ein vorläufig letztes Mal die Prophezeiung auf, dass der zivilisierten Menschheit die Arbeit ausgehen wird. Im Jahr 2013 entwarf eine Studie der Universität Oxford das Bild einer Gesellschaft mit hohem Sozialprodukt, in der aber Roboter, Computer und sonstige Maschinen die Arbeit erledigen. Die Ökonomen Benedict Frey und Michael A. Osborne erlangten Schlagzeilen-Ruhm, indem sie nachwiesen, dass 47% aller Arbeitsplätze (in den USA) schon mit den heutigen Technologien automatisierbar wären – U-Bahnfahrer, Flugzeugpiloten, Aktienhändler, Rechtsanwälte (das Gendern erübrigt sich in diesem Fall), etc. Die Besitzer der vollautomatischen Fabriken und Eigentümer der Dienstleistungsroboter werden unermesslich reich, der Rest der Menschheit sucht vergeblich nach einem Job. Von wegen Zweidrittel-Gesellschaft – wenn es nach Frey und Osborne geht, macht die Künstliche Intelligenz demnächst die halbe Menschheit arbeitslos...

#### **Demografie und Wertewandel**

Der kurze historische Abriss soll illustrieren, warum seit mindestens drei Generationen tief im Unterbewusstsein aller Europäer:innen die Gewissheit sitzt, dass es immer mehr Jobsuchende als Arbeitsplätze geben wird. Dieses vermeintliche Naturgesetz wurde nun innerhalb kürzester Zeit ins Gegenteil verkehrt. Es gibt nicht mehr zu wenige Jobs, sondern zu viele, das Land braucht mehr Arbeitende, als zur Verfügung stehen.

Wir können der Liste der Krisen somit auch den Begriff „Arbeitsmarktkrise“ hinzufügen. Und wieder bietet die Engpass-Situation eine Reihe von Chancen. Denn es geht längst nicht mehr nur um Facharbeiter:innen – dort klagt die Industrie schon lange über einen Mangel, der vor allem strukturelle Ursachen hat. Es geht auch nicht mehr nur um „qualifizierte“ Arbeitskräfte, also um Menschen mit hohem Bildungs- oder Spezialisierungsniveau. Mitarbeiter:innen werden schlicht und einfach überall gebraucht, Reinigungskräfte ebenso wie Krebsforscher:innen, Tramwayfahrer:innen ebenso wie Computerprogrammierer:innen.

Nach einer Erhebung des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft konnten 2022 mehr als 70% aller Betriebe ihren Personalbedarf nicht zur Gänze decken. In manchen Branchen führte der Mangel an Beschäftigten dazu, dass Aufträge abgelehnt werden mussten oder aber lange Wartezeiten notwendig wurden. Viele Gastronomiebetriebe können nur mehr an drei statt an sechs Tagen in der Woche offenhalten, obwohl genug Gäste kommen würden – es ist nur niemand da, der für sie kocht und die Speisen serviert. In Wien verkehren manche Straßenbahnen nur mehr alle zwölf statt alle fünf Minuten, in den Spitälern werden ganze Abteilungen geschlossen, andere können nur mehr dank massiver Überstunden den Betrieb aufrechterhalten. Der Arbeitskräftemangel ist zu einem gesamtwirtschaftlichen Problem geworden, das potenzielles Wachstum verhindert und an vielen Stellen den funktionierenden Alltag in Frage stellt.

Kurioserweise ist das Problem keineswegs so plötzlich aufgetaucht, wie es den Anschein hat. Die drei wichtigsten Ursachen lauten: demografischer Wandel, gesellschaftlicher Wertewandel („Work-Life-Balance statt Workaholics“) und schlecht gemanagte Zuwanderung. Zumindest zwei davon wurden schon seit langem vorhergesagt, nämlich die Demografie einerseits und die mangelnde Zuwanderung andererseits. Der dritte Faktor, der Wertewandel kam auch nicht völlig überraschend, denn schon seit Jahren zeigen diverse Milieustudien, dass die jungen Menschen des frühen 21. Jahrhunderts 14-Stunden-Tage nicht mehr so cool finden wie ihre Eltern anno 1990, sondern Wert auf Freizeit und Familie legen. Doch dass diese Generation einen Arbeitsmarkt vorfinden wird, auf dem sie solche Vorstellungen auch durchsetzen kann, war nur von wenigen erwartet worden.

Der wichtigste Verursacher eines um 180 Grad auf den Kopf gestellten Arbeitsmarkts ist jedenfalls die demografische Entwicklung. Sie verringert die

Zahl der Menschen im erwerbstätigen Alter – wie wir seit langem wissen, denn die Demografie ist eine langfristige und sehr exakte Wissenschaft, sie arbeitet mit unbestechlichen Zahlen. Es ist zum Beispiel kein Geheimnis, dass vor 65 Jahren, also 1958, in Österreich 119.755 Kinder geboren wurden. Im Jahr 2003 waren es nur 76.000. Selbst wenn man berücksichtigt, dass sich diese Zahlen nicht eins zu eins auf die Anzahl der aktuell in Österreich lebenden Menschen dieser Jahrgänge umlegen lassen, leuchtet schnell ein: Es gibt mit Sicherheit weniger Zwanzigjährige, die ins Berufsleben einsteigen als 65-Jährige, die ausscheiden. Diese Schiefelage wird noch für einige Zeit so bleiben, denn in den frühen 1960er-Jahren stiegen die Geburtenzahlen weiter an. 1961 kamen 131.000 Kinder zur Welt, 1963 war mit 134.000 Kindern der geburtenstärkste Jahrgang<sup>6</sup>, danach blieben die Zahlen jahrelang nur knapp darunter. Erst im Jahr 1973 machte sich der berühmte „Pillenknick“ bemerkbar, die Zahl fiel erstmals unter 100.000 und ging von da an langsam zurück. Inzwischen hat sich die Geburtenrate bei rund 85.000 im Jahr annähernd stabilisiert.

Doch die Generation der jungen Menschen, die derzeit ins Erwerbsalter tritt, ist nicht nur zahlenmäßig kleiner als die Babyboomer, sie bringt auch andere Vorstellungen mit. Hohes Einkommen steht sehr oft nicht mehr an erster Stelle. Neben dem Wunsch nach Sinnerfüllung und Entfaltungsmöglichkeiten spielt auch das Ausmaß der erwünschten Arbeitsbelastung eine Rolle. Forderungen nach Vier-Tage-Wochen oder 30-Stunden-Teilzeitjobs gehören bei Vorstellungsgesprächen bereits zur Tagesordnung.

Diese Haltung ist Teil eines umfassenderen Wertewandels. Zur Illustration soll auf die Shell-Jugendstudie von 2015 verwiesen werden, wo die Haltungen und Erwartungen junger Menschen erforscht wurden, die zum größten Teil heute im Erwerbsleben stehen dürften. Befragt wurden mehr als 2500 Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren. Eine der Fragen lautete: „Was müsstest Du eine berufliche Tätigkeit bieten, damit Du zufrieden sein kannst?“, zur Antwort standen 11 Kriterien, von denen beliebig viele ausgewählt werden konnten. Am häufigsten angekreuzt wurde mit 95% erwartungsgemäß „ein sicherer Arbeitsplatz“. Doch gleich danach kommt mit 83% „die Möglichkeit, eigene Ideen einzubringen“. Wer weiterliest, stößt auf eine Liste, die von „Genügend Freizeit neben der Berufstätigkeit“ über „Möglichkeiten, etwas Nützliches für die Gesellschaft zu tun“ und „Das Gefühl, anerkannt zu werden“ bis zu „Gute Aufstiegsmöglichkeiten“ reicht. Erst dann kommt mit gerade noch 78% Zustimmung das Kriterium „hohes Einkommen“.

Bei einer anderen Frage stimmten rund 90% der Aussage zu: „Familie und Kinder dürfen bei der Arbeit nicht zu kurz kommen“. 75% (Burschen wie Mädchen) haben vor, in Teilzeit zu gehen, wenn sie Kinder bekommen.

---

<sup>6</sup> Noch dazu bei einer geringeren Gesamtbevölkerung. Die Geburtenrate von 1963 entspricht einer Quote von 18,7 Geburten pro 1.000 Einwohner:innen, derzeit liegt dieser Schnitt bei 9,4.

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

Als die Studie 2015 veröffentlicht wurde, sahen die meisten älteren Leser in diesen Antworten lediglich die hoffnungsvollen Wünsche von Teenagern und reagierten mit einem nachsichtigen: „Na, ihr werdet euch noch wundern...“ Inzwischen sind die hier dokumentierten Wertehaltungen wirkmächtig geworden und haben Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Denn naturgemäß nimmt die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden ab, wenn ein entsprechend großer Teil der Erwerbstätigen nur 30 statt 40 Stunden in der Woche arbeitet und sogar Führungskräfte nicht mehr 60 Stunden für ihre Karriere investieren, sondern nur mehr 40 oder 45.

Dass viele Berufseinsteiger:innen der 2020er-Jahre für diesen Gewinn an Lebensqualität auf Einkommen verzichten, hat zum Teil gewiss damit zu tun, dass sie es sich leisten können. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg tritt nicht mehr eine Aufsteiger-Generation an, deren oberstes Ziel darin besteht, sich in der Zukunft „mehr leisten“ zu können oder etwas aufzubauen. Stattdessen handelt es sich um eine Generation, die man vielleicht nicht durchgehend als „Erben“ titulieren kann, die aber mit dem vom Elternhaus mitgenommenen Basis-Wohlstand zufrieden ist und eher der Maxime folgt, nichts verlieren zu wollen.

„Bewahren“ ist für diese Altersgruppe wichtiger als „mehr bekommen“, und diese Sorge richtet sich auch auf die Umwelt und die Ressourcen des Planeten. Wohlstand und gutes Leben werden nicht mehr allein daran gemessen, wieviel Geld jemand zur Verfügung hat, weshalb die Entwicklung von manchen Expert:innen der Arena Analyse durchaus positiv gesehen wird. *„Immer mehr erlebe ich Jugendliche, die sich aus dem Konsumwahn verabschieden und mehr Gewicht auf eine gute Work-Life-Balance legen“*, heißt es zum Beispiel in einem Beitrag, *„wir sollten es begrüßen, wenn junge Väter neben dem Job mehr Zeit für die Familie haben wollen, wenn sie bewusster einkaufen und auf die Frage nach materiellen Wünschen antworten, dass sie ohnehin alles hätten.“*

Es gibt noch eine dritte langfristige Ursache für den Arbeitskräftemangel, und sie ist eng mit den Veränderungen bei den Geburtenraten verknüpft. Dieselben Demografen, die uns das Bild einer alternden Gesellschaft zeichnen, warnen uns auch seit Jahren davor, dass Österreichs Bevölkerung schrumpfen wird, wenn wir uns nicht um ein ausreichendes Maß an Zuwanderung kümmern. Die Frage, ob Österreich ein Einwanderungsland sein will oder nicht, hat also zunächst nichts mit dem nationalen Selbstbild oder mit politischen Entscheidungen über kulturelle Vielfalt und Offenheit zu tun. Es geht schlicht um nackte Zahlen: Schon derzeit sind rund 20% der dauerhaft in Österreich lebenden Personen nicht hier geboren. Ohne diese Menschen hätte das Land also nicht 9, sondern nur 7,25 Millionen Einwohner. Die 1,75 Millionen nicht hier geborenen Menschen sind allerdings bei weitem nicht alle Immigranten im klassischen Sinn, denn durch die Reise- und Niederlassungsfreiheit in der EU kommen auch Leute nach Österreich, die nur vorübergehen bleiben, um hier zu arbeiten. „Vorübergehend“ kann auch 20 oder 30 Jahre bedeuten, aber irgendwann kehren sie

wieder nach Frankreich, Spanien, Deutschland, Litauen oder wohin auch immer zurück. Migration ist keine Einbahn und schon gar kein „Strom“, sondern ein komplexer, sich ständig wandelnder Vorgang, der sich immer nur in zeitlichen Ausschnitten abbilden lässt.

Wer findet, Österreich sollte lieber schrumpfen als Ausländer hereinlassen, muss sich bewusst machen, dass schrumpfende Bevölkerung immer auch mit schrumpfendem Bruttosozialprodukt verbunden ist. Weniger Menschen produzieren und konsumieren auch weniger. Jedes einzelne Unternehmen wäre dann jeweils mit einem schrumpfenden Markt konfrontiert. Dazu kommt, dass wegen der oben beschriebenen demografischen Verschiebung die Schrumpfung stärker bei den jüngeren Jahrgängen stattfindet, weshalb die Sozialversicherung, allen voran die Pensionskassen, als erste das Ausbleiben neuer Beitragszahler zu spüren bekommen. Es müsste also ein immer größerer Anteil an den Pensionszahlungen über Steuergeld aufgebracht werden, wobei allerdings die Steuern ebenfalls abnehmen – weniger Einkommensbezieher zahlen weniger Einkommenssteuern, abnehmender Konsum führt zu weniger Mehrwertsteuer.

Szenarien dieser Art sind der Grund, warum Ökonomen die Warnung der Demografen in eine konkrete Empfehlung übersetzen: Österreich braucht jedes Jahr eine Nettozuwanderung (auch Immigration saldo genannt – also Einwanderung minus Abwanderung) von rund 21.000, damit die Gesamtbevölkerung annähernd stabil bleibt. Für die Wirtschaft reicht das aber nicht, für diesen Zweck muss die Zahl der Erwerbsfähigen zwischen 15 und 64 Jahren konstant gehalten werden, und dafür ist eine Nettozuwanderung von rund 50.000 Menschen nötig.

Aus der Sicht der Steuereinnahmen und der Sozialversicherung muss nämlich neben der niedrigen Geburtenrate noch ein zweiter Effekt berücksichtigt werden: die steigende Lebenserwartung. Dank immer besserer medizinischer Versorgung und einem allgemein gesünderen Alltag werden die Österreicher:innen heute viel älter als noch vor einem halben Jahrhundert, die durchschnittliche Lebenserwartung stieg bei Frauen von 71,9 im Jahr 1960 auf 83,7 Jahre im Jahr 2022 und bei Männern von 65,4 auf 79 Jahre. Diese selbstverständlich höchst erfreuliche Entwicklung führt aber zu einem noch stärkeren Anwachsen jener Alterskohorte, deren Angehörige sich überwiegend im Ruhestand befinden – wie folgende Tabelle illustriert, die den Anteil der Über-65-Jährigen an der österreichischen Gesamtbevölkerung zeigt:

1961: 12,5%  
1981: 15,1%  
2001: 15,4%  
2011: 17,7%  
2021: 19,5%

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

Im Langfristgutachten der *Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme*<sup>7</sup> werden dazu unterschiedliche Szenarien gerechnet: Im Szenario „hohe Migration“ wird untersucht, was passiert, wenn zum Beispiel bis 2040 jährlich ein Immigrationssaldo von 45.000 Personen pro Jahr erzielt wird. In diesem Fall kann Österreich mit einem BIP von etwa 527 Milliarden Euro rechnen, in der Bevölkerungsstatistik kämen 343 Menschen über 65 auf 1000 Einwohner:innen – derzeit sind es 238. Das BIP lag 2021 bei 409 Milliarden Euro.

Im Szenario „niedrige Migration“ bleiben jährlich netto nur 29.000 Zugewanderte im Land. Das BIP fällt mit 512 Milliarden deutlich bescheidener aus. Und je 1000 Einwohner:innen müssten 361 Pensionist:innen gestemmt werden.

Die Problemlage rund um die Arbeitskraft-Misere ist also einigermaßen komplex. Klar ist, dass der Arbeitskräftemangel eine Belastung für die Wirtschaft darstellt und zur Wachstumsbremse werden kann, wenn er nicht richtig gemanagt wird. Aber welche Chancen könnten sich wohl aus so einer Situation ergeben?

Zunächst ist bereits sichtbar, dass sich die übliche Rollenverteilung zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen umgedreht hat. Noch vor kurzem erlebten sich Jobsuchende typischerweise als Bittsteller:innen, die darum zittern müssen, dass sie genommen werden. Plötzlich sind es jedoch die Unternehmen, die alles dransetzen, um die Bewerber:innen nicht an die Konkurrenz zu verlieren. Stark ausgeprägt ist diese Umkehrung bisher natürlich nur bei hochqualifizierten Kräften, aber in den Wirtschaftszeitungen wird bereits mit ungläubiger Ironie berichtet, dass künftige Angestellte heute von ihren Firmen eine Probezeit von drei oder vier Monaten verlangen, ehe sie sich definitiv entscheiden – nicht umgekehrt. Um es in der Marketingsprache auszudrücken: Aus einem Käufermarkt wurde ein Verkäufermarkt, es sind nicht mehr die Unternehmen, die sich die besten Köpfe aussuchen, sondern die Mitarbeiter:innen, die aus mehreren Jobangeboten das beste auswählen.

Die Entwicklung steht erst am Anfang. Immer öfter werden nicht nur hochgebildete Spezialisten und die sogenannten Mangelberufe gesucht, sondern Arbeitskräfte in allen Gehalts- und Qualifikationsstufen, auch im unteren Level wird die Umkehr der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt allmählich sichtbar. Zum anderen aber betrifft diese veränderte Interessenslage nicht nur Jobsuchende, sondern auch Menschen in bestehenden Arbeitsverhältnissen. Es geht ja nicht nur darum, fehlendes Personal anzulocken, sondern noch viel mehr noch um das Halten bewährter Mitarbeiter:innen. Daraus folgt, dass Unternehmen nicht knausrig sein dürfen, wenn es um Gehaltsforderungen geht. „*Wie in jedem Markt regelt auch hier die Nachfrage den Preis*“, hält ein Arena-Analyse-Beitrag fest, „*wir können davon*

---

<sup>7</sup> „Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2020 bis 2070“

*ausgehen, dass künftig ein größerer Teil des jährlichen Produktionsfortschritts in Lohnerhöhungen umgemünzt wird.“* Wenn die Entwicklung anhält und die Betroffenen die richtigen Lehren ziehen, könnte also die mehr als 30 Jahre dauernde Ära zu Ende gehen, in der die Unternehmensgewinne stets schneller wuchsen als die Gehälter.

Ähnliche Chancen tun sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf. Hier wird sich eine Entwicklung beschleunigen, die schon eingesetzt hat, denn größere Unternehmen investieren schon länger in Verbesserungen beim Arbeitsklima, bei der Wertschätzung von Mitarbeiter:innen, bei individuellen Entwicklungsmöglichkeiten, bei Diversität – weil diese Faktoren starken Einfluss auf die Produktivität haben. Dazu hält ein Beitrag eines Experten fest: *„Die Veränderungen, die sich am Arbeitsmarkt vollziehen, werden ein massives Umdenken bewirken und veränderte Praktiken in vielen Unternehmen und Organisationen herbeiführen. Das eröffnet die Chance, dass die Führungspraktiken in den Organisationen mehr in Richtung Führung auf Augenhöhe und geteilte Verantwortung gehen und wir unser menschliches Potenzial für Kooperation und kollektive Intelligenz wieder mehr nutzen lernen.“*

Und wenn Diversität zum Thema wird, muss früher oder später auch der Dauerbrenner „Chancengleichheit für Frauen“ zur Sprache kommen. Trotz aller Anti-Diskriminierungs-Gesetze zeigt die Statistik immer noch, dass Frauen im Schnitt deutlich weniger verdienen als Männer. Zwar kommt es nur selten vor, dass tatsächlich und nachweisbar die gleiche Tätigkeit unterschiedlich entlohnt wird, doch kriegen Frauen im Schnitt die schlechteren Jobs und arbeiten häufiger Teilzeit. Die Gelegenheit, all das zu ändern, wäre gerade sehr günstig, findet eine Teilnehmerin der Arena Analyse: *„Die Hoffnung lautet, dass durch den Arbeitskräftemangel eine neue Situation am Arbeitsmarkt entsteht, wo Frauen auch in Männerberufen stärker gesucht werden und sich dadurch die unterschiedliche Gehaltsstatistik verflacht.“*

#### **Pensionsalter**

Zweitens könnte endlich etwas Bewegung in die verfahrenere Diskussion um das Pensionsantrittsalter kommen. Das Thema ist zunächst vor allem durch die steigende Lebenserwartung getrieben, denn klarerweise macht es einen Unterschied, ob jemand im Schnitt 10 bis 15 Jahre seinen Ruhestandsbezug genießt oder 20 bis 25 Jahre. Da Menschen im 21. Jahrhundert nicht nur länger leben, sondern auch später altern, läge es auf der Hand, das Berufsleben entsprechend zu verlängern – noch dazu, wo wegen der längeren Ausbildungswege auch der Berufseinstieg immer später erfolgt.

Dabei geht es zunächst gar nicht um das gesetzliche Mindestalter, denn dieses wird in Österreich ohnehin nur von einem Teil der Beschäftigten erreicht, das reale Antrittsalter liegt derzeit bei durchschnittlich 61,9 Jahren. Alle Versuche, dieses Datum nach oben zu verschieben, stießen auf eine

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

Vielzahl von Widerständen, von denen zwei sich als besonders hartnäckig erwiesen, nämlich das Hackler-Problem einerseits und das Lohnkostenproblem andererseits.

Beim Hackler-Problem handelt es sich um die Tatsache, dass es zwar immer mehr Berufe gibt, die ein gesunder Mensch problemlos bis 70 oder 75 ausüben könnte – dass dies aber eben nicht auf alle Tätigkeiten zutrifft. Selbst wenn harte körperliche Arbeit selten geworden ist, so müssen trotzdem die Monteur:innen von PV-Modulen immer noch auf Dächer klettern, müssen Bauarbeiter:innen viele Stunden auf dem Fassadengerüst verbringen und Forstarbeiter:innen mit schweren Maschinen hantieren. Die Männer und Frauen der Müllabfuhr müssen fit genug sein, um von den orangen LKWs abspringen und große Tonnen auflegen zu können, und Busfahrer:innen sollten weder schlechte Augen noch Rückenschmerzen haben.

Wenn das Pensionsalter angehoben wird, ergibt sich also zwangsläufig eine Asymmetrie. Eigentlich wäre es notwendig, für eine ganze Reihe von Berufsgruppen jeweils unterschiedliche Eintrittsjahre festzulegen, was in der Praxis natürlich unmöglich ist, denn es würde zu unüberschaubaren Verteilungskonflikten führen und wäre zudem kaum administrierbar. Schon die bestehende „Hacklerregelung“, die lediglich auf die bereits geleisteten Beitragsjahre abstellt, warf und wirft ja jede Menge Probleme auf.

Die zweite große Hürde, das Lohnkostenproblem, besteht schlicht darin, dass ältere Menschen in der Regel höhere Gehälter beziehen und daher für die Arbeitgeber:innen teurer sind als jüngere. Unternehmen sind daher tendenziell daran interessiert, ältere Mitarbeiter:innen bald in den Ruhestand zu schicken. Nicht selten steht sogar in offiziellen internen Richtlinien, dass jemand gehen muss, wenn er oder sie 65 wird, oder dass man sich ab 60 für keine höhere Funktion mehr bewerben darf. In der betriebswirtschaftlichen Literatur wird eine solche Praxis zwar als kurzsichtig gegeißelt, weil auf diese Weise Know-how verloren geht, dennoch setzt sich meist die Sichtweise der Controller:innen durch, die nach einer Pensionierungswelle eine Senkung der Lohnkosten in die Bilanz schreiben können. Psychologische Faktoren sowie die firmeninterne Gruppendynamik kommen hinzu: Die 40jährigen Aufsteiger:innen warten meist schon, dass der Posten des Abteilungsleiters frei wird und wären alles andere als beglückt, wenn ihr Noch-Vorgesetzter zum 65. Geburtstag verkündet, dass er weitere zehn Jahre bleiben will<sup>8</sup>.

Weit schwerer als die unternehmensinternen Widerstände wiegt die Tatsache, dass es für ältere Menschen, die sich noch einmal auf Jobsuche machen müssen, bis vor kurzem enorm schwierig war, überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

---

<sup>8</sup> *Das Phänomen, dass man seinen Nachfolgern den Aufstieg verstellt, wenn man zu lang auf seinem Posten bleibt, war früher unter dem Namen „Prinz-Charles-Problem“ bekannt – die Bezeichnung ist inzwischen obsolet geworden.*

Als mögliche Lösung für das Kostenproblem wurde auch vorgeschlagen, die Gehaltspyramide umzudrehen, sodass nicht automatisch ältere Beschäftigte deutlich mehr verdienen als jüngere mit ähnlicher Tätigkeit. Diese Idee lässt sich ebenfalls nicht realistisch umsetzen, würde sie doch bedeuten, dass aus der Sicht der Betroffenen die Berufslaufbahn nicht als Aufstieg, sondern als vorprogrammierter kontinuierlicher Abstieg erlebt wird.

Die Situation der Menschen rund um das 60. Lebensjahr wird also von folgenden Faktoren bestimmt:

- ▶ Eine durchaus nennenswerte Anzahl würde gern weiter arbeiten, wird aber in Pension geschickt.
- ▶ Eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Anzahl ist von Altersarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht. Für sie stellt jedes Jahr, dass sie länger auf den Pensionsantritt warten müssen, eine soziale Härte dar.
- ▶ Eine weitere Gruppe fühlt sich bereits ausgelaugt und körperlich oder geistig nicht mehr fit genug für ihre Tätigkeit und würde lieber morgen als übermorgen in Pension gehen.

Die ersten beiden Rahmenbedingungen werden sich als Folge des Arbeitskräftemangels in naher Zukunft grundlegend verändern. Die dritte Gruppe wird langfristig immer kleiner werden, aber natürlich nie ganz verschwinden, deren Probleme müssen durch individuelle Lösungen gemanagt werden.

Wie sehr die Wirtschaft zum Umdenken bereit ist und ältere Personen als Chance statt als Kostenfaktor begreift, wird sich schon sehr bald zeigen, denn ab 2023 wird das Mindestalter für Frauen schrittweise an das für Männer angeglichen, also von 60 auf 65 Jahre angehoben. Die betroffenen Jahrgänge bleiben länger auf dem Arbeitsmarkt, zum Beispiel müssen – als erste Betroffene – rund 80.000 Frauen des Jahrgangs 1964 ein halbes Jahr zusätzlich arbeiten. Der Jahrgang 1968 geht nicht 2028 in Pension, sondern erst 2033.

Hinter der saloppen Formulierung, dass die neue Situation „richtig gemanagt“ werden müsse, steckt tatsächlich viel Detailarbeit. Unternehmen, die für ihre offenen Stellen keine Bewerber:innen finden, müssen überlegen, wie sie diese Jobs für ältere Menschen attraktiv machen können. Ganz allgemein lohnt es sich für Wirtschaftstreibende, die Tätigkeiten im Betrieb daraufhin zu untersuchen, welche davon sich auch für Menschen über 60 eignen und welche nicht. Das Problem der blockierten Karriereleitern lässt sich durch flache Hierarchien mit weniger Vorgesetzten und mehr Teamverantwortung lösen – man muss nicht zwingend einen anderen von dessen Platz verdrängen, um beruflich aufzusteigen. Möglicherweise muss der sozialrechtliche Rahmen ebenfalls angepasst werden. Wer weiter berufstätig bleibt, obwohl er oder sie das Regelpensionsalter bereits erreicht hat, verdient zwar Zuschläge zur späteren Pension, allerdings lediglich maximal 12,6% – ob das genügt, um das reiche Reservoir an älteren Arbeitskräften in Beschäftigung zu halten, wird sich erst noch zeigen.

#### **Zuwanderung**

Spätere Pensionsantritte können den akuten Arbeitskräftemangel mildern, dennoch verschieben sie das Problem lediglich in die Zukunft. Am Faktum, dass die Bevölkerung schrumpft, ändern sie nichts. Deshalb wird die stärkste Auswirkung bei der Zuwanderung zu erwarten sein. Hier liegt zugleich die größte Chance.

*„Bei der Zuwanderung ist dringend ein Paradigmenwechsel notwendig“, fordert eine Arena-Analyse-Expertin, „nur durch ausreichende Zuwanderung kann Österreich seine Wirtschaftsleistung und seinen Wohlstand aufrechterhalten. Das gilt analog für ganz Europa. Sonst wird der eklatante Arbeitskräftemangel immer größer werden“.*

Auf den ersten Blick steht diese Forderung in krassem Widerspruch zur tatsächlichen Migrationspolitik, wo sich die Debatte fast ausschließlich um das Errichten von Zäunen und das Fernhalten von Einreisewilligen dreht.

Migration wird nicht als normaler Vorgang begriffen, sondern als „chronische Krise, die es zu managen, zu kontrollieren und zu bewältigen gilt“, schreibt die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (die auch als Expert:in am Arena-Analyse-Panel teilgenommen hat) in dem Buch „So schaffen wir das“, das sie gemeinsam mit dem Ersten Vizepräsidenten des EU-Parlaments Othmar Karas herausgegeben hat. Es enthält Aufsätze von rund einem Dutzend Wissenschaftler:innen zum Thema Asyl und Migration.

In ihrem eigenen Beitrag geht Kohlenberger auf das stets beiseitegeschobene Problem der Mixed Migration ein. Denn rein rechtlich sind Asyl und Migration zwei völlig verschiedene Dinge. Asylwerber sollten in der Theorie Menschen sein, die im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention „aus Furcht vor Verfolgung“ ihr Ursprungsland verlassen haben und Schutz suchen. Wogegen reguläre Migranten aus freiem Entschluss ihren Lebensmittelpunkt nach Europa verlegen, hier leben und arbeiten wollen.

In der Praxis wird beides aber stets vermischt, und dies nicht nur in fremdenfeindlichen Polemiken. Auch in der Realität der Flüchtenden verschwimmen die Unterschiede, der Status kann sich durch Aufenthalte in Transitländern plötzlich ändern, außerdem gibt es abseits von Krieg, Bürgerkrieg und politischer Verfolgung auch „weiter gefasste Bedrohungssituationen, wie etwa Hungersnot oder Dürre“ (Zitat Kohlenberger). Eine strenge Unterscheidung zwischen Flucht und Migration „ist dann kaum mehr möglich, vor allem, weil das vermeintliche Unterscheidungsmerkmal der Freiwilligkeit [...] nicht mehr greift“.

Auf diese gemischten Wanderbewegungen hat die EU noch keine Antwort gefunden, was vor allem daran liegt, dass die Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche Interessen verfolgen – und dies mit großer Vehemenz. Zuwanderung ist überall ein politisch heißes Thema, in vielen Fällen wird es auch aus tagespolitischem Kalkül aufgebauscht. Statt die Chancen zu nützen, die sich durch die vielen nach Europa drängenden Menschen ergeben, befasst sich die Politik mit den Möglichkeiten, Menschen ohne eindeutigen Asylgrund

irgendwo andershin zu schicken, was in der Praxis sehr oft nicht möglich ist. Ob diese Person womöglich eine Bereicherung für den heimischen Arbeitsmarkt darstellen könnte, wird bei abgewiesenen Asylanträgen gar nicht erst hinterfragt. Eine Expertin der Arena Analyse bringt diese inneren Widersprüche auf den Punkt: *„Wir haben einen eklatanten Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig gibt es Menschen, die gern nach Österreich kommen würden (oder in Asylzentren bereits hier sind), die gern arbeiten wollen. Doch um nicht noch mehr Leute anzulocken, werben wir lieber Arbeitskräfte aus anderen Regionen der Welt an und geben viel Geld aus, um jene die schon hier sind, wieder loszuwerden. Das ist schon grotesk.“*

Zwar trifft es natürlich zu, dass Asylwerber:innen nicht unbedingt genau jene Qualifikationen mitbringen, die gerade gebraucht werden – weshalb der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz im oben erwähnten Buch schreibt: „Bei Flüchtlingen dauert die Integration in den Arbeitsmarkt im Durchschnitt erheblich länger als bei jenen, die mittels Arbeitsvisum nach Europa kommen“. Doch warum das ein Grund sein soll, erst gar nicht danach zu fragen, leuchtet nicht ein. Denn die reguläre Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern läuft nur schleppend, hauptsächlich weil die Verfahren enorm kompliziert und langwierig sind. Man muss einer ganz bestimmten Kategorie angehören („Hochqualifizierte“, „Schlüsselkräfte“, „Mangelberufe“), um überhaupt in Frage zu kommen. Zudem genießen auch die regulär Eingewanderten nur eingeschränkte Rechtssicherheit. Die Rot-Weiß-Rot-Karte wird für 24 Monate ausgestellt, danach muss wieder ein Antrag auf Verlängerung gestellt werden, die dann wieder nur für 3 Jahre gilt.

Da suchen sich die Auswanderungswilligen aus Weltregionen wie Südamerika oder Südostasien denn doch lieber Länder aus, wo die Politik bereits begriffen hat, dass sie im internationalen Wettbewerb um Arbeitskräfte stehen.

Kanada, traditionell ein Land mit besonders hoher Zuwanderungsquote, verfolgt schon seit den späten 1960er-Jahren eine offensive Migrationspolitik, wirbt also aktiv um Menschen. Zwar müssen Immigranten auch dort ein Auswahlverfahren durchlaufen, doch steht dabei der volkswirtschaftliche Nutzen im Vordergrund. Wer ausgewählt wird, erhält unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen für sich und seine Familie und kann schon nach drei Jahren die Staatsbürgerschaft erwerben. Für die große Zahl an Einwanderern gibt es Förderprogramme zur schnelleren und besseren Integration.

Mit dem Fokus auf Integration soll ein Fehler aus der Vergangenheit korrigiert werden, der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Schaden anrichtete: Man hat nämlich für weniger qualifizierte Jobs in der Landwirtschaft, in Gastronomie und Hotellerie und in der Pflege temporäre Arbeitskräfte mit befristeten Aufenthaltstiteln zugelassen. Von diesem Modell, das an die österreichischen Saisoniers oder die Gastarbeiter der 1970er-Jahre erinnert, raten Kenner der Situation in Kanada dringend ab.

### 3. Arbeitsplätze, Babyboomer und Migranten

Deutschland will sich das kanadische Modell zum Vorbild nehmen und die Immigration für Menschen mit geeigneten Qualifikationen erleichtern – vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass es mittlerweile kaum noch Qualifikationen gibt, die nicht gebraucht werden. Da in Österreich die Einwanderung auf absehbare Zeit kompliziert bleiben wird, treten immer öfter spezialisierte Personalvermittler auf den Plan, die weltweit gezielt Mitarbeiter:innen für österreichische Unternehmen anwerben und sie durch den dornigen Weg bis zur Rot-Weiß-Rot-Karte begleiten. Konkret sollen auf diese Weise etwa Pflegekräfte für Spitäler und Altenheime nach Österreich geholt werden, bevorzugte Herkunftsländer für diese Qualifikationen sind Kolumbien und die Philippinen. Ein Arena-Analyse-Beitrag meint hierzu: *Dies zeigt, dass sich eine Chance auftut, die Migrationspolitik auf neue Beine zu stellen. Europa müsste auf jeden Fall dringend seine bisherige Migrationspolitik überdenken. Man sollte aufhören, nur die soziale oder gar nur die rechtliche Seite zu sehen. In den Mittelpunkt der Betrachtung müssten vielmehr die Chancen gerückt werden, die sich aus einer neuen Migrationspolitik für unser Pensionssystem, für mehr Beschäftigung in Mangelberufen oder für die Verstärkung der Besiedelung in Regionen mit Bevölkerungsschwund ergeben.*

Der naheliegende Konnex zur Asylpolitik wurde bisher auch in Deutschland oder anderen europäischen Ländern nicht hergestellt. Aber warum sollte es eigentlich nicht möglich sein, jene Menschen, die in Schlauchbooten über das Mittelmeer kommen, zu Pflegekräften auszubilden? Und die Inder (es sind fast ausschließlich junge Männer), die in großer Schar an der Schengengrenze um Asyl ansuchen wollen, obwohl völlig klar ist, dass sie angesichts ihres Herkunftslandes niemals unter die Genfer Konvention fallen können – warum fragt die niemand, welche Qualifikation sie mitbringen und welche Jobs sie gern annehmen würden?

Wer diese Frage stellt (die ohnehin bereits einen Tabubruch bedeutet), erhält zur Antwort, dass solches Entgegenkommen einen „Pull-Faktor“ darstellen würde und zur Folge hätte, dass noch mehr Menschen sich auf diesen Weg machen. Die Flut der Asylwerbenden könne nur dann zurückgedrängt werden, so der Kern dieser Abschreckungsdoktrin, wenn von Anfang an und ohne Ausnahmen klar ist, dass dieser Weg aussichtslos ist und es keinerlei Hintertüren gibt. Womit sich der paradoxe Kreis schließt: Österreich und Europa bemühen sich nach Kräften, allen klar machen, dass sie niemanden aufnehmen wollen, damit die Menschen, die wir dringend brauchen würden, gar nicht erst kommen.

Auch eine Expertin der Arena Analyse schüttelt über diese Widersprüchlichkeiten den Kopf: *„Dass wir über Recruiting-Agenturen um viel Geld Arbeitskräfte im Ausland anwerben und gleichzeitig jene, die gern kommen würden, nicht hereinlassen – ein solches Maß an Dummheit werden wir uns nicht auf Dauer leisten können.“*

Darin, dass sich Österreich die bisherige Migrationspolitik wirtschaftlich nicht mehr leisten kann, liegt die Chance für die Zukunft. Denn die erwähnte Abschreckungsdoktrin erschwert auch die Integration und macht dadurch

jene Zuwanderung, die ja gegen alle Widerstände trotzdem stattfindet, zu einem Problem. Warum sollte jemand mit Engagement die Sprache und Kultur Österreichs aufsaugen wollen, wenn ihm gleichzeitig signalisiert wird, dass seine Familie nicht so einfach nachreisen darf und er womöglich in drei Jahren wieder heimgeschickt wird? Warum werden Geflüchtete, die monate- oder gar jahrelang auf ihren Asylbescheid warten, nicht sinnvoll beschäftigt? Wenn ein junger Mann aus Sri Lanka oder Mali nach acht Monaten mangels Asylgrund in sein Herkunftsland zurückgeschickt wird, in der Zwischenzeit aber eine rudimentäre Berufsausbildung sowie ein wenig Allgemeinbildung erworben hat – wäre das nicht eine Maßnahme, die dazu beitragen könnte, „die Flucht- und Migrationsursachen in den Ursprungsländern zu bekämpfen“, wie es in politischen Reden immer wieder heißt?

Einige Beiträge zur Arena Analyse greifen solche Vorschläge auf:

*„Eine neue Zuwanderungspolitik muss zunächst verlässliche Perspektiven eröffnen für jene, die kommen. Es kann nicht sein, dass Menschen zum Arbeiten hergeholt werden, aber dann die Familie nicht nachkommen darf oder hier geborene Kinder kein Bleiberecht haben.“*

*„Es braucht eine aktive, organisierte, systematische Integration. Wer einwandert, soll unter Wahrung seiner eigenen Kultur zum Österreicher oder zur Österreicherin werden.“*

*„Man muss endlich eine geistige Brücke schlagen zwischen der nötigen Zuwanderung und dem Ansturm von Asylwerbern. Natürlich ist es klar, dass wir nicht alle aufnehmen können. Es ist auch legitim, wenn man sagt, dass die berühmten ‚jungen Männer aus Kulturen mit frauenfeindlichen Traditionen‘ ein höheres Maß an Integrationsbemühungen erfordern und daher bei deren Zuwanderung stärker gebremst wird. Aber es liegt auf der Hand, dass der wirksamste Kampf gegen illegale Zuwanderung darin besteht, legale und plausible Wege zu eröffnen.“*

*„Jeder Asylwerber, der hier eine Lehre macht und dann wieder nach Hause zurückkehrt, kann zum Wirtschaftsaufschwung seines Landes beitragen und vermindert damit die Notwendigkeit, dort auszuwandern.“*

## 4. Neue Technologien und ihr Potenzial

---

Wer diese Arena Analyse per Download von der Webseite von Kovar & Partners bezogen hat, machte sich dabei, vermutlich ohne es zu wissen, Militärtechnologie zunutze. Das Internet ist eine Erfindung, die zwar zuerst an amerikanischen Universitäten ausprobiert, letztlich aber durch die Unterstützung von DARPA verwirklicht wurde. DARPA steht für Defense Advanced Research Projects Agency und ist eine Abteilung des US-Verteidigungsministeriums, die militärische Forschung finanziert. Das World Wide Web reiht sich damit in eine lange Tradition von nützlichen Technologien ein, deren Vater der Krieg war – Laser, GPS, Digitalkameras, die Teflonpfanne...

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dazu geführt, dass eine ganze Reihe von großen Industrieländern ihre Militärbudgets drastisch erhöht haben: die USA um 5%, Deutschland um spektakuläre 30%, Polen hebt seine Verteidigungsausgaben auf 3% des BIP an, Frankreich, Italien, Schweden und Finnland stellen ebenfalls mehr Geld für Waffen bereit. Friedliebenden Menschen mag die Welle der Aufrüstung des Westens Bauchschmerzen bereiten, doch ist sie eine unvermeidliche Reaktion auf die Wiederbelebung des Ost-West-Konflikts durch Wladimir Putin. Dass Westeuropa in der Vergangenheit den Eindruck erweckte, unentschlossen und militärisch schwach zu sein, dass die NATO nach Einschätzung der eigenen Mitglieder schon so gut wie „hirntot“ (© Emmanuel Macron) war, dass die USA unter Donald Trump signalisierten, sich nicht mehr um die Sicherheit Europas kümmern zu wollen – all das stellte einen wichtigen Faktor in den russischen Angriffsplänen dar (Kapitel 5 befasst sich näher mit Optionen und Chancen einer künftigen Friedenspolitik).

Militärische Aufrüstung bedeutet immer auch die Suche nach verbesserten oder gar überlegenen Technologien. Es ist also an der Zeit, der peinlichen Tatsache ins Auge zu blicken, dass der Krieg in der Ukraine intensivierte Forschung in vielen Bereichen nach sich zieht, und dass diese Forschungen die Chancen erhöhen, neue Technologien für die zivile Nutzung zu gebären. Tatsächlich gibt es bereits einige hoffnungsvolle Kandidaten. Beispielsweise haben Überschall-Raketen aktuell Schlagzeilen gemacht. Russland behauptet, solche Geschosse im Arsenal zu haben, die mit Mach 5, also fünffacher Schallgeschwindigkeit (rund 6200 km/h) ihre tödliche Ladung ins Ziel tragen. Ob das stimmt, konnte zwar noch nicht objektiv überprüft werden, die Technologie als solche ist aber bekannt und wird selbstverständlich auch von Militärs im Westen erprobt. Ebenso wird aber auch bereits an der zivilen Nutzung für Fracht- und Passagierflugzeuge gearbeitet. Man könnte damit in 90 Minuten von Paris nach New York fliegen – Start und Landung schon inbegriffen. Die Route von Wien nach Tokyo ließe sich theoretisch in zwei Stunden absolvieren, würde in der Praxis aber etwas

mehr Zeit in Anspruch nehmen, weil das Überschreiten der Schallgeschwindigkeit einen gefährlich lauten Knall verursacht und daher nur in großer Höhe über dem offenen Meer zulässig ist – das war schon bei der mit einfacher Schallgeschwindigkeit verkehrenden Concorde der Fall. Bis zu einem regulären Mach-5-Linienverkehr wird es noch eine Weile dauern, doch mit dem Einsatz von Transport-Drohnen könnte schon bald gerechnet werden, die einschlägige militärische Forschung wird derzeit zusätzlich intensiviert.

Vielleicht erhält aber auch das Forschungsprogramm mehr Geld, das Daten aus den Gesundheitseinrichtungen des US-Militärs verwendet, um die Ursachen und Therapiemöglichkeiten der Hyperaktivitäts-Störung ADHS zu erkunden. Oder die Mittel fließen an das Team der Accelerated Molecular Discovery (AMD), das Moleküle mit neuartigen Eigenschaften sucht und damit neue Materialien entwickelt. Es wird auch niemanden überraschen, dass die erwähnte Agentur DARPA gleich mehrere Programme zur Entwicklung von Quantencomputern mitfinanziert.

### **Künstliche Intelligenz**

Den meisten Staub wirbelte zum Jahresanfang 2023 ohne Zweifel ChatGPT auf: eine Suchmaschine, die aber nicht wie Google Treffer auf durchsuchten Webseiten liefert, sondern eine schriftliche Zusammenfassung des Gefundenen herstellt. Das Programm tut also mehr oder weniger das, was Schüler:innen bei Hausaufgaben erledigen müssen. Die öffentliche Rezeption konzentrierte sich folglich auf die Eignung von ChatGPT als ultimative Schummel-Software. Darüber hinaus wurde die Debatte um die tatsächlichen Fähigkeiten und das Potenzial der Künstlichen Intelligenz (KI) neu belebt.

Bezeichnenderweise gibt es keine wirklich klar formulierte Definition von „Künstlicher Intelligenz“ – was wohl vor allem daran liegt, dass schon der Begriff „Intelligenz“ an sich nirgendwo vernünftig definiert ist. Im Allgemeinen versteht man unter KI lernende Computerprogramme, die so konstruiert sind, dass sie ihre Fähigkeit durch das Sammeln von Erfahrungen und das Analysieren von Daten selbständig erweitern. Damit imitieren sie menschliche Fähigkeiten wie logisches Denken, Lernen, Planen und sogar Kreativität.

Dank solcher Programme können Computer medizinische Diagnosen erstellen, Musikstücke komponieren oder, wie ChatGPT, wissenschaftliche Arbeiten produzieren. In Kombination mit geeigneten Kameras, Mikrofonen und anderen Sensoren können die Algorithmen beispielsweise in Callcentern erkennen, ob Anrufer entnervt, wütend oder verzweifelt sind und entsprechend reagieren. Autos der Zukunft stellen vielleicht schon beim Wegfahren fest, ob der Fahrer zerstreut, aggressiv oder übermüdet ist und

#### 4. Neue Technologien und ihr Potenzial

schlagen ihm ein passendes Musikprogramm oder aber eine Kaffeepause vor.

Da die meisten der genannten Funktionen spektakulär auf Digital-Messen präsentiert werden, dann im Alltag aber nirgendwo anzutreffen sind, hat sich die Einschätzung der meisten Nicht-Expert:innen zwischen zwei Polen eingependelt. Während die einen darauf pochen, dass KI die wichtigste Technologie des 21. Jahrhunderts sei und das Leben aller Menschen von Grund auf verändern werde, sehen Skeptiker darin eher eine Abfolge immer neuer Hypes, die rasch wieder verebben.

Als dritte Position kommt noch jene der Warner hinzu, die von der KI sehr wohl disruptive Veränderungen erwarten, diese aber als gefährlich und negativ einschätzen. Falsch eingesetzt, ermöglicht KI schließlich ein System der totalen Überwachung, bei der jeder und jede a priori unter Generalverdacht steht: Was wäre, wenn ein KI-System eine beliebige Person aus den Bildern der Kameras in einem Einkaufszentrum herauspicks und behauptet, im Gesichtsausdruck und im Sprechtönenfall dieser Person ein erhöhtes Maß an Aggressivität erkannt zu haben, weshalb der Betroffene eine Gefahr darstellen könnte und daher festgenommen werden muss? Der Algorithmus würde überdies nicht allein auf Basis der Gesichts- und Sprachanalyse urteilen, sondern die Social-Media-Postings der Verdächtigen aus den letzten Jahren ebenso heranziehen wie das Surfverhalten und die Bewegungsdaten des Smartphones, hätte also eine erdrückende Fülle an Indizien parat, die problemlos gegen einen Menschen verwendet werden könnten.

Wird die Diktatur der Maschinen über die Menschen also doch noch Realität? Oder sind die Befürchtungen wieder einmal übertrieben – schließlich hat ja auch die Allgegenwart von Überwachungskameras keineswegs (wie vor 20 Jahren vielfach befürchtet) zu einem allgemeinen Gefühl der Unfreiheit geführt. Und wie sehr rechtfertigen relativ bescheidene Fortschritte in der Texterkennung und -verarbeitung – wie bei ChatGPT – die Vergleiche mit der disruptiven Wirkung von Erfindungen wie der Dampfmaschine oder der Elektrizität?

Das Interesse an den neuen Möglichkeiten scheint groß zu sein. Als ChatGPT am 30. November 2022 freigeschaltet wurde, meldeten sich innerhalb von fünf Tagen eine Million Nutzer an. Die meisten werden wohl einfach nur herumgespielt und probiert haben, ob das Programm Fragen schneller beantworten kann als sie selbst. Dort wo tatsächlich brauchbare Kurzdossiers zu geforderten Themen erstellt wurden, wird viele das flaue Gefühl beschlichen haben, dass sie nicht erfahren, woher ChatGPT dieses Wissen bezogen hat – schließlich macht es einen Unterschied, ob Artikel in Le Monde sowie die Online-Ausgabe der Encyclopedia Britannica ausgewertet wurden, oder aber Meldungen aus dem Breitbart-Netzwerk.

Hype, technologische Revolution oder gefährliche Erfindung – ganz offensichtlich trifft jede der genannten Einschätzungen ein bisschen zu. So stimmt es, dass solche Algorithmen bereits in vielen Bereichen eine sehr wichtige

Rolle spielen, allerdings noch nicht beim automatischen Komponieren von Symphonien oder beim Verfassen von Doktorarbeiten. Hauptsächlich helfen sie unspektakulär, aber höchst nützlich, Prozesse in der Industrie zu optimieren und neue Produkte zu entwickeln. Oder auch beides gleichzeitig: Neue Produkte werden erdacht, indem die KI dank Big Data Analysen verborgene Kundenbedürfnisse aufspürt und die Idee anschließend so umsetzt, dass der Rohstoffeinsatz minimiert und die Lieferketten kurzgehalten werden können. KI wird unter anderem eingesetzt, um in komplexen Maschinen minimale Anomalien zu erkennen und so frühzeitig vorhersagen zu können, wann ein Bauteil Verschleißerscheinungen zeigen und womöglich ausfallen wird. Klingt simpel, erspart aber viel Geld, wenn Wartungsarbeiten genauer geplant werden können und die Gefahr von Stehzeiten durch plötzliche Pannen minimiert wird.

Solche Anwendungen werden zunehmen, unbemerkt von der allgemeinen Öffentlichkeit. Dabei muss aber immer bedacht werden, dass sich bei einer Technologie dieser Art immer wieder Möglichkeiten ergeben, mit denen vorher niemand gerechnet hat. *„Angesichts der hohen Investitionssummen können wir damit rechnen, dass KI in den kommenden Jahren größere Fortschritte machen wird“*, ist ein Experte der Arena Analyse überzeugt, *„und wie jedes Werkzeug kann KI für sehr verschiedene Zwecke genutzt werden. Es hängt daher von uns selbst ab, ob wir daraus eine Bedrohung für die Demokratie durch neue Überwachungstechnologien machen oder ein Instrument, das unseren Wohlstand steigert.“*

Wie die oben skizzierten Beispiele zeigen, steigert KI die Produktivität und übernimmt menschliche Routinetätigkeiten. Diese Chance kann genutzt werden, schreibt ein Arena-Analyse-Experte, um *„die Disparitäten in der Verteilung der (nationalen und globalen) Wertschöpfung zu reduzieren, doch das wird von politischen Entscheidungen abhängig sein.“*

Auch im Bereich der Sprachverarbeitung und der Bildgenerierung rechnen die Branchenkenner:innen mit neuen Entwicklungen. Die BBC berichtete Ende 2022 über einen britischen Schriftsteller, der mit Hilfe eines Programms namens DALL-E ein Comic-Buch herausbrachte, obwohl er überhaupt nicht zeichnen kann. Er entwarf die Geschichte und gab seinem KI-Assistenten Anweisungen in Normalsprache, wie zum Beispiel *„Mädchen läuft über eine sonnige Wiese“* oder *„Leuchtturm an einer bewaldeten Bucht mit brennenden Bäumen im Hintergrund“*. In Kürze bietet der Computer daraufhin mehrere Versionen des gewünschten Sujets an.

Nicht nur deshalb ist ein Teilnehmer der Arena Analyse überzeugt: *„KI wird auch das Bildungssystem revolutionieren. Die Chance, die sich bietet, sind individuelle Lernhilfen. Wir könnten schulische Umgebungen schaffen, in denen jeder und jede einzelne nach individuellem Kenntnisstand und individueller Auffassungsgabe lernen und sich weiterbilden kann.“*

Pessimisten können auch darin Gefahren sehen: Die Künstliche Intelligenz wird offenbar nicht nur wissenschaftliche Arbeiten auf Basis bereits

## 4. Neue Technologien und ihr Potenzial

vorhandenen Wissens und mit Hilfe von semantischer Suche herstellen – sondern auch noch die Bildung der Kinder und Jugendlichen übernehmen. Die Maschinen bestimmen künftig, was wir lernen, was wir wissen und worüber wir forschen.

Dass solche Szenarien eher in Science-Fiction-Filme als in seriöse Annahmen über die Zukunft passen – davon ist jedenfalls der österreichische Informatiker Sepp Hochreiter überzeugt, der an der Johannes-Kepler-Universität Linz das Institut für Machine Learning leitet und als einer der tiefsten Kenner des Forschungsstands bei KI gilt. In einem Zeitungsinterview im Februar 2023 meinte Hochreiter: „Es gibt Leute, die sagen, der Mensch ist nur eine vorübergehende Erscheinung und die biologische Intelligenz geht in eine maschinelle Intelligenz über, die sich weiterentwickelt und den Menschen irgendwann nicht mehr braucht. Ich glaube nicht, dass diese Szenarien eintreten werden. Die KI kommt nicht aus der Evolution, sondern ist menschengeschaffen, sie hat keinen Überlebenstrieb eingepflanzte wie der Mensch. [...] Falls irgendwann KI-Systeme tatsächlich intelligenter als der Mensch werden, stellt sich die Frage, warum die Maschine den Menschen unterjochen sollte. Das biologische Leben und technische Systeme kämpfen nicht um die gleichen Ressourcen. [...] Der Mensch wird die KIs weiterentwickeln, die ihm dienlich sind, und nicht jene, die irgendwelche Zicken machen.“

### **Grüne Technologien**

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Energiekrise ausgelöst. Die Energiekrise hat ihrerseits die Transformation der Energiesysteme hin zu Klimaneutralität beschleunigt, und zwar in allen Industrieländern. Dass bei Privathaushalten und Gewerbebetrieben geradezu ein Run auf Photovoltaik-Anlagen eingesetzt hat, wurde bereits erwähnt. Darüber hinaus investieren auch die öffentlichen Hände verstärkt in klimafreundliche Technik, vor allem in die Nutzung von erneuerbaren Energien. So sieht der amerikanische Inflation Reduction Act Subventionen in Höhe von 369 Milliarden Dollar (345 Mrd. Euro) für grüne Technologien vor. Die EU hält dem ihren „Net-Zero Industry Act“ mit einer Summe von 250 Milliarden Euro entgegen. Auch die Transformationsziele wurden ehrgeiziger gefasst. Jene EU-weite Produktionskapazität der Solarenergie, die ursprünglich bis 2030 angestrebt war, soll bereits 2025 erreicht werden. Deutschland verfolgte noch vor Kurzem die Absicht, ab 2030 rund 65% des Stroms aus erneuerbaren Quellen zu erzeugen. Im Juli 2022 wurde dieses Ziel auf 80% angehoben. Sogar China hat sich mit dem 14. Fünfjahresplan für Energie erstmals eine verbindliche Deadline gesetzt, wenn auch eine vergleichsweise bescheidene: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll bis 2025 immerhin 33% betragen.

Unbestreitbar ist aus der Energiekrise eine Chance für den Klimaschutz erwachsen. Das Wirtschaftsmagazin *Economist* berichtet, dass die weltweiten privaten Investitionen in Wind- und Solaranlagen 2022 um 47% höher lagen als im Jahr davor und mit 460 Milliarden Euro zum ersten Mal die Ausgaben für neue und bestehende Öl- und Gasbohrungen übertrafen.

Diese Zahlen beleuchten aber nur die Investitionen in bestehende Technologien. Noch kaum absehbar ist die Frage, wie sehr neue Erfindungen oder auch nur substanzielle Verbesserungen den Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft beschleunigen.

Die beiden großen Schwachstellen eines Energiesystems ohne fossile Primärquellen liegen in den Stromnetzen einerseits und in den Speichermöglichkeiten andererseits – wobei die beiden Probleme eng miteinander verzahnt sind. Anders als zum Beispiel Gaskraftwerke können Anlagen für Wind- und Sonnenenergie nicht immer dort gebaut werden, wo der Strom gebraucht wird. Offshore-Anlagen in der Nordsee können zum Beispiel viel Energie erzeugen, ohne schützenswerte Landschaften optisch oder ökologisch zu beeinträchtigen. Sie liegen aber weit weg von jenen Industriegebieten, wo der Strom gebraucht wird. Umgekehrt bieten nordafrikanische Wüstengebiete ideale Möglichkeiten für groß dimensionierte Photovoltaik-Anlagen. Nur müsste der erzeugte Strom erst einmal 3000 Kilometer weit transportiert werden und dabei das Mittelmeer durchqueren, eher er in Mitteleuropa ankommt.

Für Transporte über sehr lange Strecken bietet sich als Alternative die Umwandlung des Stroms via Elektrolyse in Wasserstoff an. Wasserstoff lässt sich wie jedes andere Gas durch Pipelines pumpen oder verflüssigt in Tankern verschiffen. Ein Nachteil des – in keiner Weise neuen – Elektrolyse-Verfahrens liegt in seinem geringen Wirkungsgrad. Beim Umwandeln des Stroms geht viel Energie verloren, die man zwar als Abwärme nutzen könnte, nur gibt es auch dafür weder in der Sahara noch in der Nordsee großen lokalen Bedarf. Die Verbesserung der Ausbeute von Elektrolysen stellt daher ein wichtiges aktuelles Forschungsgebiet bei den grünen Technologien dar.

Eine eng verwandte Disziplin befasst sich mit den Speichermöglichkeiten. Auch hier stellt Wasserstoff eine Möglichkeit dar. Die Strom-Speicherung wird deshalb immer mehr zu einem Schlüsselfaktor der Energiewende, weil Wind- und Sonnenenergie bekanntlich starken Schwankungen unterliegen – Windräder stehen still, wenn Flaute herrscht, PV-Module setzen sich zur Ruhe, wenn die Sonne untergeht und liefern auch an trüben Tagen nur geringe Ausbeute. Bei starkem Wind und an strahlend hellen Tagen entsteht mehr Strom als verbraucht werden kann. Die Technologie erfordert also Kurzzeit-Speicher zum Ausgleich von Schwankungen.

Dazu kommt die Notwendigkeit von saisonalen Speichern: Der Stromverbrauch liegt im Winter viel höher als im Sommer. Entweder muss man daher so viele Wind- und Solaranlagen bauen, dass sie für den Winter reichen, auch wenn mehr als ein Drittel davon im Sommer stillsteht. Oder man schafft es,

die Überschüsse des Sommers irgendwie zu lagern, sodass man sie im Winter verbrauchen kann. Da drittens auch die Elektro-Mobilität auf immer bessere Speichermöglichkeiten angewiesen ist, darf es nicht verwundern, dass derzeit sehr viel Forschungsbudget in diesen Bereich fließt. Nahezu im Wochenrhythmus werden neue Typen von Batterien vorgestellt (oder eher angekündigt), die erstens höhere Energiedichten vorweisen als die gängigen Lithium-Ionen-Batterien und zweitens ohne selten vorkommende Metalle arbeiten. Kalzium-Batterien, Natrium-Ionen-Akkus, Salzschnmelze-Batterien, Flüssigmetall-Speicher sind nur einige der Ansätze, die im Laufe des Jahres 2022 Schlagzeilen machten.

### **Dialog von Wissenschaft und Gesellschaft**

Ob höhere Ausgaben für Forschung und die Hoffnung auf technologische Durchbrüche den Stellenwert der Wissenschaft stärken, bleibt abzuwarten. Eine stärker aktive Rolle der Wissenschaft in der öffentlichen Diskussion wäre jedenfalls wünschenswert. Immerhin hat sich gezeigt, so ein Teilnehmer der Arena Analyse, dass *„die Wissenschaft ihre Aufgaben in der Gesellschaft während der Krisen stärker reflektiert hat. Forscher:innen und Expert:innen haben sich zu Wort gemeldet und auch in Kauf genommen, dass sie in die Kritik geraten.“* Daran schließt sich der Wunsch an, dass *„auch die Politik stärker erkennen sollte, wie sie wissenschaftliche Erkenntnisse in eine faktenbasierte Politik einbeziehen könnte – und dies nicht nur bei ausgesprochenen Krisen“*.

Offensichtlich tut sich auch bei diesem schwierigen Thema eine Chance auf. Schwierig ist der Dialog mit der Wissenschaft nicht zuletzt deshalb, weil es viele Forscher:innen nicht als ihre Aufgabe sehen, sich einem fachfremden Laienpublikum verständlich zu machen. Im Gegenteil herrscht noch immer in vielen Disziplinen die Angst, als oberflächlich und bestsellerheischend angesehen zu werden, wenn man populäre Kommunikationsformate wählt. Endgültig verschreckt reagieren die Menschen aus der Wissenschaft, wenn ihnen dann auch noch Gegenwind ins Gesicht weht, zum Beispiel in Form von irrationalen Überzeugungen oder von offener Wissenschaftsfeindlichkeit. Oder man erlebt, wie die Ergebnisse der eigenen Arbeit von der Politik instrumentalisiert werden. Allzuoft dienen mühsam erarbeitete Erkenntnisse lediglich dazu, ideologisch gefärbte und schon vorher feststehende Positionen zu untermauern.

Es braucht also noch etwas Arbeit auf beiden Seiten, um die Potenziale zu heben, die eine stärkere Einbeziehung der Wissenschaften bietet – sowohl in politische Entscheidungen an sich als auch in die Aufgabe, wissenschaftlich fundierte Maßnahmen richtig zu erklären und zu kommunizieren. Das liegt auch im Interesse der Wissenschaft, hat doch gerade das Aufkochen stark wissenschaftsfeindlicher Strömungen in der Pandemie gezeigt, dass sich die

Wissenschaft aktiv darum kümmern muss, von der Bevölkerung akzeptiert und ernst genommen zu werden.

Weshalb ein Arena-Analyse-Beitrag festhält: *„Wir brauchen von verschiedenen Seiten Vorschläge, wie wir den Informationsaustausch über die Grenzen zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bürger\*innen organisieren, um beim Wissen aus dem Vollen schöpfen zu können. Als Wissensgesellschaft müssten uns da Fortschritte gelingen können.“*

## 5. Krieg oder Frieden?

---

Seit 1945 versteht sich Europa als Kontinent des Friedens. Kriege zwischen europäischen Staaten sind denkmöglich geworden<sup>9</sup>, wie es auch nicht denkbar schien, dass ein europäisches Land irgendwo auf der Welt aktiv Krieg führt<sup>10</sup>. Seit dem Ende des Kalten Kriegs 1989 wurde sogar die Notwendigkeit von hohen Militärausgaben immer stärker in Frage gestellt, weil kein ernsthaftes Bedrohungsszenario mehr realistisch erschien. Mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine hat sich dieses Bild radikal gewandelt. Das Undenkbare wurde Realität, wie mehrere Beiträge zur Arena Analyse ernüchert festhalten, „*der alte Imperialismus des 19. Jahrhunderts, der Machtgebiete durch Herrscher und Kriege festschreibt, lebt neu auf*“. Europa lebt neuerlich „*unter einer militärischen Bedrohung wie seinerzeit im Kalten Krieg*“.

Was bedeutet diese veränderte Situation für das europäische Projekt einer dauerhaften Friedensordnung durch sozialen Ausgleich und wirtschaftliche Verflechtungen? Welche Art von Friedenspolitik ist nach dem 24. Februar 2022 möglich? Kann sich ein Überfall, der lediglich dem Einverleiben von Territorium dient, in anderen Regionen wiederholen – in Taiwan zum Beispiel oder in Korea?

Die Einsicht, dass Staaten mehr davon haben, wenn sie sich miteinander statt gegeneinander entwickeln, kam auch in Europa spät genug. Ein gutes Jahrtausend hindurch hatte auch auf dem alten Kontinent immer wieder die eine Macht gegen die andere gekämpft, bis zur endgültigen Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Erst danach wurde, um den blutigen Streitigkeiten zwischen den europäischen Staaten endlich ein Ende zu setzen, jene Gemeinschaft aufgebaut, die heute den Namen EU trägt und wohl als die erfolgreichste überstaatliche Organisation der Geschichte gelten kann. Den Start bildete 1951 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt. 1957 wurde mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, die 1967 mit der Montanunion und mit Euratom zur Europäischen Gemeinschaft (EG) verschmolz. Seit dem Vertrag von Maastricht 1993 sprechen wir von der Europäischen Union (EU)<sup>11</sup>.

---

<sup>9</sup> Bei dieser Behauptung muss der Sonderfall Ex-Jugoslawien verschämt ausgeklammert werden. Aber auch der Westbalkan ist heute trotz aller ethnischen Feindseligkeiten kein hochexplosives Pulverfass mehr.

<sup>10</sup> Auch hier muss eine Ausnahme genannt werden: Der Falkland-Krieg, bei dem es von April bis Juni 1982 Kampfhandlungen zwischen Großbritannien und Argentinien um eine Inselgruppe im Südatlantik gab.

<sup>11</sup> Formaljuristisch ist die Sache etwas komplizierter, da bestanden EG und EU als völkerrechtliche Subjekte lange Zeit nebeneinander. Erst seit dem Vertrag von Lissabon 2009 gibt es sozusagen nur mehr die EU.

Im Laufe von rund 70 Jahren verfestigte sich der Gründungsgedanke all dieser ineinander übergehenden Organisationen zum Dogma, nämlich „Wirtschaftsbeziehungen machen Feindseligkeiten unrentabel und zusehends unmöglich“. Wenn Deutschland, Frankreich, England, Schweden und all die anderen stolzen Nationen mächtig und reich werden wollen, müssen sie künftig nicht mehr ihre Nachbarn erobern. Sie fahren viel besser, wenn sie stattdessen den wechselseitigen Handel verstärken. Davon profitieren beide, denn Wohlstand ist, anders als territoriale Ausdehnung, kein Nullsummenspiel.

Aber schon vor 78 Jahren, als die zerbombten Ruinen noch rauchten, wurde die Idee der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung nicht allgemein akzeptiert. Vielmehr begann die neue Friedensperiode zunächst mit einer Teilung des Kontinents. Frieden wurde in Wahrheit vor allem durch die wechselseitige atomare Abschreckung garantiert. Die paradoxe Logik des Wettrüstens zeitigte jedoch einen allmählichen Lerneffekt, denn dadurch wurde erst recht offenkundig, dass ein Angriffskrieg keinen Nutzen bringen konnte. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden Streitkräfte tatsächlich im Hinblick auf Verteidigung konzipiert.

Die Teilung wurde allerdings unterschiedlich interpretiert, was Auswirkungen auf die reale Geopolitik hatte. Die europäischen Länder diesseits des Eisernen Vorhangs begriffen und begreifen sich selbst als Staaten, die zwar gemeinsame Interessen und ein gemeinsames Wertesystem teilen, letztlich aber unabhängig sind. Dagegen sahen die Sowjets in ihnen stets Teile des amerikanischen Imperiums und stellten ihnen ihr eigenes Imperium gegenüber – und in den USA dürften viele diese Sichtweise geteilt haben, jedenfalls was die Konsequenzen betrifft. Denn das Resultat war ein Denken in Einflussphären, auf die jede der Supermächte Anspruch erhob, für die man sich aber auch verantwortlich fühlte.

Die Sicherheit Westeuropas hing völlig vom guten Willen Washingtons ab. Noch vor allen anderen friedensstiftenden Organisationen wurde 1949 die NATO gegründet. Ihr gehören neben den USA und Kanada 28 europäische Staaten an, demnächst werden noch Schweden und Finnland dazustoßen. Das Verhältnis 28:2 täuscht aber, in Wahrheit steht die Allianz völlig unter US-Dominanz, das zeigt sich allein schon daran, dass von Anfang die Stationierung von amerikanischen Armee-Einheiten sowie amerikanischen Atomwaffen in Europa nötig war. Diese Nuklearraketen stehen ausschließlich unter amerikanischer Verfügung, sie sind zwar explizit für Aufgaben der NATO reserviert, ihr Einsatz ist aber nur durch persönlichen Befehl des US-Präsidenten möglich.

Das Denken in Einfluss-Sphären bestimmte das Großmacht-Denken zwischen 1945 und 1989. Der Korea-Krieg und später der Vietnam-Krieg wurden geführt, um die Ausweitung der sowjetischen und chinesischen Einfluss-Sphäre in Südostasien zu verhindern – in einem Fall mit Erfolg, im anderen Fall mit desaströsen Folgen. In Europa wäre 1968 niemand auf die Idee gekommen, dass man der ČSSR zu Hilfe kommen müsste oder auch nur

## 5. Krieg oder Frieden?

könnte, als sowjetische Panzer dem Prager Frühling ein Ende setzten. Der Vorgang war empörend und tragisch, aber eben leider eine interne Angelegenheit des kommunistischen Blocks.

Die Reste dieses mit der Wende von 1989 obsolet gewordenen Denkens wurden rund um den Ukraine-Konflikt wieder sichtbar. Eines der Rechtfertigungs-Narrative von Menschen, die Putin nicht die alleinige Schuld am Angriffskrieg gegen die Ukraine geben wollen, lautet: Durch die Aufnahme von Staaten wie Polen, Estland, Lettland und Litauen in die NATO hätte die USA ihr Einflussgebiet so weit nach Osten ausgedehnt, dass dies zu einer Bedrohung geworden wäre. Von Ländern, die sich im aktuellen Konflikt neutral geben wollen – Indien, Brasilien, viele afrikanische Staaten – wird Russland zugestanden, dass es die Ukraine nicht „an den Westen verlieren“ wollte. Was in Europa als allmähliches Vordringen der Idee von Demokratie und Freiheit verstanden wurde, las man in vielen Ländern des Südens als Ausweitung der amerikanischen Vorherrschaft.

Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Gleichsetzung des Kalten Kriegs mit einer Epoche des erzwungenen Friedens nur auf Europa zutrifft. Anderswo auf der Welt wurde der West-Ost-Gegensatz aus genau diesem Grund – dem Erhalt der Einfluss-Zone – in unzähligen Stellvertreter-Kriegen mit Waffengewalt ausgetragen – Korea und Vietnam waren nur die größten derartigen Kämpfe zwischen Kommunismus und Kapitalismus, unzählige weitere Konflikte in Afrika und Südamerika fallen unter dieses Schema.

Allerdings zeigt auch in diesen Ländern die längerfristige Entwicklung, dass Wohlstand in Verbindung mit einer halbwegs gerechten Verteilung das wirksamste Mittel gegen Kriege darstellt. Die Lust, ins Feld zu ziehen und alles niederzuschießen, nimmt schnell ab, wenn jemand etwas zu verlieren hat und zudem für seine Kinder eine befriedigende Perspektive auf ein selbstbestimmtes, materiell abgesichertes Leben sieht.

Auch wenn das Gleichgewicht des Schreckens als äußerer Schutzschirm unerlässlich war, trifft es also zu, dass es auch einen inneren Grund dafür gab, für das 21. Jahrhundert eine Friedensperiode zu erwarten: Die Globalisierung mit ihren weltweit verflochtenen Lieferketten und dem wechselseitigen Profit aus den Handelsbeziehungen hat Kriege sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch sinnlos gemacht – rational betrachtet sind sie immer ein Verlust, sie bringen durch die Störung der Wirtschaftsbeziehungen mehr Schaden als selbst die erfolgreichste Eroberung an Gewinn abwerfen könnte.

Auch im kommunistischen Osten Europas gewann die Idee, dass wirtschaftlicher Wohlstand erstrebenswerter ist als politische Macht, in den 1980er-Jahren allmählich die Oberhand. Die jahrelang mit vielen Rückschlägen praktizierte sogenannte „Entspannungspolitik“ ermöglichte nach und nach auch den Handel mit den Staaten des Warschauer Pakts, sogar Niederlassungen von westlichen Unternehmen wurden möglich. Damit wurde allerdings auch das Wohlstandsgefälle für die Bewohner von Ungarn, Polen, Rumänien und ihren Bruderstaaten unübersehbar. Die Erzählung,

dass die Menschen im Westen unter kapitalistischer Ausbeutung leiden und von der amerikanischen Besatzung unterdrückt würden, wirkte immer weniger glaubwürdig. Bis schließlich im Jahr 1989 die Idee „Konsum statt Ideologie“ ihren größten Erfolg feierte. Die weitgehend gewaltlosen Revolutionen, die nach und nach in allen osteuropäischen Staaten die kommunistischen Regime zu Fall brachten, demonstrierten eindringlich, dass die Aussicht auf Wohlstand letztlich stärker war als alle weltanschaulichen Gegensätze. Die Entspannungspolitik und die damit verbundene friedliche Unterwanderung durch das marktwirtschaftliche System haben gewirkt.

Fairerweise muss angemerkt werden, dass es unterschiedliche Antworten auf die Frage gibt, was letztlich zum Zusammenbruch des Sowjet-Kommunismus geführt hat. In den USA, vor allem unter konservativen Historikern, sieht man den entscheidenden Faktor in der starken Steigerung der Militärausgaben unter Präsident Ronald Reagan. Allen voran hätte die Entwicklung neuartiger Waffentechnologien die Sowjetunion überzeugt, dass sie im Rüstungswettlauf nicht mehr mithalten kann.

Die Darstellung ist durchaus plausibel und erklärt, warum 1989 – anders als etwa 1968 – keine russischen Panzer aufgefahren sind, um die entscheidenden ersten Regimewechsel in Polen, der DDR und der ČSSR zu unterbinden. Es ist aber unbestritten, dass die Freiheitsbewegungen in diesen Ländern ihren wichtigsten Impuls von unten erhielten, von den Massen getragen wurden und in erster Linie Konsum-Revolutionen waren.

### **Abschreckung oder Entspannung?**

Somit ruhte die Friedenspolitik Europas bisher auf zwei Säulen: Einen Pfeiler stellte die von den USA geborgte militärische Abschreckung dar, den anderen die beständige Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Es ist wichtig, sich diese Ausgangslage ins Gedächtnis zu rufen, denn in der neuen geopolitischen Lage scheinen beide Instrumente zu versagen. Das Scheitern der „Wandel durch Handel“-Strategie gegenüber Russland wurde in den Medien vielfach kommentiert, meist verbunden mit rückwirkenden Schuldzuweisungen. Enge Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Russland hielten Wladimir Putin in keiner Weise davon ab, diese Quelle des Wohlstands durch einen Krieg zu zerstören. Im Gegenteil, Putin ordnete seinerseits die Handelsströme seinen militärisch-strategischen Zielen unter, indem er über Jahre hinweg gezielt eine Abhängigkeit der europäischen Energieversorgung von russischem Erdgas aufbaute.

Hinter „Wandel durch Handel“ stand aber ein weit umfassenderes Ziel, nämlich die Hoffnung, dass mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in Russland eine Mittelschicht entstehen würde, die an sicheren Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten und Konsum interessiert ist und dank ihrer Stärke auch politisches Gewicht entwickelt. Eine staatstragende Mittelschicht, so die Idee, würde mit der Zeit auch die autokratischen Strukturen aufweichen, weil es sich

dabei um Menschen handeln würde, deren Selbstbewusstsein aus dem eigenen Erfolg im Leben erwächst. Diese Menschen wären nicht unmittelbar vom Staat oder einzelnen Oligarchen abhängig und zugleich zahlenmäßig so stark, dass nicht über ihre Köpfe hinweg regiert werden kann.

So die Theorie, die sich auf empirische Beobachtungen in anderen Ländern stützte. Doch dieser Plan ist noch viel gründlicher schief gegangen. Einiges spricht dafür, dass Putin und seine Clique das Heranwachsen einer wohlhabenden Mittelschicht bewusst verhindert haben, weil sie diese Gefahr erkannten. Jedenfalls wurde die Entwicklung einer mittelständischen Wirtschaft tatsächlich gebremst oder zumindest nicht gefördert, wie ein Langzeitvergleich zeigt. Nach dem Amtsantritt Putins 1999 boomte Russland bis 2008 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 7% pro Jahr. Dann wurde das Land von der Weltfinanzkrise schwer getroffen, weshalb Anfang 2009 die Moskauer Regierung einen ehrgeizigen Plan vorlegte. Er sah Investitionen und Reformen vor, mit denen Russland bis 2020 zur größten Volkswirtschaft in Europa und zur fünftgrößten der Welt (nach USA, China, Japan und Indien) aufsteigen hätte sollen. Nichts davon wurde umgesetzt, tatsächlich wuchs die russische Wirtschaft nach 2009 lediglich mit 1% pro Jahr. Der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen an der Wirtschaftsleistung ging von 2010 bis 2020 kontinuierlich zurück und betrug im letzten Jahr vor dem Krieg nur 20%, wobei natürlich die nach 2014 erlassenen Sanktionen trotz deren Halbherzigkeit einen gewissen Anteil trugen.

Die Wirtschaftspolitik tat nichts, um den mittelständischen Sektor zu stärken, stattdessen wurde das BIP überwiegend mit Rohstoffexporten erwirtschaftet, zwischendurch probierte man es mit staatlichen Großprojekten im Sowjet-Stil. Zum Beispiel wurde 2018 ein Programm mit insgesamt 13 großen öffentlichen Investitionen veröffentlicht, die vor allem in die Infrastruktur betrafen. Doch das Programm kam nie richtig in Schwung, zum Teil wohl wegen wuchernder Korruption bei der Umsetzung, zum Teil auch deshalb, weil Putin selbst seine Aufmerksamkeit zu dieser Zeit bereits anderen Zielen widmete. Bezeichnend ist, dass Russland 2018 und 2019 jeweils Budgetüberschüsse einfuhr, und zwar deutlich höher als geplant, während die Wachstumsrate nahe an der Nulllinie blieb: Das Geld zum Ankurbeln der Wirtschaft wäre dagewesen, man hat es schlicht nicht ausgegeben.

Die Strategie der wirtschaftlichen Verflechtung scheiterte also auch deshalb, weil sich Putin überhaupt nicht mehr für das wirtschaftliche Gedeihen seines Landes interessierte. Umgekehrt scheint aber auch militärische Abschreckung ihre Wirkung zu verfehlen, zumindest hat Russland auf jede verstärkte Unterstützung der Ukraine durch den Westen mit weiterer Eskalation reagiert. Darin liegt das Dilemma, vor dem der Westen steht – die zahlreichen offenen Briefe oder die hilflosen Zeitungskommentare angesehener Persönlichkeiten von Henry Kissinger bis Jürgen Habermas sind ein Spiegel dieser unlösbaren Ausgangslage: Jeder Versuch

einer Deeskalation würde als Schwäche angesehen werden, während umgekehrt höherer militärischer Druck mit noch höherem Gegendruck beantwortet wird, etwa mit dem Bombardement ziviler Einrichtungen. Für Verhandlungen gibt es nicht einmal in der Theorie irgendwelche Grundlagen, schließlich beansprucht Putin sogar Territorien der Ukraine für sich, die er gar nicht erobert hat. Auch von den hohen menschlichen Verlusten geht offenbar kein innenpolitischer Druck auf die Führung in Moskau aus, Putin kann es sich leisten, noch weitere Zehntausende junge Männer in den Tod zu schicken.

Angesichts dieser Unberechenbarkeit wird Europa nichts anderes übrigbleiben, als zunächst in die eigene Verteidigung zu investieren. Dazu gehört militärische Stärke, wie mehrere Teilnehmer:innen der Arena Analyse fordern: *„Die bisherige Vorstellung in Europa, es genüge, in einer Art billigen Trittbrettfahrens unter dem Schirm der NATO – sprich der USA – Schutz zu finden, ist mit dem Angriffskrieg Russland in der Ukraine krachend in die Brüche gegangen. Europa (die EU und ihre Mitgliedstaaten) müssen künftig erheblich mehr als bisher geplant war, selbst für ihre Verteidigung ausgeben.“*

Zur Verteidigung wird es auch gehören, die Resilienz zu erhöhen, also zum Beispiel weniger abhängig von russischem Erdgas zu werden, wie das gerade in allen europäischen Ländern mehr oder weniger versucht wird. Erhöhte Resilienz oder gar Autarkie bei wichtigen Gütern bedeutet aber das genaue Gegenteil des Konzepts vom Frieden durch wechselseitige Abhängigkeiten. Einen Weg zurück zur Friedens- und Sicherheitsordnung, wie sie 70 Jahre lang das europäische Denken bestimmte, wird es wohl nicht so schnell geben.

### **Neue multilaterale Welt**

Auf die Frage, wie der Krieg gegen die Ukraine zu Ende gehen kann, gibt es also zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichts keine überzeugende oder auch nur plausible Antwort. Wenn man den Blick aber auf die fernere Zukunft richtet, dann stellt sich eine ganz andere Frage: Wie soll Europa mit Russland danach umgehen – wie immer dieses Danach aussehen mag? Es ist höchst unwahrscheinlich, dass es zum völligen Zusammenbruch des Systems Putin kommt. Aber nur in so einem Fall wäre – wie bei Deutschland und Österreich nach 1945 – ein moralischer Neustart möglich, Gräueltaten würden aufgearbeitet und vor Gericht gesühnt, der Westen inklusive Ukraine hätte es mit einem neuen Russland zu tun. So ein Szenario würde aber eine vollständige militärische Niederlage oder eine Revolution im Inland erfordern. Bei einem Verhandlungsfrieden, auch einem für die Ukraine akzeptablen, würde Putin hingegen im Amt bleiben. Die Welt stünde dann vor dem Problem, dass der Staatschef einer großen Atommacht offiziell als Kriegsverbrecher gesucht wird, Russland bliebe ein Paria-Staat wie der Iran

oder Nordkorea. Die wirtschaftlichen Sanktionen würden zwar vermutlich als Teil dieses hypothetischen Friedensabkommens gelockert, aber die Lust westlicher Unternehmen auf neue Investitionen bliebe ohne Zweifel gering.

Der britische Ex-Diplomat Jonathan Powell hat in einem Artikel in der Zeitschrift *Prospect* viele dieser Fragen konsequent zu Ende gedacht. Powell hat als Stabschef von Tony Blair 1998 das Karfreitags-Abkommen in Nordirland wesentlich mitgestaltet – er hat also Erfahrung mit unmöglichen Verhandlungssituationen.

Powell fasst seine Erfahrungen in dem Satz zusammen: „Erfolgreiche Friedensverhandlungen erfordern in der Regel [...] eine für beide Seiten schmerzhaftes Pattsituation.“ Der Begriff „schmerzhaftes Patt“ ist ein gängiger Fachausdruck unter Diplomaten und bedeutet: Keine der beiden Seiten hat genug Kraft (welcher Art auch immer), um die Situation grundlegend zu ändern, gleichzeitig ist der Status quo für beide nicht mehr erträglich. Von solchen Voraussetzungen ist die Lage in der Ukraine weit entfernt.

Powell sieht aber ebenfalls das Problem, dass die neue (und gewiss notwendige) Ächtung Russlands das Funktionieren fast aller wichtigen internationalen Organisationen in Frage stellt. Schließlich war die Kooperation mit Moskau über alle Differenzen hinweg bis zum 24. Februar 2022 ein tragender Pfeiler der Weltordnung. Vom UNO-Sicherheitsrat über die Welthandelsorganisation WTO bis zum Internationalen Währungsfonds und der Weltbank besetzt Russland überall entscheidende und institutionell abgesicherte Einflusspositionen. „Wir haben nicht die Macht, Russland hinauszuerwerfen“, schreibt Powell, „werden wir uns also stattdessen auf Koalitionen der Willigen verlassen müssen, um militärische Maßnahmen zu ergreifen, oder auf Mehrheitsentscheidungen in der UN-Vollversammlung? Werden wir anfangen, Friendshoring<sup>12</sup> zu betreiben, anstatt uns auf einen wirklich freien Handel im Rahmen der WTO zu verlassen? Wenn ja, würde dies das Ende der Ära der Globalisierung bedeuten, auf die sich unsere Wirtschaft und unser politisches System jahrzehntelang gestützt haben. Wenn wir ein internationales, auf Regeln basierendes System aufrechterhalten wollen, müssen wir uns neue Wege überlegen, wie wir exklusive statt inklusive globale Clubs betreiben können.“

Powells Vorschlag der „exklusiven Clubs“ klingt nicht sonderlich verlockend. Denn selbstverständlich würde damit eine ganze Reihe von Ländern vor die Wahl gestellt, entweder ihre Beziehungen zu Russland zu verschlechtern oder aber vom Club (etwa einer neuen Welthandelsorganisation oder einer neuen Weltbank) ausgeschlossen zu werden. Ganz zu schweigen, dass damit neue unerfreuliche Profilierungsmöglichkeiten für Populisten vom Schlage Orbans oder Erdoğan's entstünden.

---

<sup>12</sup> Also die Wirtschaftsbeziehungen auf befreundete Länder zu beschränken, wo das Risiko von politischer Willkür gering ist.

Überdies wird multilaterale Zusammenarbeit in Zukunft eher noch wichtiger werden. Globale Probleme erfordern globale Lösungen – eine banale Wahrheit, die eben erst wieder in der Covid-Pandemie ihre Bestätigung gefunden hat. Für den Klimawandel gilt erst recht, dass die großen Herausforderungen kaum gemeistert werden können, wenn jedes Land seinen eigenen Weg geht.

Denn der Elefant im Raum wurde noch gar nicht angesprochen. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist im Wesen ein europäischer Konflikt, auch wenn er weltweite Auswirkungen hat. Doch wie würde der Westen reagieren, wenn sich der Alptraum zwischen China und Taiwan wiederholt? *„Autokratien neigen zu Allmachtsphantasien und zu Expansionen mittels Krieg“*, stellt ein Beitrag zur Arena Analyse illusionslos fest. *„Russland hat dies mit der Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 unter Beweis gestellt. Weitere Kriege könnten folgen, wenn China die vom chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping auf dem KP-Parteitag am 16.10.2022 angedrohte militärische Intervention in Taiwan wahrmacht.“*

Abgesehen von militärischem Eingreifen durch die USA hätte die Welt einem solchen Konflikt wenig entgegenzusetzen. Multilaterale Organisationen bis hin zur UNO wurden von den USA unter Donald Trump mutwillig und aus Prinzip unterlaufen. Trump setzte sich über die WTO-Regeln hinweg, indem er einseitig Zölle gegen China verhängte, er kündigte die Trans-Pazifik-Partnerschaft mit 12 Ländern auf, kehrte der Weltgesundheitsorganisation den Rücken, und noch einiges mehr.

Von Joe Biden wurde erwartet, dass er die isolationistische und protektionistische Politik Trumps rückgängig machen und eine internationalistischere Haltung einnehmen würde. Das war jedoch nicht der Fall, Biden setzt ebenfalls auf die einseitige Bevorzugung der heimischen Industrie und auf Wettbewerbsverzerrung durch Subventionen. So ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Die Antwort auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine besteht in enger Zusammenarbeit zwischen USA und Europa, gleichzeitig aber wurde der Impuls verstärkt, das eigene Land gegen die entstandenen Krisen abzusichern.

Die Lage wird noch komplizierter, wenn man die europäische Perspektive verlässt. Dann stellt sich nämlich schnell heraus, dass China im Multilateralismus ein Vehikel sieht, um den Einfluss der USA einzudämmen. Zu diesem Zweck vertritt China eine nach seiner Lesart „neutrale“ Position, die im Einzelnen merkwürdige Kapriolen schlägt – so wird etwa im chinesischen Friedensappell vom 24. Februar 2023 der „Respekt für die Souveränität aller Länder“ an vorderste Stelle gerückt und die Einhaltung des Völkerrechts betont. Gleichzeitig hält China aber offiziell an der Interpretation fest, dass die NATO durch ihre Osterweiterung die eigentliche Verantwortung für den Krieg in der Ukraine trage. Daraus leitet China die Notwendigkeit ab, selbst als einziger verbliebener unabhängiger Vermittler auftreten zu müssen. In der „Global Times“, einer englischsprachigen Zeitung, die zum Medienimperium der Kommunistischen Partei Chinas gehört, hieß es etwa am 17.

Februar 2023: Da „die USA und die NATO nicht imstande oder nicht willens sind, das Chaos aufzuräumen, das sie angerichtet haben“, wächst der Ruf nach einer „unabhängigen Vermittlerrolle von China und anderen neutralen Ländern“. Multilateralismus steht hier also nicht unter dem Motto „lösen wir ein Problem gemeinsam“, vielmehr lautet der Aufruf „vereinigen wir uns gegen Amerika“.

Interessant zu beobachten ist in diesem Zusammenhang auch das gewachsene Selbstbewusstsein der Staaten des globalen Südens. Länder wie Brasilien, Indien, aber auch viele afrikanische Staaten verurteilen zwar den Einmarsch Russlands, wollen sich im Übrigen aber heraushalten. In welchen Fragen sie mit anderen Ländern kooperieren, wie sie ihre Wirtschaftsbeziehungen gestalten, bei welchen Sanktionen sie mitmachen – das wollen immer mehr Länder selbst entscheiden und fühlen sie dafür auch ökonomisch stark genug. Das bedeutet für Europa einerseits, dass die Voraussetzungen für die Entstehung einer neuerlich bipolaren Welt wie im Kalten Krieg (diesmal als US-Europa-Block gegen einen Russland-China-Block) nicht gegeben sind. Andererseits stehen die Chancen aber auch schlecht, die Intensivierung der Handelsbeziehungen an Demokratie und Liberalität zu knüpfen.

Der in Washington ansässige Think Tank Carnegie Endowment For International Peace veröffentlichte im Jänner 2023 ein Papier, in dem vier Optionen für künftige internationale Zusammenarbeit erörtert werden. Jede davon ist realistisch und hat ihre Vor- und Nachteile. Das Papier ist aus amerikanischer Perspektive geschrieben, stellt aber die Optionen und ihre Auswirkungen erfrischend schonungslos dar. Möglichkeit eins, genannt „Szenario Legitimität“, setzt auf die Stärkung von Organisationen wie der UNO, die völkerrechtlich fundiert sind – die aber unter wechselseitigen Blockaden durch regionale Blöcke leiden. Sie sind zudem so konstruiert, dass sie nie gegen die Interessen einer der Supermächte agieren können. Im UN-Sicherheitsrat, der geopolitisch wichtigsten unter diesen Organisationen, konnte der Krieg gegen die Ukraine nicht einmal verbal verurteilt werden, denn das wurde, no na, von Russland per Veto verhindert.

Überdies repräsentieren die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats<sup>13</sup> einen Status, wie er vor etwa 80 Jahren Gültigkeit hatte. Frankreich und England sind gewiss keine Weltmächte mehr, auch Russland kann diesen Status nur mehr wegen seines Atomarsenals beanspruchen, dagegen kaum im Hinblick auf seine wirtschaftliche Bedeutung und seinen geopolitischen Einfluss. Dafür ist die gewachsene Bedeutung von Indien, Japan oder afrikanischen Ländern wie Nigeria oder Südafrika völlig unterrepräsentiert.

Diese Schwierigkeiten umgeht das Szenario „Club“, wo eine Idee aufgegriffen wird, die auch Jonathan Powell ventiliert, nämlich Solidarität unter den entwickelten Demokratien. Jene Länder, die eine liberale, auf Regeln und Verträgen basierende internationale Ordnung aufrechterhalten

---

<sup>13</sup> USA, Russland, China, Frankreich, England

wollen, sollen verstärkt kooperieren und sich so gegen autokratische Regime sowie protektionistische Eigenbrötler abgrenzen. Der Nachteil wurde weiter oben bereits erwähnt: Eine solche Politik würde genau jene Teilung der Welt weiter festschreiben, die Putin und Xi Jinping zugleich herbeireden und verbal bekämpfen. Wie einst im Kalten Krieg wären kleinere Staaten und weniger entwickelte Demokratien gezwungen, sich für eine Seite zu entscheiden, und für viele wäre es wohl verlockender, sich mit den anderen Draußengebliebenen zusammenzuschließen als zu versuchen, durch Reformen ebenfalls aufnahmewürdig zu werden.

Weshalb das Szenario „Concert“ die zynische Gegenposition vertritt: Wenn die USA eine stabile Weltordnung aufbauen wollen, sollen sie sich mit den anderen mächtigen Staaten verständigen, ohne Rücksicht auf deren politisches System. Die Vertreter dieser Idee argumentieren ganz unverblümt, dass die Ära der ideologischen Vorherrschaft des Westens vorbei sei. Jeder Versuch, die liberale internationale Ordnung zu verteidigen, sei daher zwecklos. Gleichzeitig erfordert eine beängstigende Reihe transnationaler Bedrohungen und Herausforderungen die Zusammenarbeit von mächtigen Staaten – Klimawandel, Cyber-Sicherheit oder Atomwaffenkontrolle kümmern sich nicht um den Regimetyp, reden wir daher nicht über Regeln, sondern über Interessen. Der Name dieses Szenarios spielt darauf an, dass hier sozusagen die historische Situation nach dem Wiener Kongress von 1815 neu erfunden würde. Damals bestand das „Konzert der Mächte“ in regelmäßigen diplomatischen Konsultationen zwischen England, Frankreich, Preußen, Österreich und Russland. Auf diplomatischer Ebene wurde dabei über das Schicksal des übrigen Europa (inklusive der daran hängenden Kolonien) entschieden. Wenn dieses Konzert für das 21. Jahrhundert neu aufgelegt wird, sollten die Player folglich USA, China, EU, Russland, Japan und Indien heißen.

So sehr dieses Konzept beim Kampf gegen Klimawandel, gegen Terrorismus oder ähnliche Bedrohungen Erfolg haben könnte, so sehr liegt sein größter Nachteil auf der Hand: Es käme einer vorausseilenden Kapitulation des liberalen Internationalismus gleich. Gerade in einer Zeit, wo Demokratie und Freiheit in die Defensive geraten und sich gegen Rechts- und Linkspopulismus von innen sowie autokratische Regime von außen wehren müssen, sollten sich die westlichen Staaten nicht auch noch künstlich selbst beschädigen. Im Gegenteil sollten die Verteidigung und weitere Verbreitung der Ideen der europäischen Aufklärung Vorrang haben.

Die vierte Variante, euphemistisch „Coalition“ genannt, wirft die Möglichkeit eines „Multilateralismus à la carte“ auf: Mit wem man sich verbrüdert, hängt vom jeweils gerade aktuell anstehenden Problem ab. Es gibt keine fixen Bündnisse, lediglich themenbezogene Kooperationen. Diese Form der Zusammenarbeit ist sehr flexibel, schließlich müssen keine völkerrechtlichen Verträge ausverhandelt werden, man einigt sich schlicht auf einen Code of Conduct wie zum Beispiel den, der die Nutzung des erdnahen Weltraums regelt. Die G20-Treffen und die COP-Klimakonferenzen folgen schon länger

## 5. Krieg oder Frieden?

diesem Schema. So konnte auf dem G20-Gipfel im März 2022 Russland durch einfaches Kopfnicken ausgeschlossen werden, ohne Statutendiskussion und formale Prozesse.

Die genannten Beispiele machen auch den Nachteil des „Minilateralismus“ deutlich: Wenn es darauf ankommt, sind die Übereinkommen in der Regel nicht verbindlich genug. Die Beschlüsse der Klimakonferenz von Paris 2015 entfalteten erst Wirksamkeit, als sie in EU-Gesetze gegossen wurden und damit für die 27 Mitgliedsstaaten verpflichtend wurden. UNO-Generalsekretär António Guterres urteilt daher sehr treffend: „Keines der großen globalen Probleme kann durch eine Koalition der Willigen gelöst werden. Wir brauchen eine Koalition der Welt.“

## 6. Neue Formen der Politik

---

*„Der österreichische Klimarat der Bürgerinnen & Bürger hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, zu welcher intensiven und differenzierten Informationsverarbeitung und Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen durchschnittliche Menschen im Stande sind – und das bei einem so vielschichtigen Thema wie der Klimakrise & ihrer Wechselwirkungen“.* Dieses Zitat aus einem Beitrag zur Arena Analyse verweist nicht nur auf ein erfolgreiches Beispiel von Partizipation neuen Stils. Es spricht darüber hinaus auch eines der aktuell größten Versäumnisse in der österreichischen Politikgestaltung an: Österreich hinkt beim Einsatz von Instrumenten der direkten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen in ganz unverständlichem Ausmaß hinter dem Rest Europas nach. *„Neue Formen der Bürger:innenbeteiligung werden in Europa mehr und mehr zur Norm“*, stellt auch ein anderer Panel-Teilnehmer fest, und das Zitat steht hier stellvertretend für eine ganze Reihe annähernd gleichlautender Beobachtungen.

Offensichtlich ist die Entwicklung hier an einen Wendepunkt geraten, wo sowohl eine echte Gefahr für die Demokratie als auch eine große Chance für einen Entwicklungssprung bestehen. Es wird entscheidend darauf ankommen, welchen Weg die Gesellschaft nimmt. Dass der Demokratie Gefahr droht, ergibt sich aus der Tatsache, dass die Politik in ihrer konkreten Ausformung in Österreich in eine Vertrauenskrise geraten ist. Schwindendes Vertrauen zeigt sich seit einiger Zeit immer wieder in empirischen Untersuchungen, besonders deutlich in einer Langzeitstudie, bei der die Meinungsforscher Peter Hajek und Peter Ulram Umfragen aus mehreren Jahrzehnten verglichen<sup>14</sup>. Auf die Frage, ob „Politiker ihre Sache im Großen und Ganzen gut machen“ (oder eben nicht), kreuzten im Jahr 1981 nur 30% das Kasterl „nicht gut“ an. Im Sommer 2022 waren es 64%.

Natürlich bilden solche Zahlen nur die Wahrnehmung durch die Bevölkerung ab, nicht die Qualität der Arbeit von Regierungen und Parlamenten an sich. Regierende fühlen sich denn auch häufig missverstanden, verweisen – mitunter zu Recht – auf erfolgreiche Reformen und ziehen zuletzt den Schluss, dass sie künftig ihre Arbeit „besser verkaufen“ müssen. Es trifft gewiss auch zu, dass derzeit alle Regierenden überall eher schlechte Noten erhalten, sie kriegen den Ärger über die allgemeine Verunsicherung zu spüren und den Frust angesichts der langen Krisenjahre.

Und tatsächlich steckt ein Stück Ungerechtigkeit in der Tatsache, dass die Bevölkerung in Österreich der Regierung deshalb misstraut, weil sie den Eindruck gewonnen hat, die Politiker wären zunächst in der Pandemie und dann später im Jahr des Kriegs, der Energiekrise und der Teuerung

---

<sup>14</sup> Zitiert nach

<https://www.derstandard.at/story/2000141977315/langzeitstudie-vertrauen-in-politiker-ging-ueber-jaehrzehnte-stark-zurueck>

überfordert gewesen. Ungerecht ist das deshalb, weil ein großer Teil der Kritik auf der Basis von Informationen erhoben wird, die damals noch nicht zur Verfügung standen. Wird schon stimmen, dass manche Vorschriften zu Corona-Lockdown und Maskenpflicht überzogen waren, dass die Idee einer Impfpflicht überschießend war. Ohne Zweifel trifft es auch zu, dass sich Europa zu sehr in die Abhängigkeit von russischem Erdgas begeben hat und dass der Westen auf die Annexion der Krim ganz anders reagieren hätte müssen. Aber im Nachhinein lässt sich leicht kritisieren. Das herrschende Gefühl, dass man von der Politik keine brauchbaren Lösungen mehr erwarten kann, deckt sich also nicht gänzlich mit der Realität.

Doch trifft es trotz dieser Einschränkung zu, dass der Vertrauensverlust nicht von ungefähr kommt. Die Ursachen gehen tiefer als nur zu Covid oder zu den Chatverlauf-Skandalen. Im österreichischen System haben sich Dysfunktionalitäten festgesetzt, die Veränderungen extrem erschweren und zugleich den laufenden Betrieb schwerfällig machen. Sie bestimmen auch die Rahmenbedingungen des Handelns der einzelnen Akteure und sind letztlich dafür verantwortlich, dass selbst gute Reformansätze immer wieder stecken bleiben. Dass die Bevölkerung meint, es ginge nichts weiter, während Regierung und Parlament das Gefühl haben, sie würden ohnehin rund um die Uhr arbeiten – das liegt genau an diesen Schwachstellen. Das ist es auch, was eine Arena-Analyse-Teilnehmerin meint, wenn sie schreibt: *„Das in Österreich durch verkrustete Parteistrukturen und Korruption gelähmte politische System könnte durch einen Demokratisierungsschub wieder an Kraft gewinnen“*.

### **Transparenz schafft Vertrauen**

Eines dieser systemimmanenten Probleme ist die Korruption – hier verstanden im weitesten Sinn des Begriffs. Spätestens seit dem „Parlamentarischen Untersuchungsausschuss betreffend Klärung von Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-Regierungsmitglieder“ (er tagte vom 9. Dezember 2021 bis 1. Februar 2023) wird das Wort ja nicht mehr nur in seinem ursprünglichen strafrechtlichen Sinn gebraucht (im Gesetz ist von „Bestechung“, „Bestechlichkeit“ und „Anfütterung“ die Rede), sondern hat eine durchaus sinnvolle Bedeutungserweiterung erfahren. Als „korrupt“ wird es auch empfunden, wenn jemand zwar legal vorgeht, trotzdem aber eine Machtposition zum eigenen Vorteil ausnutzt. Wir sprechen inzwischen von „Medienkorruption“, wenn Zeitungen und Zeitschriften mit Regierungsinserten gefüttert werden. Es gilt als „korrupt“, wenn gut dotierte Posten formal völlig korrekt besetzt werden, aber zufällig dann doch Vertraute und Parteifreunde die Auserwählten sind.

Hinter dem Bedeutungswandel steht ein verschärftes Unrechtsbewusstsein: Verhaltensweisen, die man noch vor wenigen Jahren naserümpfend hingenommen hat, lösen jetzt Ärger und Protest aus. Zudem hatte der U-

Ausschuss einen unangenehmen Langzeiteffekt: Untersucht wurden dort zwar Verfehlungen aus der Zeit der Regierung Kurz/Strache, dabei konnte tatsächlich einiges aufgearbeitet werden, auch mutmaßliche Straftaten kamen zutage. Doch in vielen Punkten handelte es sich eben genau um jene Dinge, von denen jeder wusste, dass sie auch unter früheren Regierungen üblich gewesen waren. Postenschacher, verdeckte Parteienfinanzierung, wohlwollende Behandlungen von Steuerakten langjähriger Unterstützer, Vergabe von hohen Inseratenaufträgen an genehme Medien – all das wurde nicht erst 2017 erfunden. Die Aufarbeitung hat daher über die Beschuldigten hinaus den Ruf der gesamten politischen Klasse beschädigt. Selbstverständlich war sie aber trotzdem notwendig. Nur würde es jetzt darauf ankommen, die Chance zu nutzen, die das wachgerüttelte neue Bewusstsein für den Kampf gegen unredliches Verhalten in der Politik bietet.

Die wirksamste Waffe gegen Korruption, Freunderlwirtschaft und sonstige Grauzonen des korrekten Verhaltens lautet Transparenz. In den Worten eines Arena-Analyse-Beitrags: *„Wenn bei jeder Entscheidung am Ende sichtbar gemacht wird, welche Personen dran mitgewirkt haben und worin jeweils ihr Einfluss bestand, dann würde das vermutlich eine große Veränderung in den Strukturen oder auch einfach in den Ergebnissen bringen.“* Transparenz kann es nur dort geben, wo eine Verpflichtung besteht, die nötigen Informationen offen zu legen: *„Ein Informationsfreiheitsgesetz, das Transparenz sicherstellt, ist längst überfällig.“* Davon würde auch die Politik selbst profitieren, selbst wenn es am Anfang wohl nicht immer angenehm wäre, ohne vertrauliche Absprachen und Sideletter auskommen zu müssen. Doch der Generalverdacht, dass ohnehin immer gemauschelt wird, würde wegfallen. Und bei Vorgängen, die korrekt abgelaufen sind, wären Pauschalvorwürfe leicht zu entkräften.

Nebenabsprachen und Hinter-den-Kulissen-Politik sind nicht die einzigen Feinde einer umfassenden Transparenz. Harmloser, aber weit wirkungsvoller steht der Föderalismus dem Gebot der Offenheit entgegen. Dass er zudem – von den Akteuren unbeabsichtigt – regelmäßig als Bremser von Reformprozessen sowie als Hindernis auf dem Weg zu größerer Effizienz auftritt, gilt ohnehin als Binsenweisheit.

Im Wechselspiel zwischen Bund und Ländern ist über die Jahrzehnte ein System gewachsen, das es extrem schwer macht, jeweils zu unterscheiden, wer bei bestimmten Themen tatsächlich die Entscheidungen trifft und wessen Interessen dabei ausschlaggebend sind. Da die Länder ihre Steuern nicht selbst einheben müssen, stehen sie fast nie vor der Abwägung, ob Einsparungen bei Leistungen oder höhere Ausgaben das größere politische Risiko darstellen – sie entscheiden sich in ihrer Logik immer für die Ausgaben, die sie über den Finanzausgleich zurückfordern. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen steht der Finanzminister allein gegen die Länder. Die Abgeordneten aller Parteien (besonders bei SPÖ und ÖVP) sind völlig von den jeweiligen Landesparteien abhängig. In den Landeszentralen wird vor der nächsten Wahl entschieden, wer einen Listenplatz bekommt und wer nicht.

Deshalb ist es in der Praxis nie möglich, Landes-Zuständigkeiten auf den Bund zu übertragen, nicht einmal dort, wo es die Länder selbst für sinnvoll halten. Zum Beispiel gibt es immer noch 9 Bauordnungen. Vor rund 15 Jahren rebellierte die Bauwirtschaft und meinte, es wäre ärgerlich und mit hohen Kosten verbunden, dass zum Beispiel in Radstadt anders gebaut werden muss als im landschaftlich völlig gleichartig gelegenen Schladming, oder dass am linken Ufer der Enns andere Vorschriften gelten als am rechten Ufer. Ganz zu schweigen von der berühmten Ketzergasse, die zwischen Wien und der niederösterreichischen Gemeinde Perchtoldsdorf die Landesgrenze bildet, weshalb die Häuser und Garageneinfahrten auf der linken Straßenseite völlig anderen Regeln gehorchen mussten als auf der rechten Seite.

Der von allen unterstützte Anlauf zur Beseitigung dieser Absurditäten war aber keineswegs eine einheitliche österreichische Bauordnung, nein, man entschied sich stattdessen dafür, die neun Landesgesetze zu belassen, aber zu harmonisieren. Nach 2008 gab es also anstelle einer Bauordnung neun gleichlautende. Inzwischen haben sie sich wieder auseinanderentwickelt, leidlich harmonisiert werden aber immerhin die technischen Vorschriften (die sogenannten OIB-Richtlinien).

Andere Materien wurden nicht einmal einander angeglichen, es gibt nach wie vor neun Jugendschutzgesetze, neun Fremdenverkehrs- und Raumordnungsgesetze und neun unterschiedliche Besoldungsordnungen samt Pensionsregelung für Landesbeamte – um nur ein paar zu nennen.

Das Problem der undurchsichtigen Vermengungen der Interessenslagen wird dort am deutlichsten, wo die Zuständigkeiten einander überlappen, weshalb dann selbst die Betroffenen nicht genau wissen, wer eigentlich was bezahlt – wie etwa bei den Schulen und im Gesundheitswesen. Österreich hat die höchste Dichte an Spitalsbetten in Europa, ohne dass deshalb Österreichs Bürger:innen merklich gesünder wären oder besser versorgt würden als andere. Von wenigen Ausnahmen abgesehen handelt es sich bei diesen Krankenhäusern um Landesspitäler, deren tatsächliche jährliche Kosten ein gut gehütetes Geheimnis sind. Die Sozialversicherung wurde 2019 zentralisiert, doch dabei wiederholte sich das Spiel, das schon bei der Bauordnung so gut funktioniert hatte. Die neun Gebietskrankenkassen wurden zur Österreichischen Gesundheitskasse fusioniert. Die hat aber weiterhin neun Landes-Töchter. Und die Leistungen für die Patient:innen sind nach wie vor von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich.

Dass im Schulwesen irgendwo Ineffizienz eingeknistet sein muss, ergibt sich aus internationalen Vergleichen. Österreichs Bildungsausgaben pro Schüler:in sowie Österreichs durchschnittliche Lehrer:innen-Gehälter liegen über dem OECD-Schnitt. Die Ergebnisse der PISA-Tests hingegen deutlich darunter. Die österreichischen Steuerzahler:innen erhalten also für ihr Geld vergleichsweise weniger an Bildungserfolg als die Menschen in anderen Ländern. Woran das liegt, ist nicht auf den ersten Blick erkennbar, gewiss spielen viele Faktoren zusammen. Die unübersichtliche Struktur verhindert jedenfalls wirksame Gegenstrategien gegen die schlechten PISA-Ergebnisse:

Der Bund ist für die höheren Schulen zuständig, die Pflichtschulen gehören den Ländern, aber nur, was die Organisation und die Anstellung der Lehrer:innen betrifft. Die Lehrpläne macht der Bund. Ob sie umgesetzt werden und wie das Ergebnis ausfällt – da kann das Bundesministerium nur hoffen und abwarten, denn auf die Landeslehrer hat die Wiener Zentrale keinen Einfluss.

Dass in vielen Fällen die bestehenden unvollkommenen Systeme trotzdem leidlich gut funktionieren, bleibt unbestritten und spricht für den Einsatz der unter diesen Rahmenbedingungen arbeitenden Menschen. Die derzeitige Ausprägung des Föderalismus bewirkt aber, dass überall höhere Kosten entstehen als notwendig. Und dass sich das nicht ändern lässt, weil für tiefgreifende Reformen vor allem einmal die nötige Transparenz fehlt.

*„Es gibt in Österreich keine öffentliche Diskussion über die Budgets von Gemeinden und nur sehr wenig Diskussion über die Budgets von Ländern“, hält ein Arena-Analyse-Beitrag fest, „den Bürger:innen ist die finanzielle Situation jener Gebietskörperschaften, die ihnen am nächsten stehen, meist völlig unbekannt. Vielleicht liegt darin mit die Ursache für das mangelnde Vertrauen.“*

### **Neuer Parlamentarismus**

Schon lange wird beklagt, dass der Parlamentarismus in Österreich nicht sehr stark ausgeprägt ist, das gilt für die öffentliche Wahrnehmung ebenso wie für den tatsächlichen Einfluss auf politische Entscheidungen. Zwar darf auch hier die Arbeit der Abgeordneten nicht pauschal geringgeschätzt werden, vor allem in den Ausschüssen wird auch viel inhaltlich gearbeitet. Die Debatten und Anträge führen auch regelmäßig zu Abänderungen und (hoffentlich) Verbesserungen an Gesetzen. Doch ist das Wechselspiel zwischen Regierung und Parlament in Österreich weit von dem entfernt, was in einer entwickelten Demokratie Normalstandard sein sollte. Im Regelfall werden neue Gesetzesvorhaben erst dann im Nationalrat eingebracht, wenn sie zwischen den Koalitionspartnern so weit abgestimmt sind, dass daran nichts mehr verändert werden kann. Auch in diese informellen koalitionsinternen Abstimmungen sind abgesehen von den Klubobleuten nur höchst selten Parlamentsabgeordnete eingebunden, was es zum Beispiel für Bereichssprecher:innen oft schwer macht, ausreichend informiert zu bleiben.

Regierungen, die ohnehin medial im Dauerfeuer der Kritik stehen, versuchen endlose Debatten und Querschüsse zu vermeiden, indem sie das Parlament (vor allem natürlich die Opposition) möglichst vor vollendete Tatsachen stellen. Damit lösen sie aber eine Negativspirale aus. Denn die Oppositionsparteien – wissend, dass sie konstruktiv ohnehin nichts mehr ändern können – konzentrieren sich auf Kritik sowie auf plakative Vereinfachungen, mit denen sie ihre Ablehnung öffentlich gut begründen können. Gegenvorschläge zu erarbeiten, wäre sichtlich Zeitverschwendung. In den Ausschüssen wird folglich mehr polemisiert als diskutiert. Die Abgeordneten

der Regierungsparteien melden sich oft gar nicht erst zu Wort, sie hätten ja nur die Möglichkeit, Inhalte zu verteidigen, über deren Zustandekommen und deren Sinn sie selber nicht viel wissen. Für die Verantwortlichen in den Regierungsämtern verstärkt sich dadurch aber der Eindruck, dass die Arbeit des Parlaments für ihre Ziele lediglich hinderlich ist, weshalb beim nächsten Mal erst recht versucht wird, den Einfluss der Abgeordneten gering zu halten.

Langfristig hat diese Situation zu einer Entwertung des Parlamentarismus insgesamt geführt. Bei wichtigen Fragen wird dem Parlament vorgeworfen, Prozesse zu verzögern und zu blockieren. Meist folgt dann gleich die Forderung, dass die Regierung „durchschlagskräftiger“ werden solle. Wer hingegen mit neuen Gesetzen nicht einverstanden ist, sieht im Parlament einen Handlanger der Regierenden und verlangt, dass an die Stelle dieser „Abstimmungsmaschine“ plebiszitäre Verfahren treten sollten – „das Volk soll selbst entscheiden“. Die Schwäche des Parlamentarismus wird so zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Den Akteuren in der Politik ist

diese Fehlentwicklung seit langem bewusst. Beispielweise war „die Stärkung des Parlamentarismus“ – um nur ein Beispiel unter vielen herauszugreifen – das zentrale Thema der konstituierenden Sitzung des Nationalrats am 29. Oktober 2013, wie aus einer Meldung der Parlamentskorrespondenz hervorgeht. Noch hatte sich nach der Nationalratswahl vom 29. September 2013 keine neue Regierung gebildet, sie sollte mit Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) an der Spitze erst am 16. Dezember angelobt werden. Die Abgeordneten waren voll des guten Willens, versicherten einander, einen respektvollen Diskurs pflegen zu wollen. Der SPÖ-Klubobmann gelobte ein „konstruktives Miteinander“ mit der Opposition, sein ÖVP-Gegenüber fand, dass man „gemeinsam die besten Lösungen“ finden würde. Die Opposition betonte den Nutzen ihrer Kontrollfunktion für eine bessere Politik und wollte sich ausdrücklich für eine „neue politische Kultur“ stark machen. Über einen Punkt war man sich einig: Die Abgeordneten im Parlament seien die „Taktgeber der Politik“.

Wieviel davon damals ernst gemeint war, lässt sich schwer abschätzen. Das Ergebnis zeigt jedenfalls, dass eine grundlegende Form von innen her schwer umsetzbar ist. Zwischen dem Bedürfnis der Regierung, ihr Reformprogramm jeweils abgestimmt mit dem Koalitionspartner durchzubringen und dem Wunsch nach offenen Debatten wird in der Praxis immer ein Spannungsverhältnis bestehen, das in der Regel nach tagespolitischen (scheinbaren) Notwendigkeiten aufgelöst wird.

### **Partizipation statt Plebiszit**

Wie schon in den ersten Sätzen dieses Kapitels angeklungen ist, gibt es aber sehr wohl eine Lösung für die scheinbar widersprüchlichen Ziele, möglichst viele Bürger:innen und deren gewählte Repräsentant:innen einzubeziehen

und trotzdem zügig zu praktikablen Lösungen zu kommen. Die wichtigsten Schlagworte dieser neuen Form der politischen Entscheidungsfindung lauten „Bürger:innen-Räte“ und „partizipative Budgets“. Beide Formen werden international vielfach mit großem Erfolg eingesetzt, zugleich gibt es auch bereits Beispiele, wo die Sache schief gegangen ist – aus beidem lassen sich Rückschlüsse ziehen, worauf es ankommt und welche Fehler man vermeiden muss.

Die neuen Formen der Partizipation sind etwas völlig anderes als Volksabstimmungen und Volksbegehren, wie sie in der Verfassung bereits vorgesehen sind. Diese haben wohl auch eine durchaus wichtige Funktion, sie erfüllen aber nicht das Bedürfnis nach inhaltlicher Partizipation, sie befriedigen nicht den Wunsch „mitreden zu können“. Das Volksbegehren ist seinem Wesen nach eine Aufforderung an das Parlament, eine bestimmte Entscheidung zu treffen oder auch nur, ein bestimmtes Thema aufzugreifen – eine Aufforderung, die bei ausreichend vielen Unterschriften entsprechendes Gewicht haben kann. Die Volksabstimmung wiederum spitzt eine Frage auf ein ultimatives Ja oder Nein zu, ist also nur für ganz wenige grundsätzliche Fragen geeignet. Beiden Instrumenten haftet der Makel an, dass sie ein erregtes Umfeld produzieren und auch benötigen. Sie begünstigen damit tendenziell jene beteiligten Gruppen, die mobilisieren und kampagnisieren können. Damit sind sie anfällig für Missbrauch. Zahlreich sind die Beispiele, wo eine politische Partei ein Volksbegehren gestartet hat (formal gesehen völlig absurd, die Abgeordneten dieser Partei könnten das Anliegen des Volksbegehrens ja jederzeit direkt im Nationalrat einbringen), um ihre Wählerschaft auf Trab zu bringen. Und Plebiszite sind bekanntlich ein beliebtes Instrument von Autokraten aller Schattierungen, die ihrer Politik damit ein scheinbar demokratisches Mäntelchen umhängen. Boulevardzeitungen, die ihre Leserbriefseiten für einen Spiegel der Volksmeinung halten, zeigen ebenfalls gern ein Faible für Volksabstimmungen.

Die plebiszitäre Demokratie wird daher völlig richtig als Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie gesehen. Aber auch abseits aller autokratischen Unterwanderungsversuche haben Volksbegehren und Volksabstimmungen den Makel, dass sie keine Möglichkeiten für Diskussion, Abänderung und Kompromiss vorsehen. Im einen Fall wird schriftlich formulierter Volkswille ins Parlament gehieft, im anderen Fall werden die Wähler:innen gezwungen, sich ultimativ zwischen zwei Alternativen zu entscheiden. Der Mittelweg, die für alle akzeptable halbe Lösung, die vorläufige Zwischenlösung – das alles wird von vornherein ausgeklammert.

Genau hier liegt aber die Stärke von Bürger:innen-Räten, für deren stärkeren Einsatz eine große Zahl von Arena-Analyse-Expert:innen plädiert, aus deren Beobachtungen im Folgenden zitiert wird. Denn gut konzipierte Bürger:innen-Räte sind *„ein Ermächtigungsinstrument für die beteiligten Menschen. Sie erleben dabei Demokratie in der Praxis, das Aushandeln von gemeinsamen Forderungen und die Integration unterschiedlicher*

*Interessen“.* Zugleich handelte es sich aber auch um „*ein Ermächtigungsinstrument für politische Entscheidungsträger:innen. Wenn die Regierung anschließend den Mut hat, die Empfehlungen umzusetzen, dann kann sie darauf verweisen, dass bereits im Vorfeld ein hohes Maß an Konsens erzielt wurde und die Interessen verschiedener Gruppen berücksichtigt wurden, nicht nur von jenen, die am lautesten schreien.*“

Die Ermächtigung kann auch zu einer Erweckung führen. Ein Ergebnis des österreichischen Klimarats, der zwischen Jänner und Juni 2022 in Wien und Salzburg tagte, war die Gründung des *Klimarats-Vereins*, wo mehrere Teilnehmer:innen auf eigene Faust weiterarbeiten und das Know-how nutzen wollen, das sie in den Monaten der Diskussion gewonnen haben.

Trotz dieser ermutigenden Erfahrungen blieb der Klimarat in Österreich bisher ein einsamer Pilotversuch, wogegen ebendieses Instrument der Bürger:innenbeteiligung international immer mehr zum Standard wird. In Deutschland haben seit 2019 bundesweit 7 solcher Verfahren stattgefunden, Initiativen in den Bundesländern gar nicht mitgerechnet. In Großbritannien waren es (je nachdem, wie eng man die Definition fasst) ebenfalls 7 seit 2018. Frankreich kann ein weitgehend gescheitertes nationales Experiment vorweisen, die *Convention citoyenne pour le climat* von 2020. Dem stehen aber Dutzende gelungene Verfahren kleinerer Dimension in den meisten großen Städten gegenüber – von Paris bis Marseille und von Lyon bis Avignon.

Die landesweite *Convention pour le climat* gilt vor allem deshalb als wenig erfolgreich, weil sie keinen Konsens erreichte, sondern im Gegenteil erst recht in Streit und Enttäuschung endete. Und zwar auf beiden Seiten. Denn als die Regierung im Sommer 2020 stolz verkündete, rund 150 der Vorschläge des Konvents in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen, brandete keineswegs Applaus auf, sondern neuer Protest: Das war nämlich nur die Hälfte aller erarbeiteten Empfehlungen. Teilnehmer:innen am Konvent wandten sich empört an die Medien und sprachen von „Verhöhnung“. Mindestens ebenso groß war der Ärger bei Staatspräsident Emmanuel Macron und seiner Administration, wo man fand, dass das Umsetzen von 150 zum Teil radikalen Vorschlägen für jede Regierung einen gewaltigen Sprung über den Schatten darstellt.

Die Erfahrung aus diesem Misserfolg lautet: Zu Beginn eines Bürger:innen-Rates muss sehr klar vereinbart werden, welchen Stellenwert die Ergebnisse haben werden. In diesem Fall erwarteten die Teilnehmer:innen (die sich unter anderem aus der Gilets-jaunes-Bewegung rekrutierten und sich daher a priori in Opposition zur Regierung sahen), dass ihre Forderungen einfach eins zu eins übernommen werden – was weder realistisch noch demokratiepolitisch vertretbar gewesen wäre. Umgekehrt muss aber klar sein, dass die Empfehlungen ernst genommen werden (*„Partizipation verpflichtet“*, schreibt eine Arena-Analyse-Expertin) und tatsächlich maßgeblich in die weitere Arbeit der Regierung einfließen. Eine *convention citoyenne*, bei der

sich die Teilnehmenden am Ende als Marionetten eines Medienspektakels erleben, führt nicht zu Lösungen, sondern zu Demokratieverdrossenheit.

Ein schwieriger Punkt bei allen Formen der direkten Beteiligung von Bürger:innen an politischen Entscheidungen ist die Inklusion. Gleich ob es sich um eine Anrainer:innen-Versammlung bei einem Gemeinde-Bauprojekt handelt oder um einen European Citizens' Council, um eine Online-Unterschriftensammlung oder eine Konsultation des Parlaments: Immer stellt sich die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass nicht wieder nur die Eliten teilnehmen oder dort das Wort führen, weil sie mehr Erfahrung im Umgang mit politischen Prozessen haben, weil sie über größere Ressourcen an Zeit und Geld verfügen oder weil sie einfach besser wissen, wie man in solche Gruppen hineinkommt.

Die Autorin und engagierte Aktivistin Elodie Arpa (die auch als Expert:in am Arena-Analyse-Panel teilgenommen hat), verweist in ihrem Buch „Freiheit“ darauf, dass allein schon ein geringes Einkommen zur politischen Marginalisierung führen kann: „Wenn Menschen aufgrund ihrer finanziellen Situation in ökonomischer Unsicherheit leben, kaum gesellschaftliche Anerkennung bekommen und negative Erfahrungen mit staatlichen Institutionen machen, entwickeln viele die Überzeugung, kein gleichwertiger Teil der Demokratie zu sein. Arme Menschen verlieren häufig das Vertrauen und damit das Interesse an Politik.“

Ähnliches gilt auch für einen geringen Bildungsgrad sowie einen Mangel an Erfahrung im Umgang mit dem Internet – manchmal genügen schon umständlich formulierte Fragen oder komplizierte Anmeldevorgänge auf einem Webportal, um Menschen von der Teilnahme auszuschließen.

Diese Gefahr spricht aber nicht grundsätzlich gegen partizipative Methoden, sondern muss zu der Konsequenz führen, solche Verfahren so zu gestalten, dass tatsächlich alle teilnehmen können. Was dafür nötig ist, muss im einzelnen geprüft werden, manchmal können Quotenregelungen helfen, manchmal reicht es auch, den Teilnehmer:innen an solchen Räten die Kosten und den Verdienstentgang zu ersetzen. Öffentliche zugängliche Tablets für Menschen, die daheim keinen Computer stehen haben, sprachlich einfach formulierte Fragen, Mehrsprachlichkeit – all das muss im konkreten Fall mitbedacht werden, um ein Partizipationsverfahren barrierefrei zu gestalten.

### **Partizipative Budgets**

Wirkliche Mitwirkung beginnt natürlich dort, wo Bürger:innen konkret über öffentliche Gelder und deren Verwendung entscheiden dürfen. Österreichische Bürgermeister:innen werden so einen Satz vermutlich für einen Scherz halten – tatsächlich aber wird diese Idee seit vielen Jahren in mittlerweile hunderten größeren und kleineren Städten angewandt. Die berühmtesten Beispiele sind die Millionen-Metropolen Paris und Barcelona.

„Wir müssen mit der Mitbestimmung nicht sofort auf oberster Ebene beginnen“, fordert ein Arena-Analyse-Experte, „beginnen wir in den Gemeinden. Dort sollen Bürger:innen entscheiden, wie viel Geld eine Stadt für Marketing ausgeben darf, ob eine Kreuzung in einen Kreisverkehr umgebaut werden soll, wo Verkehrsbeschränkungen gelten sollen, und so weiter.“

Ganz in diesem Sinne hat die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo 2014 das sogenannte Budget participatif eingeführt: in kleinen Schritten. Die Bürger:innen durften zunächst über 5% des städtischen Haushalts direkt abstimmen, später 8%. Vor allem betrifft ein großer Teil der Projekte, um die es dabei geht, nur das jeweils eigene Arrondissement, es geht also um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums. Im Jahr 2022 wurde beispielsweise über 204 Projektvorschläge abgestimmt, von denen nur 13 die Stadt als Ganzes betrafen, zuletzt wurden per Votum 62 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 82 Millionen Euro ausgewählt.

Die Vorgangsweise ist zum einen sehr pragmatisch, setzt zum anderen aber digitale Instrumente zwingend voraus. Jedes Jahr von Jänner bis März können Projektvorschläge auf der Webseite <https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/> eingereicht werden – nur von Menschen mit dauerhaftem Wohnsitz in Paris, natürlich. Damit ein Vorschlag in die nähere Wahl kommt, muss er einige Kriterien erfüllen, zum Beispiel im allgemeinen Interesse liegen und in den Kompetenzbereich der Stadt fallen. Die Kosten für das Projekt müssen zudem überwiegend Investitionskosten sein, die späteren laufenden Kosten sollen überschaubar bleiben.

Alle Projekte, die auf diese Weise in die Auswahl kommen, werden im Internet präsentiert. Wer sich dort registrieren lässt und seinen Hauptwohnsitz in Paris hat, darf Vorschläge und Kommentare zum Projekt abgeben und zuletzt darüber abstimmen. Das Besondere an dieser Abstimmung: Man gibt dabei nicht einfach einem Projekt ein *like*, sondern vergibt einen entsprechenden Anteil des Gesamtbudgets. Die Bürger:innen müssen mit ihrer Entscheidung Prioritäten setzen, wenn sie für das eine stimmen, ist gleichzeitig klar, dass für das andere kein Geld mehr da ist.

Beim Start 2014 hatten 15.000 Pariser:innen über das *budget participatif* mitbestimmt. Im Jahr 2022 waren es bereits 140.000. Der Großteil der siegreichen Projekte betraf die Hebung der Lebensqualität durch mehr Grün und weniger Verkehr. Beispielsweise wurde ein stillgelegter Bahntrassenring (die „Petite Ceinture“) begrünt und zu einem Wanderweg durch die Stadt umgestaltet. Gegen den Widerstand einflussreicher Interessensgruppen und gegen eine heftige Kampagne der Boulevardmedien konnte sogar durchgesetzt werden, dass die Straßen entlang der Seine autofrei gemacht und zu Flanierzonen umgestaltet wurden – einfach durch Votum der Bürger:innen.

Auf den ersten Blick könnte man einwenden, dass die Beteiligung, gemessen an der Gesamtbevölkerung doch eher gering ist. Auch wenn man dem Verfahren nach 9 Jahren immer noch Experimentierstatus zugesteht –

140.000 sind gerade einmal knapp 11 Prozent der 1,3 Millionen Wahlberechtigten. Doch das wäre ein falscher Maßstab, denn es geht hier eben nicht um Abstimmung, sondern um Mitwirkung. Selbstverständlich ist es legitim, sich als Bürger:in herauszuhalten, sei es aus Desinteresse oder weil man die Idee der repräsentativen Demokratie ernst nimmt und Detailentscheidungen den gewählten Repräsentant:innen überlassen will. Das partizipative Budget verliert keineswegs an Legitimation, wenn nur vergleichsweise wenige Bürger:innen mitgemacht haben, denn das Verfahren stand ja allen offen. Zudem gehört es a priori zu den Spielregeln, dass die Ergebnisse vom Gemeinderat verbindlich umgesetzt werden. Die gewählten Abgeordneten können sich dabei auf ein gründlich diskutiertes und wohlüberlegtes Votum von interessierten Wähler:innen stützen.

Ohnehin sind solche Einwände abstrakter Natur. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens wurden noch nie angefochten. Ganz allgemein führen partizipative Budgets stets zu mehr Konsens. Wer Partikularinteressen durchsetzen will, geht andere Wege. Paris – und in ähnlicher Form Barcelona – waren wie gesagt Pioniere beim Einsatz des Instruments in Millionenstädten, kleinere und mittlere Städte zogen nach. Inzwischen beziffert das EU-Parlament die Zahl der Kommunen, die partizipative Budgets einsetzen, europaweit mit 4500, quer verteilt über alle Mitgliedsländer, von Lissabon bis Vilnius und von Stockholm bis Bukarest. Lediglich in der Mitte des EU-Territoriums klafft ein weißer Fleck: Österreich hat die Demokratie des 21. Jahrhunderts noch nicht für sich entdeckt – was aber hier als Chance begriffen werden soll, weil es viel Raum für Entwicklung lässt, und weil Österreichs Kommunen nicht mehr experimentieren müssen. Sie können es einfach nachmachen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Die demokratischen Institutionen und noch mehr die demokratischen Prozesse in Österreich liefern unbefriedigende Ergebnisse und führen zu einem Vertrauensverlust in „die Politik“, vor allem in die Regierung, der in empirischen Studien deutlich sichtbar wird. Diese Situation eröffnet eine Chance, nämlich vergleichsweise neue, aber zugleich in vielen Ländern der Welt bereits erprobte Instrumente der Partizipation einzuführen, bei denen sich aus Erfahrung gezeigt hat, dass sie geeignet sind, Parteienstreit und Gruppen-Rechthabereien zu überwinden und Lösungen herzustellen, die auf hohe Akzeptanz stoßen.

## Literatur

---

**Alterssicherungskommission:** Bericht über die langfristige Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung für den Zeitraum 2020 bis 2070; November 2021, abrufbar auf der Website des Gesundheitsministeriums: <https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Sozialversicherung/Alterssicherungskommission.html>

**Arpa, Elodie:** Freiheit; Wien 2023

**Burckhardt, Jacob:** Weltgeschichtliche Betrachtungen; Berlin 1905

**Cingano, Federico:** Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth; OECD Paper, Paris, December 2014

**Dahrendorf, Ralf:** Der moderne soziale Konflikt; München 1994

**Frey, Carl Benedict and Michael Osborne:** The Future of Employment: How susceptible are jobs to computerisation?; Oxford 2013  
Abrufbar unter <https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/future-of-employment.pdf>

**Glötz, Peter:** Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken; Berlin 1984

**Hochreiter, Sepp:** „Den Systemen fehlt das Weltverständnis“; Industriemagazin, Februar 2023  
<https://industriemagazin.at/fertigen/ki-pionier-sepp-hochreiter-von-der-uni-linz-den-systemen-fehlt-das-weltverstaendnis/>

**Karas, Othmar und Judith Kohlenberger:** So schaffen wir das: Wie wir das Thema Asyl & Migration dem linken und rechten Rand abnehmen und die Krise überwinden; Wien 2023

**Patrick, Stewart:** Four Contending U.S. Approaches to Multilateralism; Carnegie Endowment For International Peace, 23. Jänner 2023  
<https://carnegieendowment.org/2023/01/23/four-contending-u.s.-approaches-to-multilateralism-pub-88852>

**Powell, Jonathan:** Ukraine must fight the war but plan for peace;  
<https://www.prospectmagazine.co.uk/essays/ukraine-fight-war-russia-plan-peace>

**Rosling, Hans:** Factfulness; London 2018

**17. Shell-Jugendstudie** „Jugend 2015“

Abrufbar unter

[https://www.bundestag.de/resource/blob/632026/7558ce0d8a172b47f78c770dfb35d6ac/KDrs-19-28-38\\_Broschuere-Shell-Jugendstudie-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/632026/7558ce0d8a172b47f78c770dfb35d6ac/KDrs-19-28-38_Broschuere-Shell-Jugendstudie-data.pdf)

## **Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung**

---

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

**Élodie Arpa, LL.B.**, Autorin und Aktivistin

**Mag.<sup>a</sup> Isolde Bornemann**, Geschäftsführerin bei Bornemann Better Business

**Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand**, Professor für Internationale Politik, Universität Wien

**em. Univ.-Prof. Mag. Dr. Fritz Breuss**, em. Professor am Europainstitut der Wirtschaftsuniversität Wien, Jean Monnet Professor für wirtschaftliche Aspekte der Europäischen Integration

**Mag. Helfried Carl, M.A.**, Diplomat, Innovation in Politics Institute

**Mag.<sup>a</sup> Barbara Coudenhove-Kalergi, MBA, M.A.**, Expertin für Nachhaltigkeit, Unternehmensverantwortung und gesellschaftliche Innovationen, Österreichische Industriellenvereinigung

**Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Anna Deutschmann**, Zentrum für Soziale Innovation

**Mag.<sup>a</sup> Brigitte Ederer**, österreichische Industriemanagerin und ehem. EU-Staatsekretärin im Bundeskanzleramt, Mitglied in den Aufsichtsräten von ÖBB, Boehringer Ingelheim, Infineon, Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment, ams AG und Wien Holding

**Mag. Michael Eipeldauer**, Eipeldauer Consulting

**Dr. Claus Faber**, Organisationsberater

**Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler**, ehem. EU-Kommissär, ehem. Landwirtschaftsminister

**Dr. Florence Gaub, M.A.**, Politologin, Direktorin des Instituts der Europäischen Union für Sicherheitsstudien, Paris

**Mag. Michael Gerbavits**, Geschäftsführer Wirtschaftsagentur Burgenland

**Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr.h.c.mult. Martin Gerzabek**, Universität für  
Bodenkultur, Wien

**Dipl.-Ing. (FH) Mag. Thomas Goiser, MBA M.A.**, Unternehmens- und PR-  
Berater, Thomas Goiser Projektkommunikation e.U., Böheimkirchen (NÖ)

**Johannes Gorbach, M.A.**, Social City Wien

**KR Mag. Julian Hadschieff**, Geschäftsführender Gesellschafter  
Humanocare, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Hauser**, Geschäftsführerin von SOS-Kinderdorf Österreich,  
Innsbruck

**Dr. Michael Heinisch**, Geschäftsführer Vinzenz Gruppe

**Gerda Hillebrand**, Autorin

**Markus Höckner**, Bundesgeschäftsführer der Pfadfinder und  
Pfadfinderinnen Österreichs

**Nikolaus Huss**, Politikberater, Geschäftsführender Partner von KovarHuss,  
Berlin

**Prof. Gottfried Kneifel**, Geschäftsführer des Instituts für den  
Wirtschaftsstandort Oberösterreich, ehem. Präsident des Bundesrates

**Dr.<sup>in</sup> Judith Kohlenberger**, Kulturwissenschaftlerin und  
Migrationsforscherin, Wirtschaftsuniversität Wien

**Priv.-Doz.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Monika Köppl-Turyna**, Direktorin von EcoAustria,  
Universitätslektorin an der Wirtschaftsuniversität Wien

**Mag.<sup>a</sup> Hanna Lichtenberger**, BA M.A., Sozialwissenschaftlerin und  
Historikerin an der Universität Wien

**Dr.<sup>in</sup> Eva Lichtenberger**, Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Tirol,  
ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments

**Mag.<sup>a</sup> Susanne Maurer-Aldrian**, Geschäftsführerin Lebenshilfen Soziale  
Dienste

**Dipl.-Ing. Franz Neunteufl**, Geschäftsführer · IGO - Interessenvertretung  
Gemeinnütziger Organisationen, Wien

**Dr. Willi Nowak**, Geschäftsführer des VCÖ – Mobilität mit Zukunft, Wien

**Verena Nowotny, M.A.**, Gesellschafterin bei Gaisberg Consulting, Wien

**Univ.-Prof. Mag. Phil. Mag. Dr. rer. soc. oec. Harald Oberhofer**,  
Wirtschaftswissenschaftler, Institut für Internationale Wirtschaft der  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Mag.<sup>a</sup> Martina Pecher**, Geschäftsführerin bei Pecher Consulting, ehem.  
Abgeordnete zum Nationalrat

**Dipl.-Ing. Heimo Pernt**, Senior Consultant bei Peri Consulting

**Dr. Ronald Pichler**, Head of Market Access & Governmental Affairs,  
Pharmig Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Ruth Picker, E.MA**, Unternehmensberaterin &  
Organisationsentwicklerin, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Sybille Pirklbauer**, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

**Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Posch**, Unfallchirurgin, Mödling

**Dr. Stefan Radel**, Geschäftsführer usePAT

**Dr. Georg Reischauer**, Institut für Strategisches Management,  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Ing. Mag. Alfred Rindlisbacher**, Organisationsberater, Villach

**Thomas Salzer**, Salzer Papier, St. Pölten, Präsident der IV-Niederösterreich

**Dr. Günther Schefbeck**, Leiter Dokumentation, Archiv und Statistik des  
Österreichischen Parlaments

**Mag. Dr. Klaus Schuch**, Geschäftsführer am Zentrum für Soziale Innovation

**Dr.<sup>in</sup> Helene Schiffbänker**, Soziologin, Joanneum Research, Graz

**Prof. Dr. René Schmidpeter**, Ökonom, IU Internationale Hochschule, Bonn

**Dr.<sup>in</sup> Margit Schratzenstaller-Altzinger**, Ökonomin am WIFO, Mitglied im Österreichischen Fiskalrat

**Mag. Alois Schrems**, Resilience Consult, Wien

**Mag.<sup>a</sup> Heidi Schrodt**, ehem. Lehrerin und AHS-Direktorin, Vorsitzende der Bildungsinitiative „BildungGrenzenlos“

**Stefan Sindelar**, Innovation in Politics Institute, CEO European Capital of Democracy

**DDr.<sup>in</sup> Elisabeth Stampfl-Blaha**, Consultant, ehemals Direktorin von Austrian Standards

**Martin Stanits**, Leitung Public Affairs Österreichische Hoteliervereinigung

**Edward Strasser**, Innovation in Politics Institute

**Dipl.-Ing. Maximilian Urban**, EVN Netz Geschäftsführung

**Dr. Johannes Webhofer**, Politikwissenschaftler, Wien

**Marina Wittner BSc, LL.B.**, Expertin für Bildungsfragen, Österreichische Industriellenvereinigung

## **Autoren**

---

### **Walter Osztovics**

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

### **Andreas Kovar**

ist Partner von Kovar & Partners und seit mehr als zwanzig Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.



Kovar & Partners

Dorotheergasse 7

1010 Wien

Tel.: +43 1 5229220

[office@kovarpartners.com](mailto:office@kovarpartners.com)

[www.kovarpartners.com](http://www.kovarpartners.com)